



Öffentliche Verwaltung und Finanzen

114-1401

Finanzstatistik der Schweiz 2014

Jahresbericht



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Neuchâtel 2016

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1 Bevölkerung
- 2 Raum und Umwelt
- 3 Arbeit und Erwerb
- 4 Volkswirtschaft
- 5 Preise
- 6 Industrie und Dienstleistungen
- 7 Land- und Forstwirtschaft
- 8 Energie
- 9 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Mobilität und Verkehr
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Finanzstatistik der Schweiz 2014

Jahresbericht

Bearbeitung Adrian Brühlhart (EFV)

Herausgeberin Eidg. Finanzverwaltung (EFV)

Herausgeber: Eidg. Finanzverwaltung (EFV)
Auskunft: finstat@efv.admin.ch / Tel. +41 58 462 15 44
Autor: Eidg. Finanzverwaltung (EFV)
Bearbeitung: Adrian Brülhart (EFV)
Realisierung: Sektion Finanzstatistik, EFV
Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 058 463 60 60 / Fax 058 463 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
BFS-Nummer: 114-1401
Preis: Fr. 19.– (exkl. MWST)
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
Originaltext: Deutsch
Titelgrafik: BFS; Konzept: Netthoevel & Gaberthüel, Biel; Foto: © PanOptika – Fotolia.com
Grafik/Layout: BFS / EFV
Copyright: BFS, Neuchâtel 2016
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 978-3-303-18133-1

Die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte steigt 2014 um 0,5 Prozentpunkte auf 34,7 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) an, dies aus verschiedenen Gründen: Die Kantone und Gemeinden haben im Zusammenhang mit den Rekapitalisierungen ihrer Pensionskassen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten erhöht. Einen zusätzlichen Anstieg verzeichnen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten der Kantone und Gemeinden im Rahmen der Überprüfung und Neubewertung von Bilanzpositionen bei der Umstellung auf das aktuelle harmonisierte Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2). Dämpfend wirkt dagegen der Schuldenrückgang beim Bund (-2,8 Mrd.) und bei den Sozialversicherungen (-0,6 Mrd.). Die Bruttoschulden des Bundes gehen auf 107,7 Milliarden zurück, damit setzt sich der Trend des Schuldenabbaus auch im Jahr 2014 fort. Der kräftige Rückgang ergibt sich bei den kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten. Die Geldmarktbuchforderungen reduzieren sich wegen des geringeren Liquiditätsbedarfs um 2,0 Milliarden und die langfristigen Finanzverbindlichkeiten wegen den verminderten Anleihen. Die Schuldenquote des Bundes erfährt dadurch einen Rückgang um 0,7 Prozentpunkte, jene der Sozialversicherungen bleibt hingegen mit 0,7 % nahezu unverändert.

2014 wachsen die Fiskalerträge etwas kräftiger als das nominale BIP. Auf die Höhe der Fiskalquote der öffentlichen Haushalte wirkt sich dies jedoch kaum aus, sie beträgt 27,0 % wie im Vorjahr. Die Steuererträge der Kantone und Gemeinden wachsen vorwiegend dank den Einkommens-, Gewinn- und Kapitalgewinnsteuern sowie den Vermögenssteuern. Die Fiskalquote des Bundes entwickelt sich dagegen leicht um 0,1 Prozentpunkte rückläufig und beträgt Ende 2014 9,5 %.

Die Staatsquote der öffentlichen Haushalte ihrerseits bleibt im Vorjahresvergleich unverändert (32,9 %), dies liegt daran, dass sich die Ausgaben der beiden Teilsektoren Bund und Kantone gegenläufig verändert haben. Die Reduktion der Bundesausgaben geht hauptsächlich auf die Aufgabengebiete «militärische Verteidigung» (Einsparungen im Zusammenhang mit der abgelehnten Beschaffung neuer Kampffjets), «Gesundheit» sowie

«Bildung und Erziehung» (reduzierte Teilnahme am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020) zurück. Der Anstieg bei den Kantonsausgaben zeigt sich vorab im Bereich «allgemeine öffentliche Verwaltung». Hierbei handelt es sich grösstenteils um Mehrausgaben infolge weiterer Beiträge zur Sanierung und Ausfinanzierung von öffentlichen Pensionskassen. Von der Rekapitalisierung der kantonalen Pensionskassen sind im Jahr 2014 vor allem die Kantone *Basel-Landschaft*, *Genève* und *Sankt Gallen* betroffen. Trotz einem Einnahmenezuwachs um 1,3 % ergibt sich im GFS-Modell für den Sektor Staat ein negativer Finanzierungssaldo (-1,2 Mrd.). Die Defizit-/Überschussquote bleibt konstant bei -0,2 %.

Die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) weist ihre Zahlen sowohl gemäss den nationalen Standards im FS-Modell wie auch gemäss den internationalen Standards des Internationalen Währungsfonds (IWF) im GFS-Modell aus. Das FS-Modell basiert auf dem für die Bedürfnisse der Finanzstatistik etwas gestrafften Kontenplan des harmonisierten Rechnungslegungsmodells der Kantone und Gemeinden (HRM2) und das GFS-Modell auf dem Government Finance Statistics Manual 2014 (GFSM2014) des IWF. Das FS-Modell dient dabei als Grundlage für das GFS-Modell, welches seit 2015 weitgehend mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der Schweiz des Bundesamts für Statistik (BFS) abgeglichen ist. Die VGR beruht auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG2010). Die im Rahmen des Abgleichs 2015 noch offenen Punkte betreffend die Erfassung, Abgrenzung und Bewertung der Beiträge, die für die Sanierung und Ausfinanzierung der öffentlichen Pensionskassen geleistet werden, sowie der Höhe der damit einhergehenden Vorsorgeverbindlichkeiten, konnten in der Zwischenzeit geklärt, aber noch nicht umgesetzt werden. Es ist vorgesehen, die mit der Finalisierung des Abgleichs einhergehenden Datenbereinigungen und somit die definitiven Zahlen des GFS-Modells im Sommer 2017 zu publizieren. Weitergehende Informationen über den Abgleich mit der VGR sind dem Kapitel «Änderungen und Revisionen» zu entnehmen.

Finanzierungsrechnung im FS-Modell

Mio. CHF		2010	2011	2012	2013	2014
Staat	Einnahmen	193 862	200 467	200 771	205 921	206 549
	Ausgaben	191 418	198 450	200 537	204 652	207 599
	Finanzierungsergebnis	2 444	2 017	234	1 270	-1 050
	ordentliches Finanzierungsergebnis	3 081	5 797	1 942	1 325	600
	Schuldenquote ²	33,9	33,2	34,2	34,2	34,7
Bund ¹	Einnahmen	63 465	65 201	64 416	67 011	64 920
	Ausgaben	60 335	64 497	62 731	64 540	64 726
	Finanzierungsergebnis	3 129	704	1 685	2 470	194
	ordentliches Finanzierungsergebnis	3 131	1 563	947	1 164	-19
	Schuldenquote ²	18,0	17,7	17,8	17,4	16,7
Kantone	Einnahmen	77 277	79 321	79 786	81 363	82 848
	Ausgaben	76 086	81 073	83 219	83 248	85 220
	Finanzierungsergebnis	1 192	-1 752	-3 433	-1 885	-2 372
	ordentliches Finanzierungsergebnis	1 810	1 128	-1 388	-749	-603
	Schuldenquote ²	8,7	8,3	8,8	9,3	10,3
Gemeinden	Einnahmen	42 670	44 058	44 168	44 498	45 375
	Ausgaben	43 175	43 947	45 083	45 960	46 404
	Finanzierungsergebnis	-506	111	-915	-1 462	-1 028
	ordentliches Finanzierungsergebnis	-487	153	-514	-1 236	-934
	Schuldenquote ²	7,6	7,5	7,6	7,7	7,8
Sozialversicherungen	Einnahmen	54 449	58 619	59 563	60 814	61 958
	Ausgaben	55 821	55 664	56 666	58 668	59 802
	Finanzierungsergebnis	-1 372	2 954	2 897	2 146	2 156
	ordentliches Finanzierungsergebnis	-1 373	2 953	2 897	2 146	2 156
	Schuldenquote ²	1,2	1,0	1,0	0,7	0,7

1 inkl. Sonderrechnungen

2 In Anlehnung an die Definition von Maastricht

	Seite
1	Umfang der Finanzstatistik 2014
17	
2	Das FS-Modell
23	
21	Staat
23	
22	Bund
30	
23	Kantonale Verteilung von Bundesgeldern
41	
24	Kantone
47	
25	Gemeinden
60	
26	Sozialversicherungen
71	
27	Finanzkennzahlen und Indikatoren
78	
3	Analyse
83	
31	Schuldenabbau dank Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln
83	
32	Deutliches Gefälle innerhalb der Schweiz
85	
4	Das GFS-Modell
89	
41	Staat
89	
42	Bund
92	
43	Kantone
95	
44	Gemeinden
98	
45	Sozialversicherungen
101	
46	Kennzahlen
105	
5	Methodische Grundlagen
109	
51	Änderungen und Revisionen
109	
52	Internationale Standards der Finanzstatistik und der Rechnungslegung
112	
53	Modelle
113	
54	Sektorisierung
119	
55	Konsolidierung
123	
6	Glossar
125	

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung des Finanzierungsergebnisses im FS-Modell	24
Abbildung 2:	Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2014	25
Abbildung 3:	Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2014	32
Abbildung 4:	Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2014	49
Abbildung 5:	Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2014	62
Abbildung 6:	Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2014	73
Abbildung 7:	Steuerliche Ausschöpfung 2016 des Ressourcenpotenzials nach Kantonen	82
Abbildung 8:	Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell	84
Abbildung 9:	Gesamtverschuldung nach Regionen	85
Abbildung 10:	Schulden der Genferseeregion	86
Abbildung 11:	Schulden der Region Ostschweiz	87
Abbildung 12:	Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2014	90
Abbildung 13:	Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2014	93
Abbildung 14:	Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2014	96
Abbildung 15:	Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2014	99
Abbildung 16:	Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2014	102
Abbildung 17:	Entwicklung der Fiskalquote und Staatsquote im GFS-Modell	107
Abbildung 18:	Entwicklung der Fremdkapitalquote und Bruttoschuldenquote in Anlehnung an die Definition von Maastricht	107
Abbildung 19:	Klassifikation gemäss GFSM2014	116
Abbildung 20:	Modellaufbau des GFS-Modells	117
Abbildung 21:	Nettozugang an Vermögensgütern	118
Abbildung 22:	Staatsausgaben	118
Abbildung 23:	Institutionelle Sektoren	119
Abbildung 24:	Teilsektoren des Sektors Staat	120
Abbildung 25:	Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat	121
Abbildung 26:	Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik	123

Tabellenverzeichnis FS-Modell

Rechnungsabschlüsse – Staat	26
Erfolgsrechnung – Staat	26
Finanzierungsrechnung – Staat	27
Bilanz – Staat	28
Ausgaben nach Funktionen – Staat	29
Rechnungsabschlüsse – Bund	33
Erfolgsrechnung – Bund	33
Finanzierungsrechnung – Bund	34
Bilanz – Bund	35
Ausgaben nach Funktionen – Bund	36
Fiskalertrag – Bund	37
Schulden – Bund	38
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Sozialversicherungen	38
Transfers nach Funktionen – Bund an Sozialversicherungen	38
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Kantone	39
Transfers nach Funktionen – Bund an Kantone	39
Transfers nach Sachgruppen – Bund an Gemeinden	40
Transfers nach Funktionen – Bund an Gemeinden	40
Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2014	43
Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2014, pro Kopf	45
Rechnungsabschlüsse – Kantone	51
Erfolgsrechnung – Kantone	51
Finanzierungsrechnung – Kantone	52
Bilanz – Kantone	53
Ausgaben nach Funktionen – Kantone	54
Fiskalertrag – Kantone	55
Schulden – Kantone	56
Transfers nach Sachgruppen – zwischen den Kantonen	56
Transfers nach Funktionen – zwischen den Kantonen	56
Finanz- und Lastenausgleich – Kantone	57
Transfers nach Sachgruppen – Kantone an Gemeinden	57
Transfers nach Funktionen – Kantone an Gemeinden	58
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone – 2014	58
Bilanz, Kantone – 2014	59
Rechnungsabschlüsse – Gemeinden	63
Erfolgsrechnung – Gemeinden	63
Finanzierungsrechnung – Gemeinden	64
Bilanz – Gemeinden	65
Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden	66
Fiskalertrag – Gemeinden	67
Schulden – Gemeinden	68
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte – 2014	69
Bilanz, Städte und Kantonshauptorte – 2014	70
Rechnungsabschlüsse – Sozialversicherungen	74
Erfolgsrechnung – Sozialversicherungen	74
Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen	75
Bilanz – Sozialversicherungen	76

	Seite
Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen	77
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Sozialversicherungen – 2014	77
Bilanz, Sozialversicherungen – 2014	77
Finanzkennzahlen – Staat	80
Finanzkennzahlen – Bund	80
Finanzkennzahlen – Kantone	80
Finanzkennzahlen – Gemeinden	80
Finanzkennzahlen – Sozialversicherungen	80
Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen	81

Tabellenverzeichnis GFS-Modell

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sektor Staat	91
Vermögensrechnung – Sektor Staat	91
Ausgaben nach Funktionen – Sektor Staat	91
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Bund	94
Vermögensrechnung – Bund	94
Ausgaben nach Funktionen – Bund	94
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Kantone	97
Vermögensrechnung – Kantone	97
Ausgaben nach Funktionen – Kantone	97
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Gemeinden	100
Vermögensrechnung – Gemeinden	100
Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden	100
Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen	103
Vermögensrechnung – Sozialversicherungen	103
Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen	104
Kennzahlen im GFS-Modell	106
Finanzkennzahlen	114

Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
BIP	Bruttoinlandprodukt
COFOG	Classification of Outlays by Function of Government
EO	Erwerbsersatzordnung
ESVG2010	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (2010)
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Union
FL	Familienzulagen in der Landwirtschaft
FS	Finanzstatistik in Anlehnung an das HRM2
GFS	Finanzstatistik in Anlehnung an das GFSM2014
GFSM2014	Government Finance Statistics Manual 2014 des Internationalen Währungsfonds
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
ISCED	International Standard Classification
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
HRM2	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
NRM	Neues Rechnungslegungsmodell des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
SNA	System of National Accounts
SNB	Schweizerische Nationalbank

Erhebungsgegenstand der Eidgenössischen Finanzstatistik sind die Rechnungsergebnisse des Sektors Staat, d.h. des Bundes, der Kantone (inkl. Konkordate), der Gemeinden (inkl. hauptsächlich steuerfinanzierte Zweckverbände) und der Sozialversicherungen. Die Abgrenzung des Sektors Staat erfolgt nach dem auch für die Schweiz massgebenden Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG2010).

Die Erhebungen beinhalten die Bilanzen sowie die Erfolgs- und Investitionsrechnungen der öffentlichen Haushalte (des Sektors Staat). Der Sektor Staat (S.13) umfasst gemäss dem ESGV2010 die folgenden vier Wirtschaftsteilsektoren: «Bund» (S.1311), «Kantone» (S.1312), «Gemeinden» (S.1313) sowie «Sozialversicherungen» (S.1314).

Im Wirtschaftsteilsektor «Kantone» werden in der Schweiz neben den 26 Kantonen auch Konkordate erfasst, vorausgesetzt sie erfüllen die Sektorisierungskriterien des ESGV2010. Ein Konkordat ist ein Vertrag, der die Zusammenarbeit in bestimmten öffentlichen Aufgabenbereichen (z.B. in der Bildung) zwischen den Kantonen regelt. Dadurch werden in der föderalen Schweiz kantonale Zuständigkeiten harmonisiert, ohne dass es einer Bundesregelung bedarf. An einem Konkordat können sich ein paar wenige oder alle Kantone beteiligen. Die Konkordate insgesamt werden in der Finanzstatistik seit 2008 gesondert ausgewiesen, davor wurden diese anteilmässig auf die einzelnen daran beteiligten Kantone verteilt. Im Wirtschaftsteilsektor «Gemeinden» werden neben den politischen Gemeinden auch die von ihnen kontrollierten und hauptsächlich steuerfinanzierten institutionellen Einheiten (Zweckverbände, Körperschaften, Anstalten und Fonds) erfasst.

Im Jahr 2014 hat die Finanzstatistik 949 politische Gemeinden, rund 40 % aller politischen Gemeinden der Schweiz, erhoben. Konkret sind dies: die Kantonshauptorte, die Städte des Städteverbandes und sämtliche *Gemeinden* der Kantone *Appenzell Innerrhoden*, *Appenzell Ausserrhoden*, *Basel-Landschaft*, *Basel-Stadt*, *Genève*, *Glarus*, *Neuenburg*, *Nidwalden*, *Obwalden*, *Schaffhausen*, *Schwyz*, *Uri* und *Zug*. Für die Gemeinden der anderen Kantone erfolgt die Erhebung auf Stichprobenbasis. Zur Überprüfung und Verbesserung des Stichprobenkonzepts führt die Finanzstatistik in periodischen Abständen Vollerhebungen durch, so zum Beispiel für den Kanton *Luzern* im Jahr 2014. Erwähnenswert ist ferner, dass die Finanzstatistik die Pädagogische Hochschule Thurgau (PHTG), die ihren Sitz in Kreuzlingen hat, als Sonderrechnung dem Kanton *Thurgau* rückwirkend zugebucht hat. Früher wurde die PHTG bei der Stadt *Kreuzlingen* erhoben. Die Korrektur betrifft die Jahre ab 2008. Gegenüber dem letztjährigen Bericht hat der Erhebungsumfang ansonsten nicht nennenswert geändert. Da die Gemeinde *Horgen* des Kantons *Zürich* per Ende 2014 in der Statistik der ständigen Wohnbevölkerung mehr als 20 000 Einwohner gezählt hat, erscheint sie erstmals in der Auswertung Städte und Kantonshauptorte. Nachfolgende Tabelle zeigt, welche institutionellen Einheiten zu den Staatsrechnungen zugebucht bzw. ausgebucht werden. Dies hat zur Folge, dass die Auswertungen der Finanzstatistik nicht notwendigerweise mit den jeweils publizierten Rechnungen der einzelnen öffentlichen Haushalte übereinstimmen.

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Bund	• Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen • Eidg. Alkoholverwaltung • Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung • Eidg. Institut für Metrologie (METAS) • Fonds für Eisenbahngrossprojekte • Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) • Infrastrukturfonds • Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) • Pro Helvetia • Schweiz Tourismus • Schweizerischer Nationalfonds • Schweizerisches Nationalmuseum	–

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Kantone		
Zürich	–	• Legate/Stiftungen • Psychiatrische Kliniken • Spitäler • Verkehrsbetriebe
Bern	• Drittmittel der Universität • Lotterie-Fonds • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Sport-Toto-Fonds • Universität • Fachhochschule (inkl. Drittmittel) • Pädagogische Hochschule (inkl. Drittmittel)	• Kirchenwesen • Psychiatrische Kliniken
Luzern	• LUSTAT Statistik, Luzern • Pädagogische Hochschule • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Universität	–
Uri	–	• Arbeitslosenkasse
Schwyz	• Lotterie- und Sport-Toto-Fonds • Pädagogische Hochschule	• Arbeitslosenkasse
Obwalden	–	–
Nidwalden	–	• Kirchenwesen
Glarus	• Heimatschutzfonds • Lotterie-Fonds • Sport-Toto-Fonds	• Kantonale Arbeitslosenkasse • Kantonale Ausgleichskasse • Kantonsspital
Zug	• Lotterie-Fonds • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Separatfonds • Sport-Toto-Fonds • Pädagogische Hochschule	• Ambulante Psychiatrische Klinik • Arbeitslosenkasse • Rettungsdienst
Freiburg	• Drittmittel der Universität • Strassenverkehrsamt	• Altersheim • Wäscherei Marsens
Solothurn	• Lotterie-Fonds • Sport-Toto-Fonds	• Arbeitslosenkasse • Kirchenwesen
Basel-Stadt	• Universität	• Arbeitslosenkasse • Rettungsdienst
Basel-Landschaft	• Fischhegefonds • Fonds Bau H2 • Infrastrukturfonds • Projektfonds • Schutzplatzfonds • Swisslos-Fonds • Swisslos-Sportfonds • Tierseuchenkasse • Wirtschaftsförderungsfonds • Wohnbauförderungsfonds	• Abfallanlage • Abwasseranlagen • Arbeitslosenkasse • Fernheizwerk
Schaffhausen	• Kantonaler Schutzraum- Ersatzabgabefonds (EAG-Fonds) • Lotteriegewinn-Fonds • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Sozialfonds • Sport-Toto-Fonds	–
Appenzell Ausserrhoden	• Kantonsschule Trogen • RAV Regionale Arbeitsvermittlung	–
Appenzell Innerrhoden	• Abfallrechnung • Gymnasium • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Strassenrechnung	• Altersheim Oberegg

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Kantone		
Sankt Gallen	• Pädagogische Hochschule St. Gallen • Rheinfonds • St. Gallische Kulturstiftung • Universität	• Arbeitslosenkasse
Graubünden	• Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales • Heimzentren • Hochschule für Technik + Wirtschaft • Pädagogische Hochschule	• Verwaltungskosten für die Arbeitslosenkasse
Aargau	• Lotterie-Fonds	• Arbeitslosenkasse
Thurgau	• RAV Regionale Arbeitsvermittlung • PHTG Pädagogische Hochschule Thurgau	–
Tessin	• ASP Pädagogische Hochschule • Drittmittel der Universität • Fachhochschule SUPSI • Quellensteuer (gemäss Steuerharmonisierungsgesetz Art. 35) • USI Università della Svizzera italiana	• Psychiatrische Dienste
Vaud	• Drittmittel der Universität • HEP Pädagogische Hochschule • Loterie romande • RAV Regionale Arbeitsvermittlung • Sport-Toto • Universität	• Kirchenwesen
Valais	–	• Fachhochschule (unter Konkordate erfasst)
Neuchâtel	• Drittmittel der Universität • Loterie romande • SCAN Strassenverkehrsamt • Universität	–
Genève	• Etablissements publics pour l'intégration EPI • Hautes écoles spécialisées HES • Hospice général • Loterie romande • Sport-Toto-Fonds • Universität	–
Jura	• Loterie romande	–

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten
Konkordate der Kantone	
Strassenverkehrsämter	• MfZ-Prüfstation beider Basel • Verkehrssicherheitszentrum OW/NW
Strafanstalt	• Bostadel • Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz
Mittelschulen	• Interstaatliche Maturitätsschule St. Gallen • Gymnase intercantonale de la Broye
Höhere Berufsbildung	• Polizeischule Hitzkirch • Bildungszentrum Wald Maienfeld
Universitäten	• Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen (OAQ)
Pädagogische Hochschulen	• PHS BE-JU-NE • Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH)
Fachhochschulen	• Westschweiz HES-SO • Ostschweiz FHO • Zentralschweiz FHZ • Nordwestschweiz FHNW • Haute école ARC

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten
Konkordate der Kantone	
Gesundheitswesen	• Laboratorium der Urkantone UR, SZ, OW, NW • Interkantonaies Labor der Kantone AR, AI, GL, SH
RAV	• Regionales Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW
Nationalstrassen	• Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW) BL, BS, AG, SO
Milchwirtschaftl. Kontrollstelle	• CASEi
Arbeitsmarktkommission	• Tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK), Vollzugsstelle der Kantone UR, OW, NW und SZ

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
Dietikon	–	• Altersheim
Dübendorf	• Sekundarschule	• Altersheim • Kirchenwesen • Kranken- und Pflegeheim • Spitex
Uster	• Sekundarschule	• ARA • Kranken- und Pflegeheim • Spitex
Wetzikon	• Oberstufengemeinde	• Altersheim • ARA • Elektrizitätswerke • Energieversorgung • Gasversorgung • Stadtwerke • Wasserwerk
Horgen	–	• Altersheim • ARA • Elektrizitätswerke • Fernwärme • Gasversorgung • Wasserwerk
Wädenswil	–	• Altersheim • ARA • Wasserwerk
Winterthur	–	• ARA • Elektrizität • Erdöl und Gas • Kehrlichtverbrennungsanlage • Kranken- und Pflegeheim • Nichtelektrische Energie • Sonstige gewerbliche Betriebe • Spitex • Verkehrsverbund • Wasserversorgung
Zürich	• Abfallbewirtschaftung	• Altersheim • ARA • Elektrizität • Kehrlichtverbrennungsanlage • Kranken- und Pflegeheim • Nichtelektrische Energie • Spital • Verkehrsverbund • Wasserversorgung
Bern	–	• Altersheim • Sanitätspolizei

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
Biel	• Abwasserwesen • Feuerwehrwesen • Kehrichtwesen • Kindertagesstätte • Parkplatzwesen • Tagesschulen	–
Köniz	–	• Wasserversorgung
Thun	–	–
Emmen	–	–
Kriens	–	• Pflegeheime
Luzern-Stadt	–	• Alters- und Pflegeheime
Altdorf	–	–
Schwyz	–	• Alters- und Pflegeheim
Sarnen	–	• Wasserversorgung
Stans	–	• Wohnhaus Mettweg
Glarus	–	–
Baar	–	–
Zug	–	–
Freiburg	–	–
Bulle	–	• Foyers communaux
Solothurn	–	–
Riehen	–	–
Liestal	–	• Wasserversorgung
Schaffhausen	–	• Altersheime • Spitex
Herisau	–	• Abwasserreinigungsanlage
Appenzell	• Abfallbewirtschaftung • Feuerwehr • Bauverwaltung Inneres Land	–
Rapperswil-Jona	–	• Abwasserreinigungsanlage
St. Gallen	–	• Abwasserreinigungsanlage • Deponie • Wohnheim für Betagte
Wil	–	• Abwasserreinigungsanlage
Chur	–	• Abwasserreinigungsanlage
Aarau	• Berufsschule	• Altersheime
Wettingen	–	–
Frauenfeld	• Heilpädagogisches Zentrum • Primarschule • Sekundarschule	–
Kreuzlingen	• Primarschule • Sekundarschule	–
Bellinzona	–	• Pflegeheim
Lugano	–	• Pflegeheim

Haushalt	Zugebuchte Verwaltungseinheiten	Ausgebuchte Verwaltungseinheiten
Städte und Kantonshauptorte		
Lausanne	–	• Antennenanlage • Elektrizität • Erdöl und Gas • Kirchenwesen • Nichtelektrische Energie • Sanitätsgruppe • Wasserversorgung
Montreux	–	• Kirchenwesen
Yverdon-les-Bains	–	• Abwasserreinigungsanlage • Elektrizität • Erdöl und Gas • Kirchenwesen • Wasserversorgung
Renens	–	• Kirchenwesen
Sitten	–	• Ambulanz
La Chaux-de-Fonds	–	• Altersheim • Ambulanz
Neuenburg	–	• Ambulanz
Carouge (GE)	–	–
Genf	–	–
Lancy	–	–
Meyrin	–	–
Vernier	–	–
Delsberg	–	• Elektrizitätsversorgung • Gasversorgung • Wasserversorgung
Sozialversicherungen		
• Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) • Invalidenversicherung (IV) • Erwerbsersatzordnung (EO) • Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL) • Arbeitslosenversicherung (ALV) • Mutterschaftsversicherung in Genf		

Die Eidgenössische Finanzstatistik hat zum Ziel, die Finanzen der öffentlichen Haushalte auf eine vergleichbare Grundlage zu stellen. Auf nationaler Ebene dient hierfür das FS-Modell, das auf dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2) basiert. Nachfolgend werden die Resultate für das Jahr 2014 auf nationaler Ebene präsentiert.

21 Staat

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist angespannt. Die Finanzierungsrechnung 2014 der öffentlichen Haushalte schliesst nach acht Jahren mit Überschüssen wieder im Minus. Die Sanierungsmassnahmen der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen belasten weiterhin die Rechnungen der Kantone und Gemeinden. Einzig die Sozialversicherungen können einen hohen Gewinn von 2,2 Milliarden aufweisen.

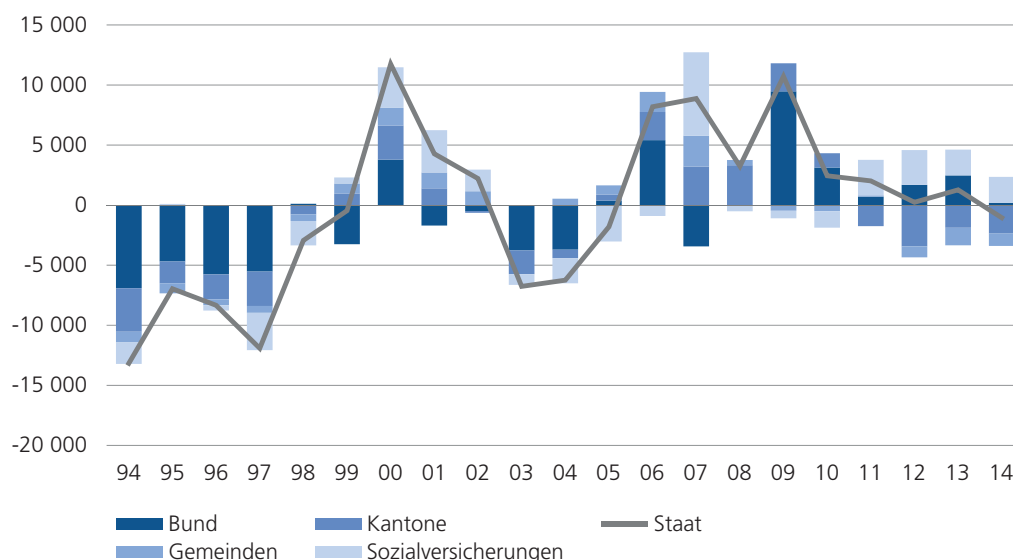
In der konsolidierten *Erfolgsrechnung* 2014 resultiert für den Sektor Staat dank hohen Überschüssen in den beiden Teilsektoren «Bund» und «Sozialversicherungen» ein ordentlicher Gewinn von 4,4 Milliarden. Geschmälert wird das Ergebnis der Erfolgsrechnung durch ausserordentliche Beiträge zur Sanierung der kantonalen und kommunalen Pensionskassen. Der ausserordentliche Ertrag von rund einer Milliarde ergibt sich aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien und Gewinneinziehungen bei Banken durch den Bund sowie aus Erträgen im Zusammenhang mit Kantonalbanken (Börsengang TKB und zusätzliche Dividende BCV) beim Teilsektor «Kantone». Insgesamt resultiert in der Erfolgsrechnung 2014 ein negatives *ausserordentliches Ergebnis* von 1,7 Milliarden, so dass der Sektor Staat insgesamt einen Gewinn von 2,6 Milliarden ausweist.

Auf der Ebene der Kantone und Gemeinden unterscheiden sich nicht alle Haushalte zwischen ordentlichem und ausserordentlichem Ergebnis gemäss HRM2. Damit das ordentliche Ergebnis nicht verzerrt wird, ist die Finanzstatistik bestrebt, ausserordentliche Geschäftsvorfälle so gut wie möglich als solche auszuweisen.

Das *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit* der Erfolgsrechnung des Sektors Staat ist wie im Vorjahr negativ (2014: -1,9 Mrd.), doch fällt es um rund 1,2 Milliarden besser aus. Der *betriebliche Ertrag* wächst um 1,1 % hauptsächlich beim *Fiskalertrag*, währenddem der *betriebliche Aufwand* um 0,5 % ansteigt.

Der Fiskalertrag, die grösste Ertragskomponente, hält im Jahr 2014 mit 174,4 Milliarden einen Anteil von 88,2 % am betrieblichen Ertrag. Gegenüber 2013 wächst er um 1,5 %, hauptsächlich bei den direkten Steuern natürlicher Personen (+1,1 Mrd.) und den übrigen Abgaben (+0,8 Mrd.). Die Zusammensetzung des Fiskalertrags ändert sich im Jahr 2014 nicht wesentlich, die grössten Anteile daran sind: direkte Steuern natürlicher Personen (34,8 %), übrige Abgaben (25,5 %), Verbrauchssteuern (18,7 %) und direkte Steuern juristischer Personen (11,4 %). Die übrigen direkten Steuern, die im Jahr 2014 einen Anteil von 6,4 % aufweisen, erhöhen sich in erster Linie wegen der Verrechnungssteuer (VST). Der Ertrag aus der VST nimmt um 350 Millionen auf 5,5 Milliarden zu. Bei den übrigen Abgaben steigen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber um 682 Millionen bzw. 1,6 %. Die Entgelte, auf die im Jahr 2014 9,4 % des betrieblichen Ertrags entfallen, wachsen um 2,7 %. Rückläufig entwickelt haben sich dagegen die Erträge aus Regalien und Konzessionen sowie Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen. Die Erträge aus Regalien und Konzessionen gehen gegenüber 2013 massiv (um 37,5 %) zurück, weil die Gewinnausschüttungsreserve der Schweizerischen Nationalbank (SNB) per Ende 2013 negativ (-6,8 Mrd.) war und dem Bund und den Kantonen dadurch keine Gewinnausschüttung zugutekam. Die zwischen der SNB und dem Eidg. Finanzdepartement (EFD) abgeschlossene Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB sieht vor, dass im Falle einer positiven Gewinnausschüttungsreserve dem Bund (1/3) und den Kantonen (2/3) Mittel von jährlich 1 Milliarde zufließen. Die rückläufigen Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen (-6 % gegenüber 2013) ergeben sich auf Stufe der Kantone.

Abbildung 1: Entwicklung des Finanzierungsergebnisses im FS-Modell in Mio. Franken



In den 1990er Jahren hat der Staat durchwegs Defizite ausgewiesen. Nach einem konjunkturbedingten Zwischenhoch ab 2000 und einer anschliessenden Verschlechterung der Finanzlage hat ab 2006 bis 2013 eine Periode mit Überschüssen eingesetzt. Das Defizit im Jahr 2014 beträgt 1,1 Milliarden.

In der *Finanzierungsrechnung* 2014 des Sektors Staat nehmen die *Einnahmen* (+0,3 %) im Vergleich zu den *Ausgaben* (+1,4 %) weniger stark zu, was das *Finanzierungsergebnis* gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Milliarden mindert. Es resultiert ein Verlust von 1,1 Milliarden.

Die *Ausgaben*, verteilt nach Aufgabengebieten, ergeben folgendes Bild: Im Jahr 2014 entfallen 39,6 % der *Ausgaben* auf das Aufgabengebiet «soziale Sicherheit». In diesem Bereich hängen die Ausgabenveränderungen grundsätzlich mit der Entwicklung des Rentenbestandes und der Rentenanpassungen der einzelnen Sozialversicherungen zusammen. Gegenüber 2013 haben die öffentlichen Haushalte ihre Mittel für Leistungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie der Sozialhilfe und dem Asylwesen substantiell erhöht, diesen Funktionsgruppen kommen rund 90 % der Mehrausgaben für «soziale Sicherheit» zugute. Der zweitgrösste Ausgabenbereich ist die «Bildung». Von den im Jahr 2014 ausgegebenen 36 Milliarden fallen 44,0 % für die «obligatorische Schule», 22,4 % für die «Hochschulen» und 9,8 % für die «berufliche Grundbildung» an. Wegen der starken Abnahme um 7,1 % primär bedingt durch den Wegfall des Bundeskredits am EU-Forschungsrahmenprogramm hält im Jahr 2014 die Rubrik «Forschung» im Vergleich zur «beruflichen Grundausbildung» wieder

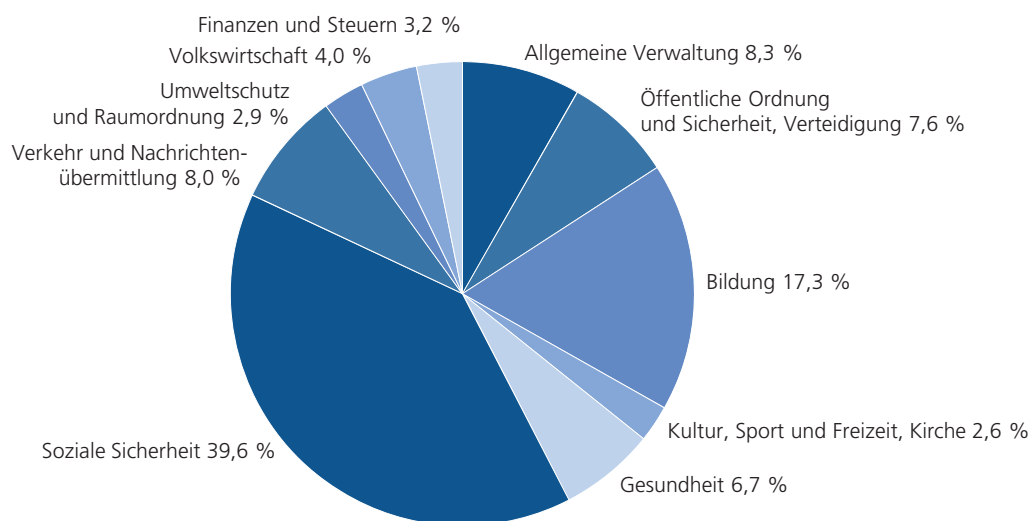
einen kleineren Anteil an den gesamten Bildungsausgaben. Demgegenüber legen die Mittel zugunsten der «Hochschulen» um 7,5 % auf rund 8,1 Milliarden zu.

Am drittmeisten gibt der Staat im Jahr 2014 für das Aufgabengebiet «Allgemeine Verwaltung» aus. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf 17,1 Milliarden und nehmen im Vorjahresvergleich prozentual am stärksten (+6,8 %) zu. Die grösste Einbusse in Prozent verzeichnet das Aufgabengebiet «Finanzen und Steuern» (-4,0 %). Die deutlich tieferen Ausgaben für die Geldbeschaffung begründen sich mit den sehr tiefen Zinsen und den damit verbundenen höheren Agios, welche sich ausgabenmindernd auswirken.

Die volumenmässig grösste Minderung (-316 Mio.) findet im Bereich «Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung» beim Bund statt. Der Rückgang lässt sich zu einem Teil durch eine im Jahr 2013 durchgeführte einmalige Zahlung von Vorsorgebeiträgen im Umfang von gut 150 Millionen erklären. Zu einem weiteren Teil sind die Ausgaben für Rüstungsmaterial um 142 Millionen zurückgegangen, was im Zusammenhang mit der Ablehnung der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen steht.

Abbildung 2: Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2014

Total Ausgaben: CHF 207 598 885 564



Die Ausgaben für die einzelnen Versicherungen im Aufgabengebiet «soziale Sicherheit» hängen mit der demografischen Entwicklung, den damit verbundenen Rentenbeständen zusammen.

Die *Bilanzdaten* der Gemeinden und des Gesamtstaates veröffentlicht die Finanzstatistik erst ab 2008. Dies rührt daher, dass sie früher die Daten der Gemeinden nicht vollständig oder gar nicht erhoben hat. Die Bilanzsumme beläuft sich Ende 2014 auf 361,3 Milliarden, dies entspricht einem Zuwachs um 6,0 % gegenüber dem Vorjahr. Wie schon in den beiden Vorjahren ist für die Zunahme 2014 die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell (HRM2) in den Kantonen und Gemeinden mitverantwortlich. Diese führt zu Neubewertungen von Bilanzpositionen. Neben Wertveränderungen im Verwaltungsvermögen (meistens handelt es sich um Aufwertungen) kann es auch zu Neubewertungen im Finanzvermögen kommen. Diese Bilanzanpassungen führen somit zu einem höheren Eigenkapital.

So tragen etwa die Gemeinden des Kantons *Aargau* durch die Neubewertung zu einem Anstieg der Sachanlagen im Verwaltungsvermögen bei. Die Sachanlagen des Sektors Staat wachsen im Jahr 2014 insgesamt um 12,6 Milliarden. Allein bei den Gemeinden des Kantons *Aargau* beträgt der Zuwachs 6,0 Milliarden, davon entfällt der grösste Teil auf die Rubrik Grundstücke. Während das *Verwaltungsvermögen* des Gesamtstaates einen Anstieg um 7,0 % verzeichnet, steigt das *Finanzvermögen* um 4,9 %

an. Beim Finanzvermögen nehmen vor allem die langfristigen Finanzanlagen (+5,9 Mrd.), die aktiven Rechnungsabgrenzungen (+5,3 Mrd.) und die Sachanlagen des Finanzvermögens (+1,7 Mrd.) zu. Die Vorräte und angefangenen Arbeiten weisen zwar einen Zuwachs um 5,3 % aus, doch fällt der Betrag nicht ins Gewicht. Insgesamt beträgt der Anstieg des Finanzvermögens rund 8 Milliarden.

Ende 2014 weist der Sektor Staat ein *Fremdkapital* von 286,3 Milliarden aus, davon sind 78,0 % Bruttoschulden. Die Bruttoschulden nehmen im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % zu. Stark zugelegt haben dabei die langfristigen Finanzverbindlichkeiten, sie wachsen um 4,7 Milliarden. Allein im Kanton *Zürich* beträgt der Zuwachs an Anleihen rund 1,1 Milliarden. Die zusätzlichen Staatsanleihen hat der Kanton zur Liquiditätssicherung aufgenommen. Die anderen Komponenten des Fremdkapitals des Sektors Staat verändern sich ferner wie folgt: Die kurzfristigen Rückstellungen nehmen um insgesamt 1,1 Milliarden zu, während die langfristigen Rückstellungen wie auch die zweckgebundenen Mittel/Fonds im Fremdkapital je einen Rückgang um 0,9 Milliarden bzw. um 2,9 Milliarden verzeichnen.

Rechnungsabschlüsse – Staat

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Erfolgsrechnung					
Ertrag	196 263	202 563	203 827	206 816	209 635
Aufwand	191 554	198 856	199 255	205 256	206 997
Erfolg	4 709	3 707	4 572	1 561	2 637
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	193 862	200 467	200 771	205 921	206 549
Ausgaben	191 418	198 450	200 537	204 652	207 599
Finanzierungsergebnis	2 444	2 017	234	1 270	- 1 050
Bilanz					
Finanzvermögen	143 082	146 332	157 906	163 542	171 537
Verwaltungsvermögen	160 379	161 935	171 336	177 252	189 742
Fremdkapital	264 293	265 249	277 405	280 307	286 297
Eigenkapital	39 167	43 017	51 838	60 486	74 982
Bilanzsumme	303 460	308 266	329 243	340 793	361 279

Erfolgsrechnung – Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betrieblicher Aufwand	184 081 778	187 818 827	190 969 680	198 503 089	199 518 810
Personalaufwand	45 257 269	46 481 161	47 626 394	48 791 965	49 420 129
Sach- und übriger Betriebsaufwand	22 906 671	23 089 934	23 659 888	25 162 151	24 774 771
Rüstungsaufwand	1 001 078	1 162 959	996 710	969 695	799 321
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	10 916 889	10 877 664	10 235 878	10 335 248	10 236 002
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	2 489 141	2 626 852	1 984 217	2 443 010	1 797 279
Transferaufwand	101 510 730	103 580 256	106 466 594	110 801 019	112 491 309
Betrieblicher Ertrag	184 686 335	191 943 376	191 177 280	195 445 111	197 658 725
Fiskalertrag	161 129 048	167 891 704	167 902 169	171 794 069	174 392 379
Regalien und Konzessionen	3 913 003	3 983 506	2 749 221	2 564 928	1 602 970
Entgelte	16 636 493	17 139 622	17 352 229	18 045 489	18 532 630
Verschiedene Erträge	491 018	705 403	638 742	605 406	815 448
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	1 909 573	1 663 678	1 886 257	1 711 055	1 608 245
Transferertrag	607 200	559 462	648 663	724 162	707 053
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	604 557	4 124 549	207 600	-3 057 978	-1 860 085
Finanzaufwand	6 622 355	6 336 480	5 709 871	5 011 311	4 784 579
Finanzertrag	11 195 353	10 027 614	11 380 652	9 757 235	11 010 310
Finanzergebnis	4 572 997	3 691 134	5 670 781	4 745 924	6 225 731
Ordentliches Ergebnis	5 177 554	7 815 683	5 878 381	1 687 946	4 365 647
Ausserordentlicher Aufwand	849 606	4 700 246	2 575 014	1 741 157	2 694 057
Ausserordentlicher Ertrag	381 361	591 767	1 268 783	1 613 952	965 637
Ausserordentliches Ergebnis	- 468 246	-4 108 479	-1 306 231	- 127 206	-1 728 421
Erfolg	4 709 309	3 707 204	4 572 151	1 560 740	2 637 226

Finanzierungsrechnung – Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebliche Ausgaben	165 347 333	168 711 361	173 649 561	178 829 156	181 578 975
Personalausgaben	45 327 033	46 502 831	47 636 476	48 774 288	49 381 699
Sach- und übriger Betriebsausgaben	22 371 211	22 783 329	23 496 898	24 347 884	24 343 707
Rüstungsausgaben	1 001 078	1 162 959	996 710	967 613	800 895
Transferausgaben	96 648 011	98 262 241	101 519 477	104 739 371	107 052 675
Betriebliche Einnahmen	182 999 763	188 914 389	189 566 485	194 135 952	195 881 894
Fiskaleinnahmen	161 529 048	166 791 704	168 402 169	172 294 069	174 401 211
Regalien und Konzessionen	3 921 102	3 989 907	2 692 511	2 642 288	1 668 877
Entgelte	16 649 604	17 147 783	17 349 070	18 051 843	18 529 790
Verschiedene Einnahmen	415 946	510 001	557 355	508 848	664 233
Transfereinnahmen	484 064	474 994	565 380	638 905	617 784
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	17 652 429	20 203 028	15 916 924	15 306 795	14 302 919
Finanzausgaben	6 043 827	5 578 954	4 702 228	4 713 762	4 356 708
Finanzeinnahmen	8 796 215	8 694 127	8 236 965	8 281 930	7 986 248
Finanzergebnis	2 752 389	3 115 173	3 534 738	3 568 168	3 629 540
Investitionsausgaben	19 390 157	20 069 576	19 737 979	19 738 469	19 597 996
Sachanlagen	12 335 572	12 277 391	12 172 069	12 180 544	12 309 866
Investitionen auf Rechnung Dritter	3 365	4 045	8 516	18 882	9 337
Investitionen, immaterielle Anlagen	175 786	256 242	274 078	266 387	352 664
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	263 976	312 103	537 654	240 255	85 998
Darlehen	1 250 057	1 894 433	1 642 694	1 832 056	1 760 111
Beteiligungen und Grundkapitalien	76 968	227 511	568 672	339 949	281 436
Investitionsbeiträge	5 284 433	5 097 852	4 534 296	4 860 396	4 798 584
Investitionseinnahmen	2 065 843	2 548 236	2 227 932	2 188 969	2 265 677
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	383 172	322 655	323 378	489 294	178 257
Rückerstattungen	245 499	277 195	372 697	163 220	180 446
Abgang immaterielle Sachanlagen	219		581	181	510
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	177 413	189 592	168 003	121 013	84 324
Rückzahlung von Darlehen	319 205	429 963	387 521	510 408	867 305
Übertragung von Beteiligungen	20 525	374 327	5 224	5 432	5 655
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	26 084	39 259	28 256	17 239	15 185
Investitionsbeiträge	893 725	915 245	942 272	882 180	933 995
Nettoinvestitionen	-17 324 315	-17 521 340	-17 510 047	-17 549 500	-17 332 319
Ordentliches Ergebnis	3 080 503	5 796 861	1 941 615	1 325 464	600 140
Ausserordentliche Ausgaben	637 026	4 090 178	2 447 483	1 370 140	2 065 206
Ausserordentliche Ausgaben	637 026	4 090 178	2 447 483	1 370 086	2 065 178
Ausserordentliche Investitionsausgaben				54	28
Ausserordentliche Einnahmen	82	310 683	739 928	1 314 344	414 964
Ausserordentliche Einnahmen	82	20 444	739 899	67 098	344 784
Ausserordentliche Investitionseinnahmen		290 240	29	1 247 246	70 180
Ausserordentliches Ergebnis	- 636 944	-3 779 494	-1 707 555	- 55 795	-1 650 242
Finanzierungsergebnis	2 443 559	2 017 367	234 060	1 269 668	-1 050 102

Bilanz – Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Aktiven	303 460 242	308 266 185	329 242 637	340 793 377	361 279 114
Finanzvermögen	143 081 637	146 331 553	157 906 354	163 541 745	171 536 793
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	21 153 075	27 064 494	32 241 929	31 196 235	29 246 429
Forderungen	41 259 663	41 358 705	44 330 223	44 359 086	43 212 004
Kurzfristige Finanzanlagen	11 110 974	6 270 906	5 427 404	6 723 634	6 438 558
Aktive Rechnungsabgrenzungen	8 552 037	8 685 398	8 361 662	11 017 727	16 360 821
Vorräte und angefangene Arbeiten	292 748	307 804	320 161	330 211	347 594
Finanzanlagen	37 973 102	39 583 900	44 527 875	46 249 883	52 103 743
Sachanlagen, FV	19 407 635	19 720 398	20 183 290	21 173 133	22 871 203
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	3 332 403	3 339 948	2 513 810	2 491 838	956 441
Verwaltungsvermögen	160 378 605	161 934 632	171 336 283	177 251 632	189 742 321
Sachanlagen, VV	112 683 181	115 544 920	121 520 541	126 022 561	138 582 142
Vorräte, VV	376 996	376 161	385 913	397 678	308 284
Immaterielle Anlagen	346 933	475 139	533 079	539 907	810 704
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	13 616 325	13 680 057	13 394 805	10 665 473	4 805 256
Darlehen	5 078 895	5 511 983	7 186 469	8 333 394	9 501 666
Beteiligungen, Grundkapitalien	21 849 932	22 036 214	24 987 713	28 215 132	31 667 972
Investitionsbeiträge	7 118 013	7 186 261	6 971 223	7 344 885	8 402 931
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten			0		
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 691 669	-2 876 102	-3 643 459	-4 267 398	-4 336 634
Passiven	303 460 242	308 266 185	329 242 637	340 793 377	361 279 114
Fremdkapital	264 293 293	265 248 861	277 404 674	280 307 054	286 296 678
Laufende Verbindlichkeiten	38 577 423	38 019 852	39 289 721	41 084 068	43 254 522
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	18 988 268	21 489 764	27 056 549	26 126 850	26 560 272
Passive Rechnungsabgrenzungen	15 260 128	14 290 418	15 926 728	16 421 061	17 779 834
Kurzfristige Rückstellungen	1 532 801	1 444 513	4 564 664	1 618 777	2 707 213
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	149 774 730	147 206 276	148 781 275	151 807 127	156 528 156
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	21 146 104	22 635 669	21 709 527	22 681 490	21 823 442
Zweckgebundene Mittel/Fonds	19 013 840	20 162 369	20 076 210	20 567 681	17 643 239
Eigenkapital	39 166 949	43 017 325	51 837 963	60 486 323	74 982 436
Verpflichtungen bzw. Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital	37 330 217	38 670 650	43 276 191	46 107 127	51 056 043
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	150 780	258 823	373 889	353 709	383 897
Vorfinanzierungen	2 465 713	2 830 778	3 081 795	3 069 878	3 861 121
Aufwertungsreserve	53 543	69 126	2 930 079	5 456 915	12 315 353
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	426 441	542 905	1 203 105	2 486 033	3 369 944
Übriges Eigenkapital	3 799 058	1 980 841	844 348	266 681	901 557
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	-5 058 802	-1 377 572	- 608 421	854 227	1 200 104

Ausgaben nach Funktionen – Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	191 418 343	198 450 069	200 537 250	204 651 527	207 598 886
Allgemeine Verwaltung	13 893 317	18 113 357	16 499 957	16 057 745	17 143 008
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	14 533 318	15 235 717	15 229 698	16 065 134	15 749 157
Bildung	32 674 228	33 724 283	34 562 594	35 220 816	35 986 650
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	4 982 006	5 116 290	5 117 399	5 193 629	5 325 332
Gesundheit	11 347 506	12 118 454	13 701 988	13 746 420	13 839 753
Soziale Sicherheit	75 248 664	75 995 453	77 845 378	80 521 650	82 172 920
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16 582 024	16 723 577	16 810 915	16 884 657	16 619 936
Umweltschutz und Raumordnung	5 877 733	5 868 767	5 989 862	6 082 449	5 937 838
Volkswirtschaft	7 613 688	7 723 869	7 860 555	8 004 235	8 223 453
Finanzen und Steuern	8 665 860	7 830 302	6 918 903	6 874 791	6 600 839

22 Bund

Die Finanzlage des Bundes hat sich im Vergleich zu den letzten Vorjahren merklich verschlechtert. Der konsolidierte Bundeshaushalt schliesst das ordentliche Finanzierungsergebnis des Jahres 2014, erstmals seit 2005 wieder, mit einer roten Null. Der Verlust von 19 Millionen resultiert wegen den deutlich tieferen Einnahmen. Zusammen mit den ausserordentlichen Einnahmen, insbesondere aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien und Gewinneinziehungen der Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA), schliesst die Finanzierungsrechnung mit einem leichten Überschuss von 194 Millionen. Nichts desto trotz hat der Bund seine Bruttoschulden erneut abgebaut, im Berichtsjahr reduzieren sich diese um 2,8 auf 107,7 Milliarden.

In der konsolidierten *Erfolgsrechnung* des Bundes ergibt sich im Jahr 2014 ein Gewinn von 1,1 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Ertragsüberschuss um rund 94 Millionen. Dies liegt daran, dass der *Aufwand* mit 1 Milliarde (-1,5 %) stärker gesunken ist als der Ertrag (-0,9 Mrd. resp. -1,4 %). Im Jahr 2014 beläuft sich der *Ertrag* auf 66,1 Milliarden, davon sind 196 Millionen ausserordentlicher Natur. Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Swisscom-Aktien weist der Bund einen Buchgewinn von 54 Millionen aus. Das Anfang 2011 eingeleitete Verkaufsprogramm für Swisscom-Aktien ist damit abgeschlossen. Nach dem Verkauf beläuft sich der Anteil des Bundes an der Swisscom AG auf 50,95 %. Zusätzliche ausserordentliche Erträge resultieren aus Gewinneinziehungen der FINMA bei verschiedenen Banken (Lombard Bank in Genf, UBS und Incore Bank in Zürich) wegen schwerer Verstösse gegen schweizerische Finanzmarktgesetze. Im Vergleich zur Erfolgsrechnung schliesst die Finanzierungsrechnung um 0,9 Milliarden schlechter ab. Die Differenz ergibt sich wegen nicht finanzierungswirksamen Komponenten (z.B. Rückstellungen, transitorischen Abgrenzungen, Abschreibungen und Aufwertungen auf dem Verwaltungsvermögen) und Positionen der Investitionsrechnung.

Die *Investitionsrechnung*, die Bestandteil der Finanzierungsrechnung ist, weist im Jahr 2014 ordentliche *Investitionsausgaben* von 7,8 Milliarden auf. Die ordentlichen Investitionsausgaben wachsen mit 1,4 % gleich stark wie das nominale BIP und deutlich stärker als die *Gesamtausgaben* (+0,3 %). Die Mehrinvestitionen in der Höhe von 109 Millionen ergeben sich hauptsächlich in den Aufgabengebieten «Bildung» (+75 Mio.) sowie «Umweltschutz und Raumordnung» (+56 Mio.). In der Bildung sind es vor allem höhere Investitionsbeiträge, die der Bund an die Kantone und Konkordate für die Hochschulen und berufliche Grundbildung getätigt hat. Im Bereich «Umweltschutz und Raumordnung» sind es zusätzliche Investitionsbeiträge für die Luftreinhaltung und den Klimaschutz des Bundes an die öffentlichen Unternehmungen. Die ordentlichen *Investitionseinnahmen* liegen im Jahr 2014 mit 283 Millionen um rund 14 Millionen unter dem Vorjahreswert. Trotz Mehreinnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit (sozialer Wohnungsbau +38,2 Mio.) gehen die ordentlichen Investitionseinnahmen gesamthaft zurück. Grund dafür ist, dass das Bundesamt für Bauten und Logistik gegenüber dem Jahr 2013 weniger Liegenschaften im In- und Ausland verkauft hat. Im Jahr 2014 hat der Bund damit netto rund 7,6 Milliarden investiert.

Während das *Finanzergebnis* in der Erfolgsrechnung mit 175 Millionen positiv ist, fällt es in der Finanzierungsrechnung mit 737 Millionen negativ aus. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass der Finanzertrag (2,4 Mrd.) bedingt durch hohe Aufwertungen auf dem Verwaltungsvermögen um rund 1,1 Milliarden über den Finanzeinnahmen liegt, andererseits der Finanzaufwand (2,2 Mrd.) vorwiegend bei der Kapitalbeschaffung und -verwaltung höher als die Finanzausgaben (2,0 Mrd.) ausfällt. Gegenüber der Rechnung 2013 sinkt der Finanzaufwand um 4 %, der Finanzertrag erhöht sich dagegen um 3,3 %.

Ein deutlicher Unterschied aufgrund nicht finanzierungswirksamen Komponenten zeigt sich insbesondere auch im *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit*. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit der Finanzierungsrechnung liegt um 7,5 Milliarden über jenem der Erfolgsrechnung. Dies liegt daran, dass bedingt durch Abschreibungen und Wertberichtigungen der betriebliche Aufwand (62,7 Mrd.) deutlich höher ausfällt als die *betrieblichen Ausgaben* (54,9 Mrd.).

Die Differenz zwischen den *betrieblichen Einnahmen* (63,2 Mrd.) und dem *betriebliche Ertrag* (63,5 Mrd.) ist im Verhältnis dazu gering (-285 Mio.). Der *betriebliche Ertrag* beläuft sich trotz der ausgebliebenen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die unter Regalien und Konzessionen verbucht ist, in etwa auf dem Vorjahreswert (-0,2 %), da der Fiskalertrag als Hauptkomponente des betrieblichen Ertrags nahezu keine Veränderung erfahren hat. Der Fiskalertrag in der Grössenordnung von 60,6 Milliarden setzt sich aus direkten Steuern, Verbrauchssteuern, Abgaben und Zollerträgen zusammen. Während die direkten Steuern natürlicher und juristischer Personen (-1,7 % bzw. -2,4 %) sowie die Verkehrsabgaben (-1,3 %) rückläufig sind, haben sich die anderen Komponenten des Fiskalertrags positiv entwickelt. Bei den übrigen direkten Steuern (+6 %) verzeichnen die Erträge aus der Verrechnungssteuer einen Zuwachs um 350 Millionen. Erwähnenswert ist, dass die durch die Eidg. Finanzstatistik ausgewiesenen Erträge aus Verrechnungssteuern nicht mit jenen des Stammhauses Bund übereinstimmen. Grund dafür ist, dass der Bund seit 2013 Zinsen und Bussen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer und der Stempelabgabe (beides Unter rubriken der Verbrauchssteuern) im jeweils zugrundeliegenden Fiskalertrag verbucht. Mit Hilfe von Zusatzinformationen der Eidg. Steuerverwaltung korrigiert die Eidg. Finanzstatistik diese Praxisänderung. Gegenüber dem Vorjahr steigen sowohl der Mehrwertsteuerertrag (+0,3 %) als auch der Ertrag aus den Stempelabgaben (+0,5 %) nur leicht.

Ein wesentlicher Teil des Rückgangs 2014 im *betrieblichen Aufwand* geht auf den Sach- und übrigen Betriebsaufwand sowie auf den Rüstungsaufwand zurück. Der starke Rückgang beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand (-618 Mio. bzw. -11,3 %) lässt sich durch einmalige Aufwände (Endlagerung radioaktiver Abfälle, Rückbau der Kernanlagen des ETH-Bereichs sowie grosse Abschreibungen bei der Verrechnungssteuer) im Vorjahr begründen. So vermindern sich der verschiedene Betriebsaufwand und die Wertberichtigungen auf Forderungen (Debitorenverluste auf Steuern) um 476 bzw. 247 Millionen. Beim letztgenannten hängt dies damit zusammen, dass ab 2014 beim Bund bei Ausbuchungen von bestrittenen Forderungen eine neue Verbuchungspraxis gilt. Neu werden die Forderungen weder in der Bilanz noch in der Erfolgsrechnung (ertragsmässig und gleichzeitig als Debitorenverlust) erfasst, da die Wahrscheinlichkeit eines Mittelzuflusses unter 50 % liegt. Gegenüber dem Jahr 2013 vermindert sich der Rüstungsaufwand um 170 Millionen (-17,6 %). Der Minderaufwand zeigt sich insbesondere beim Rüstungsmaterial und ist damit begründet, dass die geplante Beschaffung des Gripen Kampfflugzeuges in der Abstimmung vom 18.5.2014 abgelehnt worden ist.

Im Jahr 2014 belaufen sich die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen, der viertgrössten Rubrik des betrieblichen Aufwandes, auf 2,5 Milliarden und machen 32,5 % der Abweichung zwischen dem betrieblichen Aufwand und den betrieblichen Ausgaben aus. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen fallen primär bei den Verwaltungseinheiten mit grossen Investitionen (ASTRA, BBL und armasuisse Immobilien) an. Bei den Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen erklärt sich der deutliche Rückgang (-47,0 %) zu einem grossen Teil durch den Überschuss bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen.

Rund drei Viertel des betrieblichen Aufwands beim Bund entstehen durch den Transferaufwand. Der Transferaufwand liegt um 94 Millionen tiefer als im Vorjahr und um rund 4,7 Milliarden höher als die *Transferausgaben*. Letztere Differenz, herrührend aus nicht finanzierungswirksamen Komponenten (v.a. Abschreibungen von Investitionsbeiträgen), erklärt rund drei Fünftel des Unterschieds zwischen dem betrieblichen Aufwand und den betrieblichen Ausgaben. Die wichtigsten Transferempfänger des Bundes sind die Sozialversicherungen und die Kantone.

Die ordentlichen und ausserordentlichen *Transferausgaben des Bundes* an die Sozialversicherungen sind dem Aufgabengebiet «Soziale Sicherheit» zugewiesen. An jenen Bundestransfers machen die Einnahmenanteile einen Anteil von 23,5 % und die laufenden Beiträge einen Anteil von 76,5 % aus. Wachstumstreibend sind hauptsächlich die Leistungen des Bundes an die AHV (+126 Mio., +1,2 %). Dies rührt daher, dass der Bund 19,55 % der jährlichen AHV-Ausgaben trägt und diese um 2,7 % auf 42,1 Milliarden angestiegen sind. Während der Bund früher einen Beitrag von 37,7 % der IV-Ausgaben geleistet hat, bemisst sich der Bundesbeitrag seit 2014 in Abhängigkeit der Mehrwertsteuererträge. Aufgrund des Systemwechsels betreffend das erste

Massnahmenpaket der 6. IV-Revision, wurde die früher gebildete Rückstellung für die individuellen Massnahmen in der IV per Ende 2013 vollständig aufgelöst. Der Wegfall dieser nicht finanzierungswirksamen Transaktion bewirkt im Jahr 2014 eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge. Die finanzierungswirksamen Beiträge und Einnahmenanteile des Bundes an die IV belaufen sich auf 4,9 Milliarden. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt 1,3 %.

Die *Transferausgaben des Bundes an die Kantone* beziffern sich im Jahr 2014 auf 20,2 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr resultiert ein Zuwachs um 297 Mio. respektive 1,5 %. Auf die grösste Transferrubrik entfällt im Jahr 2014 ein Anteil von 47,2 %. Hierbei handelt es sich um die laufenden Beiträge wie allgemeine und ökologische Direktzahlungen an die Landwirtschaft, individuelle Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sowie Förderbeiträge im Bildungsbereich. Gegenüber dem Jahr 2013 verzeichnen die ordentlichen Beiträge des Bundes an die Kantone einen Zuwachs um 237 Millionen. Sie weisen damit, nominal gesehen, das kräftigste Wachstum aus.

Direkte *Transferausgaben des Bundes an die Gemeinden* sind im Allgemeinen gering. 2014 belaufen sich diese auf rund 1 Milliarde und nehmen wie im Vorjahr um 1,5 % zu. In diesem Fall handelt es sich um den Kulturbeitrag des Bundes an die Bundeshauptstadt, welche die Stadt für Kulturinstitutionen und kulturelle Projekte einsetzt. Die Details der Beitragsverwendung sind in einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt *Bern* geregelt.

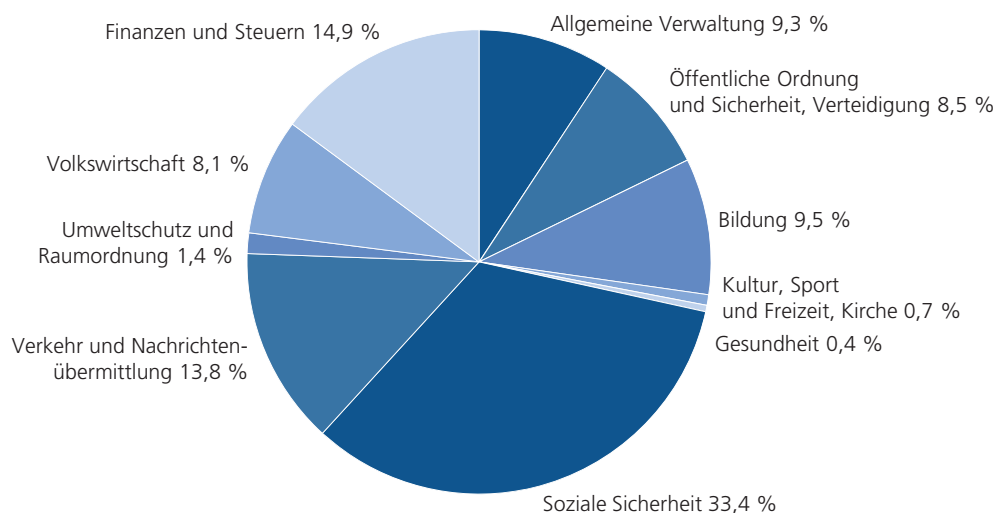
Die *Ausgaben* des Bundes nehmen im Jahr 2014 um 0,3 % auf 64,7 Milliarden zu. Werden die Ausgabenanteile der einzelnen Aufgabengebiete an den Gesamtausgaben berechnet und mit jenen des Vorjahres verglichen, zeigt sich, dass die Schwerpunkte der Ausgabenpolitik 2014 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert haben. Einzig die beiden Aufgabengebiete «Allgemeine Verwaltung» sowie «Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung» haben untereinander die Ränge getauscht. Die «Allgemeine Verwaltung» rückt von Rang 6 auf 5 vor. Am meisten Mittel, ein Drittel der Bundesausgaben, gibt der Bund für die «Soziale Sicherheit» aus. Danach folgen die Bereiche «Finanzen und Steuern» sowie «Verkehr und Nachrichtenübermittlung». Im Bereich der «Sozialen Sicherheit» hat der Bund die Ausgaben um 1,4 % auf 21,6 Milliarden erhöht. Die Zunahme zeigt sich hauptsächlich in den Funktionsgruppen «Alter und Hinterlassene», «Invalidität» sowie «Krankheit und Unfall». Im Aufgabengebiet «Finanzen und Steuern» hat der Bund im Jahr 2014 9,6 Milliarden ausgegeben, dies sind 1,8 % bzw. 177 Millionen weniger als im Vorjahr. Trotz einem starken Anstieg bei den Rückverteilungen aus der CO₂-Abgabe ergibt sich der Rückgang durch tiefere Ausgaben für die Geldbeschaffung, die sich mit den sehr tiefen Zinsen und den damit verbundenen höheren Agios, welche sich ausgabenmindernd auswirken, begründen. Im Vorjahresvergleich verzeichnen dagegen die Bundesausgaben im Bereich «Verkehr und Nachrichtenübermittlung» einen marginalen Rückgang (-0,3 %). Die Minderung ergibt sich aus

rückläufigen Ausgaben für die «öffentliche Verkehrsinfrastruktur». Prozentual gesehen nehmen im Jahr 2014 die Aufgabengebiete «Volkswirtschaft» (+6,4 %) sowie «Allgemeine Verwaltung» (+3,1 %) am stärksten zu. In den Bereich «Volkswirtschaft» sind dabei 318 Millionen zusätzlich geflossen. Davon entfallen 154 Millionen auf die Funktionsgruppe «Brennstoffe und

Energie». Hierbei handelt es sich primär um Vergütungen der produzierten Energie der Stiftung Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Der grösste Teil des Anstiegs im Bereich «Allgemeine Verwaltung» lässt sich auf Förderungen in Beziehungen zum Ausland (insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit) erklären.

Abbildung 3: Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2014

Total Ausgaben: CHF 64 726 027 337



Der Bereich «Volkswirtschaft» weist im Vorjahresvergleich das stärkste Ausgabenwachstum (+318 Mio.; +6,4 %) auf. Rund die Hälfte dieser Mehrausgaben 2014 hat der Bund (mitsamt seinen Sonderrechnungen) in Brennstoffe und Energie sowie in Forschung und Entwicklung getätigt.

Die *Bilanzsumme* des Bundes beläuft sich Ende 2014 auf 113 Milliarden, gegenüber dem Vorjahr verändert sie sich kaum (+0,2 %). Das *Finanzvermögen* sinkt um 480 Millionen. Diese Entwicklung ist massgeblich durch die Unterrubriken «flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen» (-1,7 Mrd.) sowie kurz- und langfristige «Finanzanlagen» (+1,2 Mrd.) bestimmt. Im Jahr 2013 hat der Bund seine Tresorieremittel aufgebaut, um eine im Januar 2014 fällige Anleihe zurückzubezahlen. Die Aufstockung im Jahr 2013 ist primär aus dem Mittelzufluss des ordentlichen Finanzierungsüberschusses und den ausserordentlichen Einnahmen erfolgt. Beim Anstieg an Finanzanlagen handelt es sich um zusätzliche Festgelder an Städte (+0,4 Mrd.) und um ein kurzfristiges Darlehen an die ALV (+0,5 Mrd.). Im Gegensatz zum Finanzvermögen verzeichnet das *Verwaltungsvermögen* einen Zuwachs (+752 Mio.). Während die beiden Hauptrubriken «Sachanlagen» sowie «Beteiligungen und Grundkapitalien» um je 0,9 Milliarden höhere Buchwerte aufweisen, gehen die Guthaben gegenüber den öffentlichen Haushalten um 0,9 Milliarden zurück. Der Rückgang bei den Guthaben gegenüber den öffentlichen Sozialversicherungen auf 3,3 Milliarden ergibt sich durch Darlehensrückzahlung der ALV an die Bundestresorerie. Die Zunahme bei den Sachanlagen rührt daher, dass die Mobilien (+428 Mio.) und Anlagen im Bau (+539 Mio.) stark zunehmen. So konnten im Fall der nicht fertiggestellten Anlagen weniger Nationalstrassen-Projekte abgeschlossen werden als im Vorjahr.

Der Bilanzwert der Beteiligungen und Grundkapitalien steigt auf 21,1 Milliarden, was hauptsächlich auf die Equitybewertung der namhaften Beteiligungen zurückzuführen ist. Die Veränderung des Equitywertes der namhaften Beteiligungen ist geprägt durch den Anteil des Bundes am positiven Ergebnis der vier grössten Beteiligungen (Post, SBB, Swisscom und Ruag).

Die *Bruttoschulden* sind gegenüber dem Vorjahr um 2,8 auf 107,7 Milliarden zurückgegangen. Gründe dafür finden sich in den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten. So nehmen die kurzfristigen um 2 auf 13,6 Milliarden ab, was namentlich mit Rückgängen bei den Geldmarktbuchforderungen zusammenhängt. Die Abnahme bei den langfristigen Finanzverbindlichkeiten (-1,1 Mrd.) ist hauptsächlich auf Rückgänge bei den Anleihen um 0,7 Milliarden und Festgeldern der Schweizerischen Exportrisikoversicherung (SERV) um 0,5 Milliarden zurückzuführen. Die umgekehrte Entwicklung der nicht schuldenrelevanten Komponenten, wie zum Beispiel der passiven Rechnungsabgrenzungen (+1,3 Mrd.), bewirkt beim Fremdkapital einen etwas schwächeren Rückgang (-1,0 Mrd.).

Seit 2005 verbessert sich die Eigenkapitalsituation des Bundes sukzessive. Im Jahr 2014 verringert sich das negative *Eigenkapital* des Bundes dank dem positiven Erfolg erneut.

Rechnungsabschlüsse – Bund

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Erfolgsrechnung					
Ertrag	64 531	66 597	65 525	66 971	66 052
Aufwand	60 558	64 573	63 111	65 955	64 942
Erfolg	3 974	2 025	2 414	1 016	1 109
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	63 465	65 201	64 416	67 011	64 920
Ausgaben	60 335	64 497	62 731	64 540	64 726
Finanzierungsergebnis	3 129	704	1 685	2 470	194
Bilanz					
Finanzvermögen	24 248	25 156	29 413	32 246	31 766
Verwaltungsvermögen	82 653	80 062	80 874	80 496	81 248
Fremdkapital	132 994	131 004	133 486	134 996	133 959
Eigenkapital	- 26 093	- 25 786	- 23 199	- 22 254	- 20 945
Bilanzsumme	106 902	105 218	110 287	112 742	113 014

Erfolgsrechnung – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betrieblicher Aufwand	57 314 008	60 398 402	60 420 228	63 662 374	62 740 824
Personalaufwand	6 731 990	6 914 350	7 117 993	7 630 073	7 632 411
Sach- und übriger Betriebsaufwand	4 538 969	4 483 311	4 617 536	5 456 760	4 838 910
Rüstungsaufwand	1 001 078	1 162 959	996 710	969 695	799 321
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	2 408 168	2 430 116	2 494 047	2 393 044	2 544 612
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	197 199	199 741	138 418	410 716	217 819
Transferaufwand	42 436 603	45 207 926	45 055 525	46 802 086	46 707 750
Betrieblicher Ertrag	62 119 221	64 233 561	61 933 016	63 588 578	63 478 396
Fiskalertrag	58 309 626	60 642 399	58 838 780	60 508 372	60 609 077
Regalien und Konzessionen	1 139 941	1 133 772	727 584	603 227	288 637
Entgelte	1 661 558	1 640 673	1 683 444	1 773 254	1 777 991
Verschiedene Erträge	272 652	450 919	340 946	282 085	340 797
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	569 917	179 293	117 181	180 953	205 552
Transferertrag	165 526	186 505	225 080	240 688	256 342
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	4 805 213	3 835 158	1 512 788	- 73 795	737 572
Finanzaufwand	3 242 173	3 024 482	2 690 370	2 292 675	2 201 313
Finanzertrag	2 412 032	2 134 407	2 853 584	2 301 382	2 376 807
Finanzergebnis	- 830 141	- 890 076	163 215	8 707	175 494
Ordentliches Ergebnis	3 975 072	2 945 082	1 676 003	- 65 089	913 067
Ausserordentlicher Aufwand	1 577	1 149 657	434	203	144
Ausserordentlicher Ertrag	136	229 301	738 115	1 080 948	196 316
Ausserordentliches Ergebnis	- 1 442	- 920 355	737 681	1 080 745	196 172
Erfolg	3 973 630	2 024 727	2 413 684	1 015 656	1 109 239

Finanzierungsrechnung – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebliche Ausgaben	49 716 215	52 549 524	53 192 432	54 617 711	54 908 783
Personalausgaben	6 801 754	6 936 020	7 128 076	7 612 396	7 593 981
Sach- und übriger Betriebsausgaben	4 059 444	4 182 362	4 461 650	4 656 562	4 482 064
Rüstungsausgaben	1 001 078	1 162 959	996 710	967 613	800 895
Transferausgaben	37 853 938	40 268 182	40 605 996	41 381 140	42 031 843
Betriebliche Einnahmen	61 895 441	62 773 428	62 174 579	63 894 780	63 193 528
Fiskaleinnahmen	58 709 626	59 542 399	59 338 780	61 008 372	60 617 909
Regalien und Konzessionen	1 148 040	1 140 173	670 874	680 586	354 544
Entgelte	1 674 669	1 648 834	1 680 285	1 779 607	1 775 150
Verschiedene Einnahmen	197 580	255 518	259 559	185 527	189 582
Transfereinnahmen	165 526	186 505	225 080	240 688	256 342
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	12 179 226	10 223 905	8 982 148	9 277 069	8 284 745
Finanzausgaben	2 993 752	2 621 918	1 920 401	2 182 146	1 968 288
Finanzeinnahmen	1 160 209	1 534 238	1 275 715	1 511 806	1 230 881
Finanzergebnis	-1 833 543	-1 087 680	- 644 686	- 670 340	- 737 407
Investitionsausgaben	7 623 845	8 175 604	7 617 999	7 740 060	7 848 813
Sachanlagen	2 244 852	2 298 538	2 219 188	2 285 112	2 404 199
Investitionen auf Rechnung Dritter					
Investitionen, immaterielle Anlagen	46 170	51 958	47 708	39 999	44 828
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	1 072 852	1 677 304	1 439 041	1 532 771	1 443 749
Beteiligungen und Grundkapitalien	30 500	109 682	19 710	22 667	20 841
Investitionsbeiträge	4 229 471	4 038 122	3 892 353	3 859 510	3 935 196
Investitionseinnahmen	408 892	602 643	227 663	297 325	282 852
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	154 439	54 539	54 803	142 053	81 246
Rückerstattungen					
Abgang immaterielle Sachanlagen					
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Rückzahlung von Darlehen	236 893	186 476	172 351	154 645	199 091
Übertragung von Beteiligungen	17 560	361 629	191		2 022
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge					
Investitionsbeiträge			317	626	493
Nettoinvestitionen	-7 214 953	-7 572 961	-7 390 336	-7 442 735	-7 565 961
Ordentliches Ergebnis	3 130 731	1 563 264	947 126	1 163 994	- 18 623
Ausserordentliche Ausgaben	1 577	1 149 657	434	203	144
Ausserordentliche Ausgaben	1 577	1 149 657	434	203	144
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen	136	290 398	738 115	1 306 697	213 120
Ausserordentliche Einnahmen	136	158	738 115	60 255	144 883
Ausserordentliche Investitionseinnahmen		290 240		1 246 442	68 238
Ausserordentliches Ergebnis	- 1 442	- 859 259	737 681	1 306 494	212 977
Finanzierungsergebnis	3 129 289	704 005	1 684 807	2 470 488	194 354

Bilanz – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Aktiven	106 901 547	105 217 733	110 287 406	112 742 110	113 013 970
Finanzvermögen	24 248 358	25 155 877	29 413 355	32 246 462	31 766 005
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 508 840	5 516 741	9 261 120	10 989 868	9 321 280
Forderungen	6 932 604	6 329 029	6 666 062	7 105 164	7 385 778
Kurzfristige Finanzanlagen	5 462 155	2 683 914	2 525 837	2 731 192	2 799 147
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1 725 725	1 340 921	1 194 569	1 027 103	741 078
Vorräte und angefangene Arbeiten	404	309	349	391	424
Finanzanlagen	8 341 084	8 862 107	9 343 159	10 150 103	11 287 065
Sachanlagen, FV	245 112	253 298	252 501	242 642	231 232
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	32 434	169 559	169 759		
Verwaltungsvermögen	82 653 188	80 061 856	80 874 050	80 495 648	81 247 966
Sachanlagen, VV	52 542 033	53 397 477	54 359 451	55 130 496	56 061 963
Vorräte, VV	307 707	311 137	312 849	335 096	291 482
Immaterielle Anlagen	150 104	207 643	213 603	205 288	216 285
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	3 795 799	4 039 111	4 169 755	4 352 963	4 284 958
Beteiligungen, Grundkapitalien	18 867 173	18 715 009	20 133 813	20 207 263	21 114 234
Investitionsbeiträge					
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten	7 410 551	6 022 246	5 010 817	4 215 006	3 302 202
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 420 178	- 2 630 766	- 3 326 237	- 3 950 465	- 4 023 158
Passiven	106 901 547	105 217 733	110 287 406	112 742 110	113 013 970
Fremdkapital	132 994 491	131 003 770	133 486 105	134 996 197	133 959 273
Laufende Verbindlichkeiten	11 770 839	11 641 503	12 705 994	13 612 240	13 970 077
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 103 170	14 370 103	16 478 980	15 574 727	13 582 295
Passive Rechnungsabgrenzungen	6 480 408	5 348 203	5 513 420	5 822 725	7 104 076
Kurzfristige Rückstellungen	374 853	362 863	364 550	375 027	854 009
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	83 432 677	82 080 968	80 773 873	79 998 294	78 901 689
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	1 393 557	1 622 794	1 483 214	1 489 076	1 408 353
Langfristige Rückstellungen	13 735 228	12 649 470	13 011 547	14 757 033	14 783 117
Zweckgebundene Mittel/Fonds	2 703 757	2 927 867	3 154 526	3 367 075	3 355 656
Eigenkapital	-26 092 944	-25 786 037	-23 198 699	-22 254 087	-20 945 302
Verpflichtungen bzw. Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital	5 381 201	5 109 459	5 700 301	6 152 029	6 564 564
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	114 071	176 480	224 567	221 397	187 416
Vorfinanzierungen					
Aufwertungsreserve					
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	379				
Übriges Eigenkapital	1 885 409	- 25 097	- 26 155	- 72 100	11 778
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	-33 474 004	-31 046 879	-29 097 413	-28 555 415	-27 709 060

Ausgaben nach Funktionen – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	60 335 389	64 496 703	62 731 265	64 540 120	64 726 027
Allgemeine Verwaltung	5 020 571	6 790 936	5 398 443	5 817 091	5 998 023
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	5 395 861	5 585 134	5 495 171	5 963 834	5 505 408
Bildung	5 385 602	5 820 375	5 923 440	5 997 228	6 140 621
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	402 196	418 362	440 428	489 622	477 592
Gesundheit	370 512	353 912	353 586	372 292	286 410
Soziale Sicherheit	18 639 098	20 735 359	20 850 886	21 280 619	21 587 243
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8 910 122	9 038 415	9 082 222	8 943 484	8 916 006
Umweltschutz und Raumordnung	856 241	865 023	954 012	940 091	938 026
Volkswirtschaft	4 691 397	4 853 025	4 848 488	4 932 528	5 250 221
Finanzen und Steuern	10 663 789	10 036 160	9 384 590	9 803 331	9 626 477

Fiskalertrag – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Fiskalertrag	58 309 626	60 642 399	58 838 780	60 508 372	60 609 077
Direkte Steuern natürliche Personen	9 879 656	9 573 830	9 753 678	9 654 955	9 487 450
Einkommenssteuern natürliche Personen	9 879 656	9 573 830	9 753 678	9 654 955	9 487 450
Vermögenssteuern natürliche Personen					
Quellensteuern natürliche Personen					
Personensteuern					
Übrige direkte Steuern natürliche Personen					
Direkte Steuern juristische Personen	8 006 358	8 317 312	8 588 346	8 697 764	8 487 634
Gewinnsteuern juristische Personen	8 006 358	8 317 312	8 588 346	8 697 764	8 487 634
Kapitalsteuern juristische Personen					
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern	4 704 512	6 336 609	4 164 110	5 426 787	5 754 306
Verrechnungssteuer (nur Bund)	4 323 415	5 960 555	3 834 755	5 119 075	5 468 979
Grundsteuern					
Vermögensgewinnsteuern					
Vermögensverkehrssteuern					
Erbschafts- und Schenkungssteuern					
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	381 096	376 054	329 355	307 712	285 327
Besitz- und Aufwandsteuern					
Motorfahrzeugsteuern					
Schiffssteuer					
Vergnügungssteuern					
Hundesteuer					
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer					
Verbrauchssteuern (nur Bund)	31 681 766	32 385 600	32 279 024	32 611 486	32 680 542
Mehrwertsteuer	20 671 716	21 641 744	22 049 585	22 514 816	22 577 466
Stempelabgabe	2 854 987	2 856 896	2 135 987	2 134 416	2 144 426
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 062 890	2 994 965	3 005 347	2 988 349	2 971 317
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 050 428	2 005 556	2 007 320	1 994 433	1 982 947
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und and. Mineralölprodukten	20 455	19 061	19 877	22 667	17 269
Tabaksteuer	2 356 171	2 208 357	2 396 800	2 294 957	2 257 050
Biersteuer	112 015	112 648	113 426	113 228	113 037
Besteuerung gebrannter Wasser (EAV)	294 352	291 507	294 978	290 508	283 152
Verbrauchssteuern n.a.g.	258 751	254 867	255 705	258 113	333 879
Verkehrsabgaben	2 210 026	2 323 089	2 293 421	2 241 802	2 211 591
Automobilsteuer	372 906	408 372	412 019	368 688	353 816
Nationalstrassenabgabe	347 466	359 758	352 059	355 989	364 487
Schwerverkehrsabgabe	1 489 654	1 554 959	1 529 343	1 517 125	1 493 288
Abgaben kombinierter Verkehr					
Verkehrsabgaben n.a.g.					
Zölle (nur Bund)	1 079 416	1 046 326	1 043 845	1 059 339	1 068 411
Einfuhrzölle	1 079 416	1 046 326	1 043 845	1 059 339	1 068 411
Übrige Abgaben	747 893	659 632	716 357	816 238	919 143
Lenkungsabgaben Umweltschutz	747 550	659 632	716 357	816 238	916 206
Landwirtschaftliche Abgaben	343				2 938
Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber					
Sonstiger Fiskalertrag					

Schulden – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Bruttoschulden	108 923 647	109 147 483	111 043 024	110 449 463	107 696 157
Laufende Verbindlichkeiten	11 770 839	11 641 503	12 705 994	13 612 240	13 970 077
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 103 170	14 370 103	16 478 980	15 574 727	13 582 295
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>	<i>776 596</i>	<i>567 885</i>	<i>399 037</i>	<i>224 874</i>	<i>166 257</i>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	83 432 677	82 080 968	80 773 873	79 998 294	78 901 689
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>					
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	1 393 557	1 622 794	1 483 214	1 489 076	1 408 353

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	13 846 113	15 733 165	15 529 190	15 869 620	16 038 530
Einnahmensanteile an öffentlichen Sozialversicherungen	2 693 632	3 518 722	3 733 606	3 811 063	3 772 052
Entschädigungen an öffentliche Sozialversicherungen					
Beiträge an öffentliche Sozialversicherungen	11 151 030	12 212 805	11 795 349	12 058 554	12 266 478
Ausserordentliche Transferausgaben; öffentliche Sozialversicherungen	1 452	1 638	235	3	
Investitionsbeiträge, öffentliche Sozialversicherungen					
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, öffentliche Sozialversicherungen					

Transfers nach Funktionen – Bund an Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	13 846 113	15 733 165	15 529 190	15 869 620	16 038 530
Soziale Sicherheit	13 846 113	15 733 165	15 529 190	15 869 620	16 038 530
Krankheit und Unfall					
Invalidität	3 480 176	4 625 668	4 771 242	4 820 911	4 867 365
Alter + Hinterlassene	9 855 746	10 100 254	10 239 868	10 515 198	10 640 687
Familie und Jugend	95 600	88 376	84 400	77 475	71 521
Arbeitslosigkeit	414 592	918 867	433 680	456 036	458 957
Sozialer Wohnungsbau					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F&E in soziale Sicherheit					
Soziale Wohlfahrt n.a.g.					

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	18 735 524	19 333 522	19 788 301	19 935 905	20 233 197
Ertragsanteile an Kantone und Konkordate	4 476 052	4 504 149	4 516 326	4 621 749	4 558 842
Ertragsanteil direkte Bundessteuer	3 071 546	3 070 395	3 143 907	3 145 636	3 081 320
Ertragsanteil Verrechnungssteuer	465 208	480 777	426 375	531 804	543 890
Ertragsanteil Wehrpflichtersatzabgabe	31 398	31 811	32 392	32 586	34 716
Ertragsanteil Eidg. Alkoholverwaltung	27 008	27 165	26 887	26 866	26 268
Ertragsanteil Eidg. Bussen und Taxen					
Ertragsanteil Eidg. Mineralölsteuer	382 664	377 041	376 005	374 278	372 939
Ertragsanteil Eidg. Stempelabgabe					
Ertragsanteil EU-Zinsbesteuerung	13 370	10 801	12 663	15 387	12 755
Ertragsanteil LSVA	484 186	505 319	497 322	493 285	484 988
Ertragsanteil übriger Bundeseinnahmen	672	840	775	1 907	1 966
Entschädigungen an Kantone und Konkordate	1 066 005	1 086 394	1 179 439	1 134 922	1 228 596
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone	2 900 570	3 049 020	3 101 559	3 177 655	3 185 168
Ressourcenausgleich	1 961 872	2 100 592	2 120 217	2 208 116	2 220 010
Sozio-demografischer Lastenausgleich	347 490	352 355	368 812	365 124	362 933
Geografisch-topografischer Lastenausgleich	347 490	352 355	368 812	365 124	362 933
Härteausgleich	243 718	243 718	243 718	239 292	239 292
Beiträge an Kantone und Konkordate	8 579 031	8 938 303	9 198 338	9 319 730	9 556 735
Ausserordentliche Transferausgaben; Kantone und Konkordate					
Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate	1 713 866	1 755 656	1 792 639	1 681 849	1 703 857
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate					

Transfers nach Funktionen – Bund an Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	18 735 524	19 333 522	19 788 301	19 935 905	20 233 197
Allgemeine Verwaltung	12 437	12 875	12 829	3 660	3 783
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	147 415	153 710	149 271	162 951	184 715
Bildung	2 231 926	2 357 222	2 511 227	2 544 546	2 725 488
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	27 408	29 035	39 474	40 457	41 981
Gesundheit	27 008	27 165	26 887	26 866	26 268
Soziale Sicherheit	3 887 743	4 108 141	4 385 733	4 398 346	4 552 161
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 546 903	2 462 050	2 383 188	2 295 707	2 260 005
Umweltschutz und Raumordnung	307 456	405 469	480 965	484 095	475 945
Volkswirtschaft	3 064 464	3 134 210	3 081 055	3 074 301	3 103 035
Finanzen und Steuern	6 482 764	6 643 645	6 717 672	6 904 974	6 859 815

Transfers nach Sachgruppen – Bund an Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	982	972	987	1 002	1 017
Einnahmensanteile Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden					
Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	982	972	987	1 002	1 017
Ausserordentliche Transferausgaben; Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					

Transfers nach Funktionen – Bund an Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	982	972	987	1 002	1 017
Allgemeine Verwaltung					
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung					
Bildung					
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	982	972	987	1 002	1 017
Gesundheit					
Soziale Sicherheit					
Verkehr und Nachrichtenübermittlung					
Umweltschutz und Raumordnung					
Volkswirtschaft					
Finanzen und Steuern					

23 Kantonale Verteilung von Bundesgeldern

In der Tabelle «Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen» sind Zahlungsströme vom Bund an die Kantonshaushalte nach Kantonen und Aufgabengebieten dargestellt. Berücksichtigt sind dabei die folgenden Sachgruppen:

- 4600: Anteile an Bundeseinnahmen
- 4610: Entschädigungen vom Bund
- 4620: Finanz- und Lastenausgleich vom Bund
- 4630: Beiträge vom Bund
- 4860: Ausserordentliche Transfereinnahmen vom Bund
- 670: Investitionsbeiträge vom Bund
- 6870: Ausserordentliche Investitionsbeiträge vom Bund

Die Gliederung der Bundesgelder nach Sachgruppen (Artengliederung) und Aufgabengebieten (funktionale Gliederung) richtet sich nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2).

Ausgewiesen ist zudem das konsolidierte Total aller Kantone, welches auch die Konkordate umfasst. Im konsolidierten Total muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Angaben des Zahlenden (Bund) häufig nicht genau mit denjenigen der Empfänger (Kantone) übereinstimmen. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen solche Diskrepanzen zwingend korrigiert werden. In der Finanzstatistik wird in diesen Fällen grundsätzlich das konsolidierte Total an die Angaben des Zahlenden angepasst. Deshalb und wegen den Zahlungen an die Konkordate stimmt die Summe über alle Kantone nicht zwangsläufig mit dem konsolidierten Total überein.

Im Jahr 2014 belaufen sich die Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen auf 20,2 Milliarden. Verglichen mit den Gesamteinnahmen der Kantone entspricht dies einem Anteil von 24,4 %. Am meisten Gelder hat der Bund in Form von nicht zweckgebundenen Ertragsanteilen (3,7 Mrd.) und im Rahmen des vertikalen Finanz- und Lastenausgleichs (netto 3,2 Mrd.) an die Kantone gezahlt.

Der «Finanz- und Lastenausgleich» verteilt sich auf den Ressourcenausgleich (69,7 %), den sozio-demografischen sowie geografisch-topografischen Lastenausgleich (je 11,4 %) und den Härteausgleich (7,5 %). Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich beträgt 2,2 Milliarden, gegenüber dem Jahr 2013 entspricht dies einer Zunahme um 8 Millionen (+0,2%). Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 726 Millionen. Im Jahr 2014 sind beim sozio-demografischen Lastenausgleich 10 Kantone und beim geografisch-topografischen Lastenausgleich 17 Kantone in den Genuss von Bundesgeldern gekommen. Einnahmen aus dem Härteausgleich weisen ferner die Kantone *Bern*, *Luzern*, *Obwalden*, *Glarus*, *Freiburg*, *Neuenburg* und *Jura* aus. Weil im Jahr 2008 der Kanton *Waadt* und im Jahr 2013 der Kanton *Schaffhausen* ein Ressourcenpotenzial über dem Schweizer Durchschnitt erreichten, verloren die beiden Kantone ihren Anspruch auf Härteausgleich und der Gesamtbeitrag wurde entsprechend gegenüber dem im BB vom 22.6.2007

festgelegten Anfangsbestand (von rund 430 auf 359 Mio.) reduziert. Finanziert wird der Härteausgleich zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Dritten von den Kantonen. Im Jahr 2014 hat der Kanton *Bern* mit 24,1 % am meisten Bundesmittel an Finanz- und Lastenausgleichszahlungen erhalten. Gemessen an der ständigen Wohnbevölkerung rangieren die Kantone *Uri* (Fr. 1578), *Jura* (Fr. 1418) und *Glarus* (Fr. 1192) zuoberst. Der Kanton *Bern* (Fr. 762) rangiert unverändert gegenüber dem Vorjahr an 9. Stelle.

Auf die drei Funktionsgruppen der «sozialen Sicherheit» entfallen 22,5 % aller Einnahmen aus Bundesquellen. Allein die Funktion «Krankheit und Unfall» beansprucht 11,1 % der Einnahmen aus Bundesquellen. Es handelt sich dabei um die individuellen Prämienvorbildungen (IPV) an Krankenversicherte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Die Aufteilung dieser Gelder auf die Kantone erfolgt nach ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung (inklusive Grenzgänger). Deshalb schwanken die Einnahmen pro Kopf (ständige Wohnbevölkerung) nur gering. Mit 281 Franken pro Einwohner erhält der Kanton *Basel-Stadt* die höchsten Beiträge, *Freiburg* bekommt mit 265 Franken am wenigsten. Der Funktionsgruppe «Invalidität, Alter und Hinterlassene» fliessen 7,1 % der Bundesmittel zu, wobei es sich hier um die Ergänzungsleistungen im Rahmen der AHV und der IV sowie eine Beteiligung an den zugehörigen Verwaltungskosten handelt. Der Kanton *Basel-Stadt* erhält mit 390 Franken pro Einwohner die höchsten Bundesbeiträge und der Kanton *Zug* mit 95 Franken die geringsten. Die Funktionsgruppe «übrige Soziale Sicherheit» setzt sich aus den Funktionen «Familie und Jugend», «Arbeitslosigkeit», «Sozialer Wohnungsbau» sowie «Sozialhilfe und Asylwesen» zusammen. Für diese Funktionsgruppe hat der Bund im Jahr 2014 den Kantonen total 877 Millionen überwiesen. Die grössten Anteile daran haben die Kantone *Zürich* (18,2 %), *Bern* (14,2 %) und *Waadt* (9,7%). Werden die Einnahmen dieser Rubrik pro Kopf berechnet, so zeigen sich folgende Spitzenreiter: *Glarus* (Fr. 145), *Obwalden* und *Schaffhausen* (je Fr. 135).

Für die Funktionen «Landwirtschaft» und «Strassenverkehr» haben die Kantone im Jahr 2014 weitere Bundesgelder in der Grössenordnung von rund 2,9 bzw. 2 Milliarden erhalten. Die Einnahmen für «Landwirtschaft» sind allgemeine und ökologische Direktzahlungen des Bundes. Die Direktzahlungen richten sich nach dem Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 und der massgebenden Direktzahlungsverordnung vom 23.10.2013. Die Endempfänger der Direktzahlungen sind die Landwirtinnen und Landwirte. Die Bundesbeiträge werden jedoch via Kantone ausbezahlt. Die Vollzugskosten werden grösstenteils durch die Kantone und die Gemeinden getragen. Im Jahr 2014 erhält der Kanton *Bern* einen Anteil von 19,0 % der gesamten Landwirtschaftsbeiträge. Volumenmässig ist er damit klarer Spitzenreiter. Werden die Bundesgelder, die für die «Landwirtschaft» bestimmt sind, pro Kopf verteilt, so figuriert der Kanton *Appenzell Innerrhoden* mit 1494 Franken an oberster Stelle. Es folgen die Kantone *Jura* (Fr. 1482) und *Graubünden* (Fr. 1200).

Im «Strassenverkehr» erfolgt die Mittelverteilung an die Kantone zu einem grossen Teil gemäss den Vorgaben des Infrastrukturfondsgesetzes und aus zweckgebundenen Ertragsanteilen an Bundeseinnahmen. Der Bund legt zu Lasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr» Mittel in die Fertigstellung des beschlossenen und in die Beseitigung von Engpässen des bestehenden Nationalstrassennetzes. Zudem verwendet er Mittel für Investitionen des Agglomerationsverkehrs und vergibt Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Im Jahr 2014 hat der Kanton *Jura* mit 1788 Franken am meisten Bundesgelder pro Kopf erhalten. Die Kantone *Uri* (Fr. 1625) und *Graubünden* (Fr. 1220) figurieren auf den beiden nachfolgenden Rängen. Die

239 Millionen, die der Kanton *Graubünden* beispielsweise erhalten hat, sind dem «Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement» für den Ausbau an National-, Haupt- und Verbindungsstrassen zugutegekommen. Die Aufwandsentschädigungen der Kantone für den Bezug der Schwerverkehrsabgabe erfolgt aufgrund einer Pauschale. Die Pauschale bemisst sich nach der Anzahl der im Zusammenhang mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zu bewirtschaftenden Fahrzeuge, die jeder Kanton immatrikuliert hat. Für die ersten tausend massgebenden Fahrzeuge erhalten die Kantone 130 Franken je Fahrzeug, für jedes weitere 65 Franken.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2014

Arten: 4600, 4610, 4620, 4630, 4860, 670, 6870

	öffentliche Sicherheit, Verteidigung	Berufsbildung	Hochschulen, Forschung	Krankheit und Unfall	Invalidität, Alter und Hinterlassene	übrige Soziale Sicherheit	Strassenverkehr
1 000 CHF							
Zürich	14 003	113 592	442 387	392 163	220 366	159 299	144 491
Bern	25 815	104 558	351 508	276 362	195 253	124 647	357 407
Luzern	8 675	39 171	17 665	107 333	69 663	49 062	57 649
Uri	6 525	3 709	95	9 932	3 799	4 240	58 519
Schwyz	1 502	10 590	403	41 607	16 766	16 544	27 144
Obwalden	172	3 530	97	10 065	4 402	4 955	9 330
Nidwalden	4 932	3 368	112	11 584	4 180	4 779	6 329
Glarus	504	4 024	106	10 987	6 482	5 754	10 745
Zug	559	11 688	365	32 405	11 405	12 220	19 606
Freiburg	5 783	31 168	78 933	80 500	49 561	28 825	50 778
Solothurn	3 375	20 444	6 069	72 186	43 888	34 845	33 474
Basel-Stadt	6 695	31 359	143 925	53 598	74 257	19 553	15 279
Basel-Landschaft	4 942	21 021	742	77 745	43 777	35 609	37 200
Schaffhausen	2 793	8 285	209	22 233	12 006	10 700	12 096
Appenzell Ausserrhoden	494	4 288	143	14 925	8 284	6 591	19 554
Appenzell Innerrhoden	32	1 471	42	4 399	1 560	1 979	5 604
Sankt Gallen	2 436	54 276	42 511	135 695	83 987	48 018	75 373
Graubünden	7 182	19 413	9 408	54 126	24 381	19 765	239 011
Aargau	8 501	50 191	1 615	175 154	74 499	46 862	65 050
Thurgau	3 313	23 444	687	71 493	35 126	18 361	30 275
Tessin	9 005	41 484	62 986	94 942	110 538	29 713	72 079
Waadt	9 755	67 662	153 416	204 148	149 756	84 963	91 946
Wallis	7 320	36 132	3 187	89 249	36 597	28 954	316 025
Neuenburg	712	20 418	39 233	48 607	37 983	22 955	45 326
Genf	28 232	37 133	230 392	130 474	100 563	43 958	29 442
Jura	237	8 501	190	19 772	13 406	521	129 482
Total, konsolidiert	126 133	768 721	1 955 684	2 241 674	1 433 451	877 035	1 960 012

Im konsolidierten Total sind auch die Einnahmen der Konkordate enthalten. Zudem ist das Total an die Bundesausgaben angepasst, weshalb es nicht zwingend der Summe der Einnahmen aus Bundesquellen über alle Kantone entspricht.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen, 2014

Fortsetzung

	Umweltschutz (ohne Raum- ordnung)	Landwirtschaft	Finanz- und Lastenausgleich	Ertragsanteile an Bundesein- nahmen, nicht zweckgebunden	Übriges	Einnahmen aus Bundesquellen Total	Gesamt- einnahmen der Kantone
1 000 CHF							
Zürich	37 457	153 130	72 257	718 643	28 083	2 495 872	12 593 724
Bern	42 134	551 820	768 753	306 268	42 411	3 146 938	11 120 831
Luzern	16 878	227 456	215 346	155 646	17 446	981 991	3 138 350
Uri	12 123	31 681	56 824	9 355	4 281	201 083	394 784
Schwyz	9 968	84 970	6 541	116 233	5 431	337 699	1 087 120
Obwalden	12 771	33 126	23 129	17 954	999	120 531	275 801
Nidwalden	5 116	23 405	1 297	32 600	4 909	102 610	336 836
Glarus	1 609	27 338	47 432	10 829	6 274	132 082	361 413
Zug	4 461	31 164		233 712	8 741	366 327	1 222 603
Freiburg	9 818	200 154	279 892	113 888	15 659	944 959	3 256 237
Solothurn	11 532	79 076	126 405	76 615	8 410	516 318	1 940 386
Basel-Stadt	195		54 499	161 280	5 231	565 870	4 789 155
Basel-Landschaft	15 298	54 506		104 419	12 918	408 176	2 400 954
Schaffhausen	2 766	35 631	2 165	48 230	2 502	159 616	641 654
Appenzell Ausserrhoden	3 009	36 985	35 538	18 632	2 446	150 888	429 360
Appenzell Innerrhoden	611	23 686	13 767	5 472	591	59 213	143 324
Sankt Gallen	22 136	201 834	238 853	152 343	14 267	1 071 730	4 201 579
Graubünden	41 281	235 115	203 508	57 603	278 410	1 189 204	2 518 036
Aargau	44 902	139 616	114 707	205 694	20 951	947 743	4 645 511
Thurgau	9 895	110 551	138 838	75 250	12 210	529 443	1 920 251
Tessin	14 055	43 316	35 082	134 553	31 655	679 406	3 363 283
Waadt	24 374	282 140	63 273	376 011	29 298	1 536 743	9 648 991
Wallis	28 286	128 897	338 429	81 239	47 419	1 141 735	3 304 027
Neuenburg	8 738	78 577	138 797	86 086	9 255	536 687	2 122 836
Genf	10 399	20 171	107 159	355 694	45 064	1 138 681	8 893 036
Jura	9 850	107 340	102 676	20 397	15 350	427 722	979 320
Total, konsolidiert	475 945	2 909 078	3 185 168	3 674 648	625 647	20 233 197	82 848 212

Im konsolidierten Total sind auch die Einnahmen der Konkordate enthalten. Zudem ist das Total an die Bundesausgaben angepasst, weshalb es nicht zwingend der Summe der Einnahmen aus Bundesquellen über alle Kantone entspricht.

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2014, pro Kopf

Arten: 4600, 4610, 4620, 4630, 4860, 670, 6870

	öffentliche Sicherheit, Verteidigung	Berufsbildung	Hochschulen, Forschung	Krankheit und Unfall	Invalidität, Alter und Hinterlassene	übrige Soziale Sicherheit	Strassenverkehr
CHF							
Zürich	10	79	306	271	152	110	100
Bern	26	104	348	274	193	123	354
Luzern	22	99	45	272	177	124	146
Uri	181	103	3	276	106	118	1 625
Schwyz	10	69	3	272	110	108	178
Obwalden	5	96	3	273	120	135	253
Nidwalden	117	80	3	275	99	114	150
Glarus	13	101	3	276	163	145	270
Zug	5	97	3	270	95	102	163
Freiburg	19	103	260	265	163	95	167
Solothurn	13	78	23	274	166	132	127
Basel-Stadt	35	165	755	281	390	103	80
Basel-Landschaft	18	75	3	276	156	127	132
Schaffhausen	35	104	3	280	151	135	152
Appenzell Ausserrhoden	9	79	3	276	153	122	362
Appenzell Innerrhoden	2	93	3	277	98	125	353
Sankt Gallen	5	109	86	274	169	97	152
Graubünden	37	99	48	276	124	101	1 220
Aargau	13	78	3	271	115	73	101
Thurgau	13	89	3	271	133	70	115
Tessin	26	118	180	271	315	85	206
Waadt	13	89	201	268	197	112	121
Wallis	22	109	10	269	110	87	953
Neuenburg	4	115	221	274	214	129	256
Genf	59	78	483	273	211	92	62
Jura	3	117	3	273	185	7	1 788
Total, konsolidiert	15	93	237	272	174	106	238

Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen 2014, pro Kopf

Fortsetzung

CHF	Umweltschutz (ohne Raum- ordnung)	Landwirtschaft	Finanz- und Lastenausgleich	Ertragsanteile an Bundesein- nahmen, nicht zweckgebunden	Übriges	Einnahmen aus Bundesquellen Total	Gesamt- einnahmen der Kantone	in % an den Gesamt- einnahmen der Kantone
Zürich	26	106	50	497	19	1 726	8 707	19.8%
Bern	42	547	762	303	42	3 118	11 017	28.3%
Luzern	43	576	546	394	44	2 489	7 953	31.3%
Uri	337	880	1 578	260	119	5 584	10 964	50.9%
Schwyz	65	556	43	761	36	2 211	7 117	31.1%
Obwalden	347	899	628	487	27	3 272	7 488	43.7%
Nidwalden	122	556	31	775	117	2 438	8 005	30.5%
Glarus	40	687	1 192	272	158	3 319	9 082	36.5%
Zug	37	260	0	1 946	73	3 050	10 181	30.0%
Freiburg	32	660	923	375	52	3 115	10 733	29.0%
Solothurn	44	300	479	291	32	1 958	7 358	26.6%
Basel-Stadt	1	0	286	846	27	2 969	25 129	11.8%
Basel-Landschaft	54	194	0	371	46	1 451	8 535	17.0%
Schaffhausen	35	449	27	607	32	2 010	8 080	24.9%
Appenzell Ausserrhoden	56	684	657	345	45	2 791	7 942	35.1%
Appenzell Innerrhoden	39	1 494	868	345	37	3 735	9 040	41.3%
Sankt Gallen	45	407	482	307	29	2 162	8 474	25.5%
Graubünden	211	1 200	1 039	294	1 421	6 071	12 855	47.2%
Aargau	70	216	178	319	32	1 469	7 199	20.4%
Thurgau	38	419	526	285	46	2 007	7 281	27.6%
Tessin	40	124	100	384	90	1 939	9 599	20.2%
Waadt	32	371	83	494	38	2 018	12 672	15.9%
Wallis	85	389	1 020	245	143	3 441	9 959	34.6%
Neuenburg	49	443	783	485	52	3 027	11 971	25.3%
Genf	22	42	224	745	94	2 385	18 629	12.8%
Jura	136	1 482	1 418	282	212	5 907	13 525	43.7%
Total, konsolidiert	58	353	387	446	76	2 456	10 057	24.4%

24 Kantone

Zum dritten Mal in Folge verzeichnen die Kantone im Jahr 2014 einen Verlust im ordentlichen Ergebnis der Finanzierungsrechnung. Das ordentliche Finanzierungsdefizit von 603 Millionen fällt niedriger aus als im Vorjahr, da weniger investiert worden ist. Aufgrund von geänderten bundesrechtlichen Vorgaben über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) sind die Kantonsrechnungen 2014 erneut spürbar von hohen Sanierungsbeiträgen an die kantonalen Pensionskassen geprägt.

In der konsolidierten *Erfolgsrechnung* 2014 wachsen der *betriebliche Aufwand* um 1,9 % und der *betriebliche Ertrag* um 1,3 %. Der Anstieg beim betrieblichen Aufwand um 1,5 auf 80,1 Milliarden ist primär auf Zunahmen beim ordentlichen *Transferaufwand* (+3,3 %) zurückzuführen. Im *ausserordentlichen Ergebnis* der Erfolgsrechnung resultiert ein Verlust von 1,8 Milliarden. Im Unterschied zu den Staatsrechnungen der Kantone verbucht die Finanzstatistik die Pensionskassensanierungen im ausserordentlichen Personalaufwand. Damit wird sichergestellt, dass die Pensionskassensanierungen in allen Kantonen gleich behandelt werden. Im Rechnungsjahr 2014 sind 13 Kantone von solchen Sanierungsmassnahmen betroffen. Insgesamt beläuft sich der *ausserordentliche Aufwand* auf 2,3 Milliarden. Der *ausserordentliche Ertrag* (515 Mio.) setzt sich in erster Linie aus ausserordentlichen Finanzerträgen sowie aus Eigenkapitalentnahmen zusammen. So sind beispielsweise dem Kanton *Thurgau* im Zusammenhang mit dem Börsengang der Thurgauer Kantonalbank im Frühjahr 2014 127 Millionen in die Staatskasse geflossen. Das solide Wachstum der Schweizer Wirtschaft widerspiegelt sich im Fiskalertrag. Dieser wächst im Jahr 2014 um 2,6 % auf 43,5 Milliarden. Die grössten Zunahmen entfallen auf die Kantone *Genf* und *Bern*. Im Kanton *Genf* erhöht sich der Fiskalertrag um 275 Millionen (bzw. 4,5 %) auf 6,4 Milliarden. Im Kanton *Bern* beträgt die Zunahme rund 169 Millionen bzw. 3,4 %.

Die direkten Steuern der natürlichen Personen legen bei den Kantonen insgesamt um 2,4 % zu. Rund 22 % des Anstiegs entfallen dabei auf die Quellensteuern der natürlichen Personen, die infolge der stark wachsenden Zahl an ausländischen Erwerbstätigen mit 2,3 Milliarden einen neuen Höchstwert erreichen. Die Entwicklung der Quellensteuern und deren Aufteilung nach Kantonen widerspiegeln sich zudem auch in der Grenzgängerstatistik 2014. Rund vier Fünftel aller Grenzgänger sind in den Regionen *Genfersee*, *Nordwestschweiz* oder *Tessin* tätig. Rund ein Drittel arbeitet in der Genferseeregion (34,8 %), ein Viertel in der Nordwestschweiz (23,4 %) und ein Fünftel im Tessin (21,5 %). Der Kanton *Genf* hält mit 25,8 % den grössten Anteil an den gesamten durch die Finanzstatistik ausgewiesenen Quellensteuern. Auf den Kanton *Waadt* entfallen 16,3 % und auf den Kanton *Tessin* 7,8 % sämtlicher Quellensteuern. Abweichend zur Grenzgängerstatistik weisen jedoch auch die Kantone *Zürich* (11,6 %) und *Sankt Gallen* (7,6 %) hohe Einnahmen an Quellensteuern aus. Diese resultieren hauptsächlich aus der Quellenbesteuerung von Personen mit einem steuerlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2014 beziffern sich die *Ausgaben* auf 85,2 Milliarden. Davon sind 2,3 % ausserordentlicher Natur. Der Blick auf die Aufgabengebiete zeigt, dass die Kantone im Jahr 2014 am meisten für die «Bildung» (28,1 %) und die «soziale Sicherheit» (20,2 %) ausgegeben haben. Seit 1990 haben die Kantone ihre Bildungsausgaben kontinuierlich erhöht, einzig im Jahr 2009 gingen sie leicht zurück. 2014 belaufen sich diese auf 23,9 Milliarden, wovon 32,1 % auf die obligatorischen Schulen und 29,3 % auf die Hochschulen entfallen. Im Bereich der «sozialen Sicherheit» nehmen die Ausgaben um 3,3 % zu. Die Mehrausgaben von rund 557 Millionen haben die Kantone hauptsächlich für die Funktionsgruppen «Sozialhilfe und Asylwesen» (+389 Mio.) und «Invalidität» (+165 Mio.) gehabt. Nebst der steigenden Zahl an Fällen mit Sozialhilfebezug und der zu unterstützenden Personen kommt hinzu, dass in der *Westschweiz* die Kompetenzen für die Ausgestaltung der Sozialhilfe näher beim Kanton liegen. Im Kanton *Genf* beispielsweise geht die Gesamtrechnung der Sozialhilfe an den Kanton, im Kanton *Waadt* teilen sich der Kanton und die Gemeinden diese zu je 50 %. In der *übrigen Westschweiz* – wie auch in einigen *Deutschschweizer* Kantonen – kommt ein Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden zum Tragen.

Prozentual gesehen haben sich im Jahr 2014 die Gesamtausgaben im Bereich «Allgemeine Verwaltung» (16,0 %) am stärksten erhöht. Werden die ausserordentlichen Ausgaben (hauptsächlich PK-Ausfinanzierungen) ausgeklammert, so ergibt sich für die «Allgemeine Verwaltung» ein Wachstum von 2,5 %. Ein Nullwachstum ergibt sich bei den Gesamtausgaben für die «Finanzen und Steuern». Minderausgaben im Vorjahresvergleich weisen einzig die beiden Aufgabengebiete «Verkehr und Nachrichtenübermittlung» (-3,2 %) sowie «Umweltschutz und Raumordnung» (-2,6 %) aus. Die Verminderung im Bereich «Verkehr und Nachrichtenübermittlung» geht in erster Linie auf die Kantone *Bern*, *Basel-Landschaft* und *Basel-Stadt* zurück. In *Bern* sind es die Ausgaben betreffend die Nationalstrassen, in *Basel-Landschaft* betreffend die Hauptstrassen nach Bundesrecht und in *Basel-Stadt* betreffend den Regional- und Agglomerationsverkehr.

Die *Transferausgaben* zwischen den Kantonen finden hauptsächlich in den Bereichen «Bildung» sowie «Finanzen und Steuern» statt. Gegenüber 2013 legen die Transferausgaben um rund 85 Millionen bzw. um 1,9 % zu. Im Bildungsbereich (+2,9 %) spielen dabei die hohen Beiträge an die Konkordate – Transfers an Universitäten und Fachhochschulen – eine bedeutende Rolle. So

nehmen die Transferzahlungen an die «Hochschulen» um 3,6% auf 2,3 Milliarden zu. Rückläufig dagegen sind die Transfers für die Berufliche Grundbildung (-6,1%). Im Bereich «Finanzen und Steuern» beträgt der Anteil an den interkantonalen Transfers 35,7% (Vorjahr 36,2%). In diesem Aufgabengebiet werden unter anderem die Finanzausgleichszahlungen verbucht. Diese belaufen sich im Jahr 2014 auf rund 1,6 Milliarden. Davon haben die ressourcenstarken Kantone 1,5 Milliarden über den horizontalen Ressourcenausgleich an die ressourcenschwachen überwiesen. Gegenüber 2013 haben dabei die Kantone *Genf* und *Schwyz* (je rund +11 Mio.), *Basel-Landschaft* (+8 Mio.) und *Zug* (+4 Mio.) mehr in den Ressourcenausgleich bezahlt. Die Kantone *Zürich*, *Basel-Stadt* und *Waadt* dagegen sind 2014 besser weggekommen. *Zürich* hat 419 Millionen aufgebracht, rund 13 Millionen weniger als im Jahr 2013. *Basel-Stadt* hat im Vergleich dazu rund 10 Millionen weniger Mittel für den interkantonalen Ressourcenausgleich aufgewendet.

In der Tabelle «Finanz- und Lastenausgleich, Kantone» sind die hierfür ausgegeben und vereinnahmten Ausgleichsbeträge der Kantone zusammengefasst dargestellt. Im Vergleich zu den Vorjahren erscheint 2014 unter «Finanzausgleich nicht anderweitig genannt (n.a.g.)» erneut ein deutlich geringerer Betrag. Grund dafür ist, dass weitere Kantone auf das HRM2 umgestellt haben und somit der Empfänger (zumindest der Teilsektor) der Finanzausgleichszahlungen aus den Kantonsrechnungen klar ersichtlich ist. Die Transfereinnahmen der Kantone im Rahmen des Finanz- und Lastenausgleichs belaufen sich im Jahr 2014 auf rund 3,6 Milliarden (Zuwachs +0,6%). Davon leistet der Bund unverändert rund 3,2 Milliarden durch den vertikalen Ressourcenausgleich, den sozio-demografischen und geografisch-topografischen Lastenausgleich sowie den Härteausgleich. Die einnahmeseitigen Finanz- und Lastenausgleichszahlungen von den Gemeinden an die Kantone sind im Vergleich dazu gering. Sie nehmen um 101 auf rund 388 Millionen zu. Die *Transfers von den Kantonen an die Gemeinden* sind in zwei weiteren Tabellen detailliert dargestellt. Im Jahr 2014 haben die Kantone rund 5,6 Milliarden primär zugunsten der Bereiche «Finanzen und Steuern» (40,8%) sowie «soziale Sicherheit» (28,0%) gezahlt. Der Rückgang um 1,7% bei der sozialen Sicherheit ergibt sich primär wegen verminderten Ausgaben zugunsten der Familie

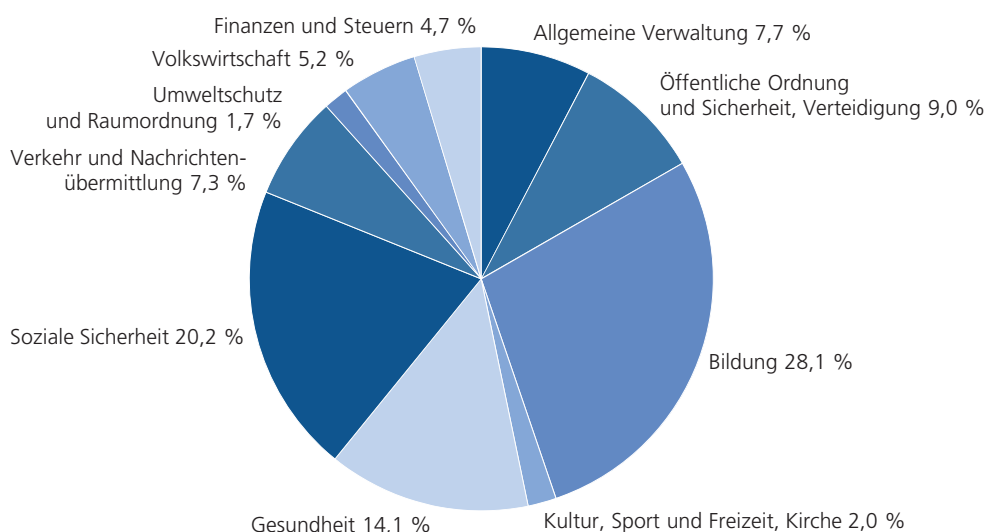
und Jugend. Im Bereich «Finanzen und Steuern» nehmen dagegen die Transfers (an Finanz- und Lastenausgleichszahlungen sowie an übrigen Ertragsanteilen ohne Zweckbindung) um 3,6% gegenüber dem Vorjahr zu.

In der *Investitionsrechnung* 2014 nehmen die *Investitionsausgaben* um 5,5% ab und die entsprechenden Einnahmen um 3,5% zu. Der Anstieg der kantonalen *Investitionseinnahmen* entsteht hauptsächlich aus angestiegenen Rückerstattungen von Darlehen (+284 Mio.) bei gleichzeitig verminderten Einnahmen aus der Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen (-196 Mio.). Die erhöhten Investitionseinnahmen aus Darlehensrückzahlungen entstehen hauptsächlich im Kanton *Zürich*. So hat der Kanton seine Regressforderung gegenüber der Flughafen AG von rund 300 Millionen, die er als Darlehen geführt hat, aufgelöst. Der Flughafen AG bietet sich so neuerdings die Möglichkeit, dank der Äufnung eines Lärmfonds sämtliche Lärmentschädigungen selber zu tragen. Da im Kanton *Zürich* die Investitionsausgaben 2014 ebenfalls steigen (+119 Mio.), gehen die Nettoinvestitionen um 162 auf -440 Millionen zurück. Die Mindereinnahmen aus der Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen entstehen hauptsächlich in den Kantonen *Genf* und *Basel-Stadt*. Die deutlich tieferen Investitionsausgaben (-376 Mio.) kommen wegen verminderten Investitionen in Sachanlagen (-234 Mio.) sowie Darlehen und Beteiligungen (-115 Mio.) zustande. So weisen insbesondere die Kantone *Aargau*, *Basel-Landschaft* und *Bern* geringere Investitionen in Sachanlagen und die Kantone *Basel-Stadt*, *Tessin* und *Waadt* geringere Darlehen und Beteiligungen aus.

Die Gesamtergebnisse der anderen Kantone zeigt die Tabelle «Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone, 2014». Insgesamt präsentieren 17 Kantone ein negatives und einer ein ausgeglichenes Finanzierungsergebnis. Einzig die Kantone *Bern*, *Lucern*, *Uri*, *Nidwalden*, *Glarus*, *Basel-Stadt*, *Graubünden*, *Waadt* und *Jura* vermögen im Jahr 2014 ihre Finanzierungsrechnung im Plus zu beenden. Wird nur der ordentliche Haushalt betrachtet, weisen ebenso die Kantone *Neuenburg* und *Sankt Gallen* einen Überschuss aus. Den höchsten Gewinn in der Finanzierungsrechnung erzielt dabei der Kanton *Waadt*.

Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2014

Total Ausgaben: CHF 85 220 440 559



Im Bildungsbereich geben die Kantone deutlich mehr Mittel (+9,5 %) für die höhere Berufsbildung aus als im Vorjahr.

Gegenüber 2013 weitet sich die *Bilanz* der Kantone um 6,3 auf 114,4 Milliarden aus, damit setzt sich der langfristige Trend zur Bilanzenerweiterung fort. Für die Veränderung 2014 mitverantwortlich sind: Umgliederungen und Neubewertungen, die im Rahmen der Umstellungen auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) erfolgt sind. Mit der Rechnung 2014 haben gleich mehrere Kantone ihre Rechnungslegung umgestellt und mitunter auch den detaillierteren Kontenplan übernommen. Es sind dies die Kantone: *Appenzell Ausserrhoden, Sankt Gallen, Aargau, Tessin* und *Waadt*. Im Kanton *Aargau* hat die Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 zu einer Aufwertung des Verwaltungsvermögens (+565 Mio.) und einer Neubewertung des Finanzvermögens (-60 Mio.) mit entsprechender Erhöhung des Eigenkapitals geführt. Der Kanton *Appenzell Ausserrhoden* hat ebenfalls per 1.1.2014 sein Verwaltungsvermögen aufgewertet (+108 Mio.) und sein Finanzvermögen Neubewertet (+6,1 Mio.). Nach Entnahmen belaufen sich die Aufwertungsreserven per 31.12.2014 auf 96,8 Millionen. Mit dem Wechsel zum neuen Finanzhaushaltsgesetz hat der Kanton *Appenzell Ausserrhoden* zugleich auch die Abschreibungsmethodik geändert. So werden die Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mehr degressiv, sondern linear und nach der Nutzungsdauer abgeschrieben. Das Abschreibungsvolumen nach HRM2 liegt allgemein tiefer als nach HRM1, da Unterhalt nicht mehr aktiviert werden kann. Dazu kommt, dass das Investitionsvolumen im Jahr 2014 tiefer ist als in früheren Jahren. Im Rahmen der Umstellung auf HRM2 sind in der Bilanz des Kantons *Sankt Gallen* keine Neubewertungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens notwendig gewesen. Vielmehr sind gewisse Umgruppierungen von einzelnen Bilanzpositionen erfolgt.

Das *Eigenkapital* der Kantone beläuft sich per Ende 2014 auf 28,9 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr geht es um 2,0 % zurück. Ende 2014 verfügen 21 Kantone über ein positives Eigenkapital.

Das *Fremdkapital* der Kantone erhöht sich wegen den schuldenrelevanten Komponenten um 6,9 Milliarden. Die Bruttoschulden steigen Ende 2014 deutlich (+12 % gegenüber dem Vorjahreswert) auf 66 Milliarden an. Am kräftigsten zeigt sich der Zuwachs bei den langfristigen Finanzverbindlichkeiten, die rund 2/3 des Anstiegs ausmachen.

Die Kantone *Genf, Zürich, Basel-Stadt, Bern* und *Tessin* zusammen halten einen Schuldenanteil von 65,6 %. Pro Kopf beträgt die Bruttoschuld aller Kantone 8016 Franken; gegenüber dem Vorjahr erhöht sich diese um 771 Franken bzw. um 10,6 %. Wie im Vorjahr weist der Kanton *Basel-Stadt* mit 36854 Franken pro Einwohner die höchste Verschuldung aus, gefolgt von den Kantonen *Genf* (Fr. 33933) und *Tessin* (Fr. 15132). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in den Schulden des Kantons *Basel-Stadt* auch jene der Stadt *Basel* enthalten sind. Während der Kanton *Basel-Stadt* seine Schulden um 288 Millionen aufgestockt hat, beträgt die Schuldenerhöhung im Kanton *Genf* gar 1,1 Milliarden. Betrachtet man die Pro-Kopf-Schulden, liegen am unteren Ende die Kantone *Appenzell Innerrhoden* (Fr. 1750), *Freiburg* (Fr. 1907) und *Obwalden* (Fr. 1962). Trotz einem Schuldenanstieg (+7,1 %) macht der Kanton *Freiburg* im Jahr 2014 dank dem stärksten Bevölkerungswachstum in der Schweiz (+1,9 %) einen Rang gut. Der Kanton *Glarus* andererseits verzeichnet bei einem geringen Bevölkerungswachstum (+0,5 %) den grössten prozentualen

Schuldenrückgang pro Einwohner (-15,5%). Die Bruttoschulden des Kantons *Glarus* vermindern sich insgesamt um 24,3 Millionen. Der Schuldenrückgang ergibt sich aus zwei gegenläufigen Entwicklungen. Zum einen hat der Kanton *Glarus* kurzfristige Finanzverbindlichkeiten in der Höhe von 40 Millionen zurückbezahlt, die er im Vorjahr aufgrund des erhöhten Liquiditätsbedarfs aufgenommen hat. Zum anderen hat er seine langfristigen Finanzverbindlichkeiten um rund 20 Millionen erhöht, um längerfristig von den tiefen Zinsen profitieren zu können. Die Laufzeiten dieser zwei aufgenommen Darlehen dauern 5 bzw. 10 Jahre.¹

¹ Die Bruttoschulden pro Kopf sind im Internet unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung», «FS-Modell: Kantone», «Kantone im Vergleich» verfügbar.

Rechnungsabschlüsse – Kantone

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Erfolgsrechnung					
Ertrag	76 805	78 340	78 817	80 243	81 475
Aufwand	74 392	79 290	80 293	81 202	83 534
Erfolg	2 413	- 950	- 1 476	- 958	- 2 059
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	77 277	79 321	79 786	81 363	82 848
Ausgaben	76 086	81 073	83 219	83 248	85 220
Finanzierungsergebnis	1 192	- 1 752	- 3 433	- 1 885	- 2 372
Bilanz					
Finanzvermögen	44 979	45 311	47 852	49 161	53 900
Verwaltungsvermögen	48 187	49 900	55 851	58 952	60 487
Fremdkapital	69 450	71 508	78 415	78 659	85 514
Eigenkapital	23 715	23 703	25 289	29 454	28 873
Bilanzsumme	93 166	95 211	103 703	108 113	114 387

Erfolgsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betrieblicher Aufwand	72 366 190	74 619 061	76 933 568	78 620 544	80 131 860
Personalaufwand	24 640 516	25 338 825	26 302 253	26 739 891	27 103 386
Sach- und übriger Betriebsaufwand	8 460 433	8 439 596	8 595 370	9 006 433	9 284 182
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	3 668 369	3 437 669	3 189 499	3 152 904	2 994 756
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1 279 429	1 296 497	726 735	808 476	565 702
Transferaufwand	34 317 442	36 106 474	38 119 711	38 912 840	40 183 834
Betrieblicher Ertrag	72 646 194	74 667 978	75 287 216	76 791 935	77 817 881
Fiskalertrag	39 921 334	41 052 077	41 669 086	42 348 983	43 470 133
Regalien und Konzessionen	2 483 411	2 527 310	1 695 293	1 615 373	959 955
Entgelte	6 470 735	6 680 721	6 640 763	7 015 390	7 144 000
Verschiedene Erträge	133 117	153 418	218 261	248 171	379 711
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	718 932	819 209	911 167	827 581	673 910
Transferertrag	22 918 665	23 435 243	24 152 646	24 736 436	25 190 173
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	280 005	48 917	-1 646 352	-1 828 609	-2 313 979
Finanzaufwand	1 306 988	1 238 533	1 233 756	1 162 153	1 116 509
Finanzertrag	3 824 253	3 347 881	3 055 314	2 994 513	3 141 370
Finanzergebnis	2 517 265	2 109 348	1 821 558	1 832 361	2 024 861
Ordentliches Ergebnis	2 797 270	2 158 266	175 206	3 752	- 289 117
Ausserordentlicher Aufwand	718 858	3 432 624	2 125 445	1 419 053	2 285 259
Ausserordentlicher Ertrag	334 170	324 555	474 379	457 031	515 306
Ausserordentliches Ergebnis	- 384 688	-3 108 070	-1 651 066	- 962 022	-1 769 953
Erfolg	2 412 582	- 949 804	-1 475 861	- 958 270	-2 059 071

Finanzierungsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebliche Ausgaben	67 083 200	69 499 846	72 547 311	74 168 639	75 789 380
Personalausgaben	24 640 516	25 338 825	26 302 253	26 739 891	27 103 386
Sach- und übriger Betriebsausgaben	8 409 081	8 432 668	8 598 575	8 997 572	9 219 066
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	34 033 603	35 728 353	37 646 483	38 431 177	39 466 928
Betriebliche Einnahmen	71 798 176	73 764 501	74 314 482	75 888 194	77 058 234
Fiskaleinnahmen	39 921 334	41 052 077	41 669 086	42 348 983	43 470 133
Regalien und Konzessionen	2 483 411	2 527 310	1 695 293	1 615 373	959 955
Entgelte	6 470 735	6 680 721	6 640 763	7 015 390	7 144 000
Verschiedene Einnahmen	133 117	153 418	218 261	248 171	379 711
Transfereinnahmen	22 789 578	23 350 974	24 091 079	24 660 277	25 104 436
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	4 714 975	4 264 655	1 767 171	1 719 555	1 268 854
Finanzausgaben	1 190 638	1 132 530	1 075 790	1 051 863	982 436
Finanzeinnahmen	2 957 054	2 902 957	2 693 683	2 783 495	2 839 482
Finanzergebnis	1 766 415	1 770 427	1 617 892	1 731 632	1 857 045
Investitionsausgaben	7 193 399	7 544 448	7 550 969	6 890 748	6 514 845
Sachanlagen	4 720 602	4 890 576	4 794 045	4 392 511	4 158 212
Investitionen auf Rechnung Dritter	929	3 682	6 408	17 900	8 198
Investitionen, immaterielle Anlagen	89 253	96 568	99 027	96 904	128 061
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	194 190	193 807	259 325	139 604	53 175
Darlehen	158 409	184 231	150 102	246 039	244 511
Beteiligungen und Grundkapitalien	20 604	84 620	442 994	155 178	128 123
Investitionsbeiträge	2 009 411	2 090 964	1 799 069	1 842 612	1 794 564
Investitionseinnahmen	2 522 145	2 637 765	2 778 210	2 690 735	2 785 918
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	117 600	83 460	66 018	228 946	32 842
Rückerstattungen	125 791	134 744	262 839	63 579	81 849
Abgang immaterielle Sachanlagen			484	181	243
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	158 556	140 478	102 345	92 741	73 491
Rückzahlung von Darlehen	70 085	121 669	197 658	321 968	606 063
Übertragung von Beteiligungen	230	3 055	4 511	2 073	1 816
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	22 252	35 650	21 987	14 630	12 874
Investitionsbeiträge	2 027 631	2 118 708	2 122 369	1 966 617	1 976 739
Nettoinvestitionen	-4 671 254	-4 906 683	-4 772 759	-4 200 013	-3 728 927
Ordentliches Ergebnis	1 810 137	1 128 399	-1 387 695	- 748 826	- 603 027
Ausserordentliche Ausgaben	618 384	2 895 993	2 044 839	1 136 745	1 933 779
Ausserordentliche Ausgaben	618 384	2 895 993	2 044 839	1 136 745	1 933 779
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen	- 54	15 768	24	817	164 578
Ausserordentliche Einnahmen	- 54	15 768	24	13	164 311
Ausserordentliche Investitionseinnahmen				804	267
Ausserordentliches Ergebnis	- 618 438	-2 880 225	-2 044 815	-1 135 928	-1 769 202
Finanzierungsergebnis	1 191 699	-1 751 825	-3 432 510	-1 884 754	-2 372 229

Bilanz – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Aktiven	93 165 816	95 210 843	103 703 208	108 112 815	114 386 879
Finanzvermögen	44 979 240	45 310 711	47 852 278	49 161 102	53 900 337
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	8 547 382	7 929 741	9 301 299	7 288 839	8 477 981
Forderungen	19 110 708	19 840 274	21 676 261	21 148 495	19 777 649
Kurzfristige Finanzanlagen	3 862 293	2 820 730	2 063 612	2 618 151	2 389 287
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3 683 803	4 103 091	3 873 583	6 555 798	12 222 579
Vorräte und angefangene Arbeiten	129 900	141 203	144 208	146 739	175 316
Finanzanlagen	3 593 744	4 553 755	5 151 590	5 298 282	5 693 149
Sachanlagen, FV	3 935 003	4 039 086	4 331 026	4 643 296	4 700 438
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	2 116 408	1 882 831	1 310 699	1 461 502	463 939
Verwaltungsvermögen	48 186 576	49 900 132	55 850 930	58 951 714	60 486 542
Sachanlagen, VV	28 628 087	29 644 782	33 119 281	34 993 538	38 231 800
Vorräte, VV	38 528	40 822	38 150	38 910	885
Immaterielle Anlagen	61 484	62 954	103 729	126 942	361 756
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	9 647 150	9 867 854	9 513 556	7 148 749	1 905 496
Darlehen	1 222 445	1 354 033	2 854 280	3 718 933	4 834 061
Beteiligungen, Grundkapitalien	2 950 921	3 202 007	4 622 922	7 028 810	9 017 143
Investitionsbeiträge	5 864 734	5 927 435	5 805 462	6 110 922	6 345 203
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten					
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 226 773	- 199 754	- 206 449	- 215 091	- 209 803
Passiven	93 165 816	95 210 843	103 703 208	108 112 815	114 386 879
Fremdkapital	69 450 414	71 507 649	78 414 643	78 658 995	85 513 600
Laufende Verbindlichkeiten	16 614 221	15 965 289	16 149 131	16 959 571	18 848 826
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	4 190 053	5 224 924	7 289 322	7 988 995	9 244 795
Passive Rechnungsabgrenzungen	6 635 874	7 057 672	8 284 631	8 524 395	8 510 731
Kurzfristige Rückstellungen	837 307	811 493	3 886 503	922 925	1 479 304
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	32 403 314	30 879 555	32 975 577	35 228 839	39 859 080
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	4 580 385	7 199 124	5 656 989	5 002 601	4 139 691
Zweckgebundene Mittel/Fonds	4 189 260	4 369 591	4 172 491	4 031 669	3 431 172
Eigenkapital	23 715 403	23 703 194	25 288 565	29 453 820	28 873 279
Verpflichtungen bzw. Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital	2 178 482	2 660 139	3 791 063	4 316 093	4 435 778
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	36 581	81 238	149 275	131 781	176 144
Vorfinanzierungen	599 963	888 630	989 241	987 637	1 179 243
Aufwertungsreserve	53 543	53 876	2 589 878	4 483 940	5 189 410
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	6 967	72 479	642 016	1 851 350	1 759 601
Übriges Eigenkapital	1 850 743	1 864 484	817 160	244 618	825 841
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	18 989 124	18 040 577	15 682 093	15 652 334	13 526 082

Ausgaben nach Funktionen – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	76 085 622	81 072 816	83 218 910	83 247 995	85 220 441
Allgemeine Verwaltung	4 691 095	7 106 176	6 497 367	5 632 272	6 534 036
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	6 792 670	7 261 423	7 292 006	7 603 679	7 702 816
Bildung	21 879 723	22 547 298	23 148 961	23 487 377	23 921 269
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	1 573 074	1 534 061	1 604 148	1 582 629	1 682 717
Gesundheit	9 734 083	10 337 470	11 795 864	11 896 944	12 017 287
Soziale Sicherheit	14 953 176	15 803 876	16 462 037	16 693 414	17 250 345
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 442 486	6 412 728	6 317 931	6 403 969	6 198 567
Umweltschutz und Raumordnung	1 370 544	1 436 218	1 492 236	1 493 719	1 454 930
Volkswirtschaft	4 501 657	4 529 462	4 496 520	4 470 149	4 473 515
Finanzen und Steuern	4 147 112	4 104 105	4 111 840	3 983 843	3 984 959

Fiskalertrag – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Fiskalertrag	39 921 334	41 052 077	41 669 086	42 348 983	43 470 133
Direkte Steuern natürliche Personen	28 291 653	28 872 921	29 529 576	29 861 418	30 583 097
Einkommenssteuern natürliche Personen	23 388 550	23 594 597	23 997 486	24 114 636	24 313 605
Vermögenssteuern natürliche Personen	3 324 105	3 359 800	3 396 832	3 531 962	3 852 153
Quellensteuern natürliche Personen	1 572 511	1 911 937	2 097 733	2 158 286	2 315 552
Personensteuern	6 487	6 587	12 024	12 370	12 336
Übrige direkte Steuern natürliche Personen			25 501	44 164	89 451
Direkte Steuern juristische Personen	6 413 203	6 868 069	6 707 230	7 028 161	7 248 992
Gewinnsteuern juristische Personen	5 444 653	5 895 625	5 747 164	5 985 524	6 266 533
Kapitalsteuern juristische Personen	968 550	972 445	957 122	1 032 245	942 521
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen			2 944	10 392	39 939
Übrige direkte Steuern	3 074 149	3 121 664	3 193 476	3 303 207	3 430 680
Verrechnungssteuer (nur Bund)					
Grundsteuern	285 681	265 852	315 125	303 255	264 079
Vermögensgewinnsteuern	925 507	1 039 476	1 110 590	1 167 788	1 177 986
Vermögensverkehrssteuern	909 426	981 838	933 003	924 188	865 885
Erbschafts- und Schenkungssteuern	886 207	774 771	782 990	854 314	1 073 970
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	67 328	59 726	51 769	53 662	48 760
Besitz- und Aufwandsteuern	2 142 329	2 189 423	2 238 804	2 156 198	2 207 364
Motorfahrzeugsteuern	2 071 229	2 117 084	2 158 934	2 088 460	2 130 523
Schiffssteuer	12 033	12 333	17 733	18 069	27 288
Vergnügungssteuern	33 644	33 408	35 341	19 561	19 707
Hundesteuer	7 980	9 289	9 356	9 697	9 116
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer	17 444	17 308	17 441	20 411	20 730

Schulden – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Bruttoschulden	52 460 556	51 311 252	55 167 091	58 967 030	66 031 291
Laufende Verbindlichkeiten	16 614 221	15 965 289	16 149 131	16 959 571	18 848 826
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	4 190 053	5 224 924	7 289 322	7 988 995	9 244 795
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>		<i>19 929</i>	<i>31 932</i>	<i>12 861</i>	<i>38 222</i>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	32 403 314	30 879 555	32 975 577	35 228 839	39 859 080
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>	<i>747 032</i>	<i>738 588</i>	<i>1 215 006</i>	<i>1 197 513</i>	<i>1 883 188</i>
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					

Transfers nach Sachgruppen – zwischen den Kantonen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	4 212 376	4 405 470	4 367 778	4 474 394	4 558 948
Ertragsanteile an Kantone und Konkordate					
Entschädigungen an Kantone und Konkordate	219 006	216 519	209 784	282 872	278 480
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone	1 527 989	1 654 502	1 574 778	1 619 865	1 627 598
Ressourcenausgleich	1 406 130	1 532 643	1 452 919	1 500 219	1 507 952
Sozio-demografischer Lastenausgleich					
Geografisch-topografischer Lastenausgleich					
Härteausgleich	121 859	121 859	121 859	119 646	119 646
Innerkantonaler vertikaler Finanzausgleich					
Innerkantonaler vertikaler Lastenausgleich					
Weitergabe Ressourcen- und Härteausgleich der Geberkantone					
Beiträge an Kantone und Konkordate	2 465 370	2 523 368	2 578 370	2 565 778	2 645 270
Ausserordentliche Transferausgaben; Kantone und Konkordate					
Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate	11	11 080	4 847	5 880	7 600
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Kantone und Konkordate					

Transfers nach Funktionen – zwischen den Kantonen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	4 212 376	4 405 470	4 367 778	4 474 394	4 558 948
Allgemeine Verwaltung	3 534	2 867	2 151	2 398	2 414
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	33 393	33 458	32 469	30 720	33 452
Bildung	2 477 999	2 543 522	2 582 351	2 653 740	2 730 105
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	16 091	19 204	19 083	19 323	18 713
Gesundheit	14 436	13 522	16 352	16 416	15 714
Soziale Sicherheit	124 904	111 631	122 375	114 295	111 226
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 597	11 548	10 052	7 748	10 287
Umweltschutz und Raumordnung	2 809	10 005	3 047	3 591	3 645
Volkswirtschaft	4 625	5 211	5 120	6 299	5 793
Finanzen und Steuern	1 527 989	1 654 502	1 574 778	1 619 865	1 627 598

Finanz- und Lastenausgleich – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Transferausgaben	1 439 925	1 471 507	1 565 022	1 494 931	1 542 366
Finanz- und Lastenausgleich an Kantone					
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden	535 802	548 214	1 344 391	1 306 833	1 446 126
Finanzausgleich n.a.g.	904 123	923 293	220 631	188 098	96 239
Transfereinnahmen	3 630 493	3 732 059	3 453 724	3 597 776	3 618 096
Finanz- und Lastenausgleich Bund	2 900 570	3 049 020	3 101 559	3 177 655	3 185 168
Finanz- und Lastenausgleich von Kantonen					
Finanz- und Lastenausgleich von Gemeinden	107 977	103 317	208 469	287 526	388 249
Finanzausgleich n.a.g.	621 945	579 722	143 695	132 595	44 679

Transfers nach Sachgruppen – Kantone an Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	5 488 708	5 709 460	5 598 706	5 461 943	5 593 749
Einnahmensanteile Gemeinden und Gemeindezweckverbände	668 091	675 444	703 821	706 424	737 151
Gemeindeanteile an kantonalen Steuern	645 957	659 598	686 995	688 969	713 911
Gemeindeanteile an Regalien und Konzessionen	3 428	2 080	1 836	1 974	1 849
Gemeindeanteile an kantonalen Gebühren	3 679	3 803	4 866	5 573	3 861
Gemeindeanteile an übrigen kantonalen Einnahmen	15 028	9 964	10 124	9 908	17 529
Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	675 852	683 405	715 476	733 972	742 704
Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden	535 802	548 214	1 344 391	1 306 833	1 446 126
Weitergabe eines Anteils am Ressourcenausgleich an Gemeinden	110 952	101 790	182 805	182 365	189 830
Weitergabe eines Anteils am sozio-demografischen Ausgleich an Gemeinden	56 720	57 510	68 331	70 048	92 650
Weitergabe eines Anteils am geografisch-topografischen Ausgleich an Gemeinden	58 372	58 690	83 488	80 016	79 251
Weitergabe eines Anteils am Härteausgleich an Gemeinden					
Innerkantonaler vertikaler Finanzausgleich	214 000	222 448	367 969	325 682	443 655
Innerkantonaler vertikaler Lastenausgleich	95 757	107 776	641 798	648 722	640 740
Innerkantonaler horizontaler Finanzausgleich					
Innerkantonaler horizontaler Lastenausgleich					
Finanzausgleich n.a.g.	904 123	923 293	220 631	188 098	96 239
Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände	2 331 570	2 555 334	2 276 588	2 213 169	2 225 884
Ausserordentliche Transferausgaben; Gemeinden und Gemeindezweckverbände					
Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände	373 270	323 769	337 800	313 447	345 645
Ausserordentliche Investitionsbeiträge, Gemeinden und Gemeindezweckverbände					

Transfers nach Funktionen – Kantone an Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	5 488 708	5 709 460	5 598 706	5 461 943	5 593 749
Allgemeine Verwaltung	150 612	201 672	196 968	211 897	202 153
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	65 215	79 394	80 055	84 156	78 189
Bildung	1 126 124	1 111 014	928 139	884 167	924 480
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	21 587	16 925	16 629	15 387	18 539
Gesundheit	7 771	79 984	22 350	9 542	12 068
Soziale Sicherheit	1 408 534	1 500 777	1 592 410	1 595 872	1 568 577
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	242 029	254 492	199 316	174 223	179 656
Umweltschutz und Raumordnung	248 743	229 074	196 420	190 445	210 753
Volkswirtschaft	110 076	89 176	97 579	94 899	119 816
Finanzen und Steuern	2 108 016	2 146 951	2 268 843	2 201 354	2 279 516

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Kantone – 2014

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	81 475	83 534	- 2 059	82 848	85 220	- 2 372
Zürich	12 092	12 454	- 363	12 594	12 738	- 144
Bern	10 829	10 531	298	11 121	10 939	182
Luzern	3 118	3 099	19	3 138	3 096	42
Uri	367	362	4	395	392	3
Schwyz	1 066	1 276	- 210	1 087	1 305	- 218
Obwalden	267	272	- 5	276	298	- 23
Nidwalden	324	325	- 1	337	332	5
Glarus	367	353	14	361	350	11
Zug	1 201	1 341	- 140	1 223	1 372	- 149
Freiburg	3 258	3 262	- 5	3 256	3 276	- 19
Solothurn	1 898	2 034	- 136	1 940	2 040	- 100
Basel-Stadt	4 844	4 693	150	4 789	4 708	81
Basel-Landschaft	2 401	3 559	- 1 159	2 401	3 705	- 1 304
Schaffhausen	651	670	- 19	642	677	- 36
Appenzell Ausserrhoden	423	440	- 17	429	453	- 24
Appenzell Innerrhoden	154	154	0	143	151	- 8
Sankt Gallen	4 264	4 522	- 258	4 202	4 491	- 290
Graubünden	2 364	2 314	50	2 518	2 473	45
Aargau	4 730	4 650	80	4 646	4 794	- 149
Thurgau	2 050	2 046	3	1 920	1 952	- 32
Tessin	3 292	3 437	- 145	3 363	3 565	- 201
Waadt	9 622	9 570	52	9 649	9 448	200
Wallis	3 006	3 075	- 69	3 304	3 372	- 68
Neuenburg	2 219	2 214	5	2 123	2 185	- 63
Genf	8 844	8 907	- 62	8 893	9 018	- 125
Jura	867	868	- 2	979	968	11
Konkordate	1 730	1 737	- 8	1 662	1 664	- 2

Das Total ist um Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt.

Bilanz, Kantone – 2014

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	53 900	60 487	85 514	28 873	114 387	66 031
Zürich	8 876	13 569	12 903	9 542	22 445	8 651
Bern	3 690	3 172	8 305	- 1 442	6 862	6 109
Luzern	1 531	4 697	2 423	3 805	6 228	1 527
Uri	165	204	148	221	369	113
Schwyz	489	212	629	72	701	424
Obwalden	174	135	133	176	309	72
Nidwalden	239	153	293	99	392	265
Glarus	381	195	165	411	577	137
Zug	1 220	461	669	1 011	1 681	578
Freiburg	1 835	853	1 139	1 548	2 688	578
Solothurn	1 106	1 542	1 960	688	2 648	1 102
Basel-Stadt	5 688	6 055	7 820	3 923	11 743	7 024
Basel-Landschaft	2 047	2 114	4 564	- 402	4 162	3 547
Schaffhausen	207	265	339	133	472	265
Appenzell Ausserrhoden	187	252	258	181	439	219
Appenzell Innerrhoden	113	30	90	52	143	28
Sankt Gallen	2 268	1 076	2 323	1 022	3 345	1 616
Graubünden	2 823	1 023	1 101	2 745	3 846	642
Aargau	1 344	2 028	2 958	415	3 372	2 218
Thurgau	655	1 000	1 146	509	1 655	776
Tessin	4 716	1 436	6 484	- 332	6 152	5 302
Waadt	5 742	2 024	5 963	1 802	7 766	4 524
Wallis	1 685	1 225	2 973	- 63	2 910	1 986
Neuenburg	649	656	1 837	- 533	1 305	1 429
Genf	5 368	15 476	17 806	3 038	20 844	16 199
Jura	242	473	539	176	716	494
Konkordate	462	158	544	75	620	207

25 Gemeinden

Die finanzielle Lage der Gemeinden verbessert sich gegenüber dem Jahr 2013 ein wenig, ist jedoch weiterhin sehr angespannt. So schliesst die Erfolgsrechnung 2014 zum siebten Mal in Folge ihre betriebliche Tätigkeit mit einem Milliardenverlust. Die Bruttoschulden erhöhen sich gegenüber dem Endbestand 2013 um 1,2 Milliarden. Zum Schuldenanstieg kommt es hauptsächlich in den *Gemeinden* der Kantone *Zürich* und *Basel-Landschaft*.

Im Jahr 2014 ergibt sich für den Teilsektor «Gemeinden» in der Erfolgsrechnung ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis. Während der *Aufwand* marginal um 0,4 % wächst, legt der *Ertrag* um 1,9 % auf 45,1 Milliarden zu. Die Ertragszunahme ergibt sich hauptsächlich durch den *Fiskalertrag* und den *ausserordentlichen Ertrag*. Der Fiskalertrag, der im Jahr 2014 59,4 % des Ertrags ausmacht, nimmt um 2,7 % auf 26,8 Milliarden zu. Der Anstieg um 694 Millionen entsteht grösstenteils bei den *Gemeinden* der Kantone *Bern*, *Tessin* und *Zürich*. Werden die absoluten Zahlen betrachtet, so haben die *Zürcher Gemeinden* ihren Fiskalertrag am stärksten steigern können (+138 Mio.; +2,1 %). Die *Gemeinden* der Kantone *Bern* (+135 Mio.; +5,4 %) und *Tessin* (+104 Mio.; +9,9 %) reihen sich in die nachfolgenden Ränge. Im Gegensatz dazu haben im Jahr 2014 die *Zuger Gemeinden* die grösste Einbusse (-62 Mio.) erlitten.

In der Erfolgsrechnung 2014 beläuft sich das *Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit* der Gemeinden insgesamt auf -1,8 Milliarden. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung erhöht sich der *betriebliche Ertrag* um 2,3 %, doch überwiegt der *betriebliche Aufwand*, der nur leicht, um 0,3 % zunimmt. Der Personalaufwand, der im Jahr 2014 fast einen Drittel des betrieblichen Aufwands ausmacht, wächst um 1,8 %. Auch der Transferaufwand, der seit 1991 die zweitgrösste Aufwandposition ist, verzeichnet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+2,3 %). Ein deutlich höherer Transferaufwand kommt dabei vor allem bei den *Gemeinden* der Kantone *Zürich* und *Aargau* zustande. Die Rubriken Sach- und übriger Betriebsaufwand (-1,2 %), Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen (-2,0 %) sowie Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen (-17,2 %) weisen ferner gegenüber dem Vorjahr negative Veränderungsraten auf. Der deutliche Rückgang an Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen findet vorwiegend bei den *Berner Gemeinden* statt. Allein in der Stadt *Biel* vermindern sich die Einlagen in Spezialfinanzierungen um 171 Millionen, die im Zusammenhang mit der Verselbstständigung der Energie Service *Biel* stehen.

Das *ausserordentliche Ergebnis* der Erfolgsrechnung 2014 beträgt -155 Millionen und setzt sich aus einem *ausserordentlichen Ertrag* von 254 Millionen und einem *ausserordentlichen Aufwand* von 409 Millionen zusammen. In den *Gemeinden* der Kantone *Solothurn* und *Neuenburg* fallen dabei hohe ausserordentliche Aufwände im Rahmen von Pensionskassensanierungen an. Beim Ertrag sind es in erster Linie die *Gemeinden* der Kantone *Aargau* und *Uri*, die ausserordentliche Geschäftsvorfälle aufweisen. In der konsolidierten Erfolgsrechnung der *Aargauer Gemeinden* sind es Entnahmen aus der Aufwertungsreserve und in jener der *Urner Gemeinden* ausserordentliche Transfererträge von öffentlichen Unternehmungen. So zum Beispiel sind in der Gemeinde *Bürglen (UR)* ausserordentliche Erträge im Zusammenhang mit der Überführung des Kanalisationsvermögens entstanden.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2014 resultiert zum dritten Mal in Folge ein Defizit. Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich das Defizit um 434 Millionen auf 1 Milliarde. Während die ordentlichen *Investitionseinnahmen* der Gemeinden um 3,3 % angestiegen sind, verbuchen die ordentlichen *Investitionsausgaben* einen Zuwachs um 2,4 %. Zusätzliche Investitionen haben insbesondere die *Gemeinden* der Kantone *Aargau*, *Freiburg* und *Waadt* in Sachanlagen getätigt. Bei den *Freiburger Gemeinden* haben sich die Investitionsausgaben zudem in Form von Beteiligungen und Grundkapitalien erhöht. Die angestiegenen Investitionseinnahmen ergeben sich derweil insbesondere in *Gemeinden* der Kantone *Tessin*, *Zürich* und *Waadt*. Netto haben die Kommunen im Jahr 2014 rund 6 Milliarden investiert, gegenüber 2013 entspricht dies einer Zunahme um 2,2 %.

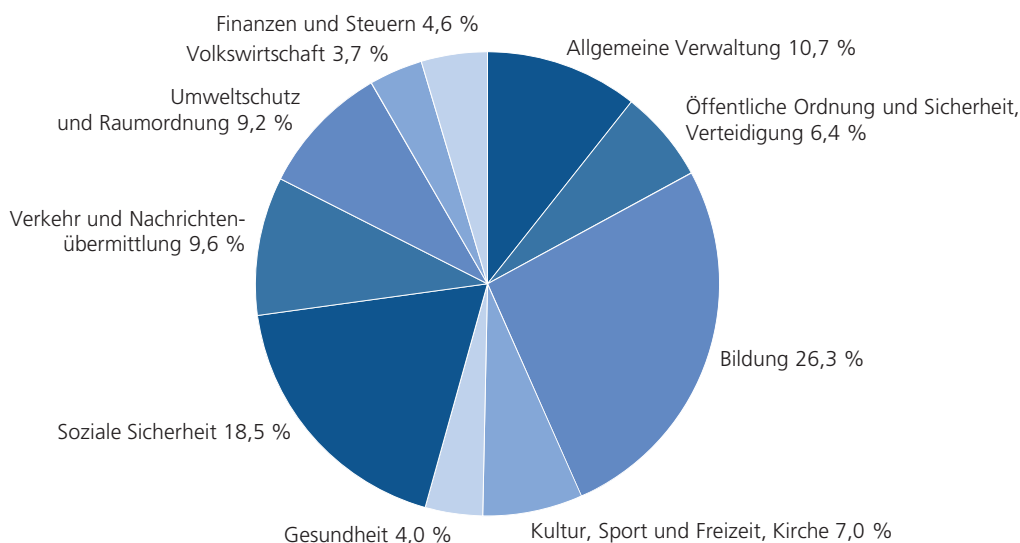
Die *Ausgaben* der Gemeinden belaufen sich im Jahr 2014 auf 46,4 Milliarden. Rund ein Viertel dieser Ausgaben fällt im Bildungsbereich an. Die Bildungsausgaben legen um 4,8 % auf 12,2 Milliarden zu. Der Anstieg resultiert in erster Linie wegen Mehrausgaben für die obligatorische Schule bei den *Gemeinden* der Kantone *Aargau*, *Zürich* und *Waadt*. Rund 18,5 % der

kommunalen Gesamtausgaben fallen im Aufgabengebiet «soziale Sicherheit» an. Dieser Bereich legt gegenüber 2013 um 1,0 % auf 8,6 Milliarden zu. Der Anstieg um 86 Millionen ergibt sich primär aus Mehrausgaben für die Funktionsgruppen «Sozialhilfe und Asylwesen» (+120 Mio.), «Familie und Jugend» (+73 Mio.) und Minderausgaben im sozialen Wohnungsbau (-83 Mio.). Die Mehrausgaben für die Sozialhilfe und das Asylwesen tragen allen voran die Städte *Zürich* und *Lugano*, jene zugunsten der Familie und Jugend die *Gemeinden* der Kantone *Genf*, *Waadt* und *Zürich*. Der Ausgabenrückgang im sozialen Wohnungsbau zeigt sich primär bei der Stadt *Zürich*. Die Kommunen insgesamt haben allen voran im Gesundheitsbereich weniger ausgegeben als im Vorjahr. Der Rückgang beträgt 5,0 % bzw. 98 Millionen und geht auf die *Gemeinden* in den Kantonen *Aargau* und *Waadt* zurück. Der Aufgabenbereich «Volkswirtschaft» weist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 2,8 % aus. Die Minderung betrifft hauptsächlich die Funktionsgruppe Brennstoffe und Energie.

Die Tabelle «Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte, 2014» zeigt, dass von den insgesamt 54 Städten und Kantonshauptorten deren 29 ihre Finanzierungsrechnung mit einem Defizit abschliessen. 10 Orte präsentieren ein nahezu ausgeglichenes Finanzierungsergebnis (+/- 2 Mio.) und 15 einen Überschuss. Auf kommunaler Ebene speziell nennenswert ist, dass die Stadt *Basel* über keinen eigenen Haushalt verfügt, weshalb sie im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen wird. Mit dem Rechnungsjahr 2014 haben neu alle *Gemeinden* der Kantone *Aargau* und *Basel-Landschaft* das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) eingeführt. Ebenso wendet die Stadt *Bern* als eine von zehn Testgemeinden im Kanton *Bern* den neuen Standard an.

Abbildung 5: Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2014

Total Ausgaben: CHF 46 403 529 258



Gegenüber 2008 haben die Gemeinden ihre Bildungsausgaben um 17,4 % erhöht. Rund 90 % der Bildungsausgaben 2014 entfallen auf die «obligatorische Schule».

Die *Bilanzsumme* der Gemeinden beläuft sich Ende 2014 auf 97,5 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich um 9,4 Milliarden erweitert. Die Erweiterung zeigt sich primär beim Verwaltungsvermögen, welches um 22,2 % auf 51,2 Milliarden steigt. Rund zwei Drittel des Anstiegs kommen durch Aufwertungen im Rahmen von HRM2-Umstellungen zustande. Die Restatements führen gleichzeitig zu einer Verbesserung des Eigenkapitals. Allein bei den *Aargauer* Gemeinden erhöht sich das Eigenkapital im Jahr 2014 um rund 8 Milliarden, wovon 6,1 Milliarden durch Zunahmen an Aufwertungsreserven zustandegekommen. Hinzu kommen weitere 354 Millionen an Reserven betreffend die Neubewertung des Finanzvermögens. Das *Eigenkapital* der Gemeinden wächst im Jahr 2014 insgesamt um 48,6 % auf 31,3 Milliarden. Allein auf die Städte und Kantonshauptorte, deren Kapital massiv zunimmt (+43,5 %), entfällt ein Anteil von 19,2 %. So hat die Stadt *Bern* beispielsweise zusätzlich zu den Neubewertungen im Finanzvermögen ihre unter HRM1 aufgeführten Spezialfinanzierungen überprüft und jene mit Eigenkapitalcharakter dem Eigenkapital zugewiesen. Einzig der Fonds zur Finanzierung öffentlicher Luftschutzzräume hat dabei die Bundeshauptstadt nicht vom Fremd- ins Eigenkapital umgegliedert. Bei der Stadt *Aarau* hängt die massive Erhöhung des Eigenkapitalbestandes desgleichen mit der HRM2 Umstellung zusammen, in diesem Fall aber vorwiegend mit Aufwertungen im Verwaltungsvermögen.

Demgegenüber sinkt das *Fremdkapital* der Gemeinden wegen nicht schuldenrelevanten Komponenten um 1,3 %. Die *Bruttoschulden*, die im Jahr 2014 drei Viertel des Fremdkapitals ausmachen, nehmen ihrerseits um 2,5 % (+1,2 Mrd.) zu. Dieser Zuwachs entsteht hauptsächlich bei den langfristigen Finanzverbindlichkeiten in den Gemeinden der Kantone *Zürich*, *Aargau* und *Basel-Landschaft*.

Im Jahr 2014 wachsen die Schulden der Städte und Kantonshauptorte insgesamt um 596 Millionen auf 25,9 Milliarden. Davon entfallen 66,4 % der Schulden auf die Städte *Zürich* (8,6 Mrd.), *Lausanne* (2,7 Mrd.), *Bern* (2,6 Mrd.), *Genf* (1,7 Mrd.) und *Winterthur* (1,6 Mrd.). In Relation zur Einwohnerzahl zeigt sich für die Städte und Kantonshauptorte folgendes Bild: Die höchste Bruttoschuld pro Kopf ergibt sich für die Stadt *Zürich* (Fr. 21 860), die tiefste für die Stadt *Appenzell* (Fr. 71). Die Stadt *Lausanne* weist mit 20421 Franken die zweithöchste Bruttoschuld pro Einwohner auf, gefolgt von den Städten *Bern* (Fr. 20235), *Lugano* (Fr. 17319) und *Winterthur* (Fr. 15308). Im Jahr 2014 beträgt die Bruttoschuld aller Gemeinden 6089 Franken pro Einwohner. Gegenüber 2013 erhöht sie sich um 1,3 % bzw. um 77 Franken.²

² Die Bruttoschulden pro Kopf sind im Internet unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung», «FS-Modell: Gemeinden» verfügbar

Rechnungsabschlüsse – Gemeinden

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Erfolgsrechnung					
Ertrag	42 035	43 500	43 656	44 205	45 052
Aufwand	42 368	43 637	44 001	44 887	45 052
Erfolg	- 333	- 137	- 346	- 682	0
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	42 670	44 058	44 168	44 498	45 375
Ausgaben	43 175	43 947	45 083	45 960	46 404
Finanzierungsergebnis	- 506	111	- 915	- 1 462	- 1 028
Bilanz					
Finanzvermögen	44 088	45 016	45 429	46 220	46 296
Verwaltungsvermögen	36 847	37 895	39 524	41 939	51 236
Fremdkapital	62 765	63 898	65 222	67 114	66 255
Eigenkapital	18 169	19 013	19 730	21 046	31 277
Bilanzsumme	80 935	82 911	84 953	88 159	97 532

Erfolgsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betrieblicher Aufwand	40 774 764	42 092 415	42 211 766	43 322 859	43 466 395
Personalaufwand	13 512 247	13 858 499	13 826 836	14 023 899	14 278 866
Sach- und übriger Betriebsaufwand	9 192 251	9 365 084	9 621 592	9 686 929	9 566 282
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	4 828 167	5 001 168	4 541 936	4 780 069	4 686 048
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1 012 513	1 130 614	1 119 064	1 223 819	1 013 758
Transferaufwand	12 229 588	12 737 049	13 102 338	13 608 142	13 921 441
Betrieblicher Ertrag	38 744 334	39 958 297	40 279 517	40 704 385	41 656 209
Fiskalertrag	24 530 699	25 220 068	25 436 531	26 073 692	26 768 179
Regalien und Konzessionen	289 651	322 424	326 344	346 328	354 378
Entgelte	7 975 663	8 146 493	8 200 611	8 226 492	8 355 500
Verschiedene Erträge	82 043	97 886	76 018	69 685	91 813
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	620 724	665 177	857 908	702 521	728 783
Transferertrag	5 245 554	5 506 250	5 382 105	5 285 667	5 357 556
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 2 030 431	- 2 134 118	- 1 932 250	- 2 618 474	- 1 810 185
Finanzaufwand	1 463 037	1 424 691	1 340 347	1 242 158	1 177 085
Finanzertrag	3 243 794	3 503 851	3 319 704	3 424 625	3 141 501
Finanzergebnis	1 780 756	2 079 160	1 979 357	2 182 467	1 964 416
Ordentliches Ergebnis	- 249 674	- 54 958	47 107	- 436 006	154 231
Ausserordentlicher Aufwand	130 588	119 560	449 240	321 797	408 655
Ausserordentlicher Ertrag	47 055	37 911	56 289	75 972	254 015
Ausserordentliches Ergebnis	- 83 533	- 81 649	- 392 951	- 245 825	- 154 640
Erfolg	- 333 207	- 136 607	- 345 844	- 681 831	- 409

Finanzierungsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebliche Ausgaben	34 930 404	35 960 391	36 547 455	37 302 151	37 716 170
Personalausgaben	13 512 247	13 858 499	13 826 836	14 023 899	14 278 866
Sach- und übriger Betriebsausgaben	9 188 735	9 366 793	9 622 842	9 682 495	9 561 438
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	12 229 422	12 735 098	13 097 777	13 595 757	13 875 866
Betriebliche Einnahmen	38 123 610	39 293 120	39 420 692	40 000 565	40 924 140
Fiskaleinnahmen	24 530 699	25 220 068	25 436 531	26 073 692	26 768 179
Regalien und Konzessionen	289 651	322 424	326 344	346 328	354 378
Entgelte	7 975 663	8 146 493	8 200 611	8 226 492	8 355 500
Verschiedene Einnahmen	82 043	97 886	76 018	69 685	91 813
Transfereinnahmen	5 245 554	5 506 250	5 381 188	5 284 369	5 354 270
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	3 193 206	3 332 729	2 873 237	2 698 415	3 207 970
Finanzausgaben	1 408 561	1 353 970	1 260 639	1 165 427	1 122 300
Finanzeinnahmen	3 166 069	3 215 519	3 220 011	3 137 970	3 017 298
Finanzergebnis	1 757 508	1 861 548	1 959 372	1 972 543	1 894 998
Investitionsausgaben	6 817 972	6 586 902	6 872 299	7 258 934	7 433 776
Sachanlagen	5 370 118	5 088 278	5 158 836	5 502 922	5 747 455
Investitionen auf Rechnung Dritter	2 436	363	2 108	982	1 139
Investitionen, immaterielle Anlagen	40 363	107 716	127 343	129 483	179 775
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	69 786	118 295	278 329	100 651	32 824
Darlehen	18 796	32 898	53 552	53 245	71 851
Beteiligungen und Grundkapitalien	25 863	33 209	105 968	162 104	132 471
Investitionsbeiträge	1 290 609	1 206 143	1 146 163	1 309 547	1 268 261
Investitionseinnahmen	1 379 864	1 545 206	1 525 347	1 352 182	1 396 344
Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	111 133	184 656	202 557	118 295	64 168
Rückerstattungen	119 708	142 451	109 858	99 641	98 596
Abgang immaterielle Sachanlagen	219		98		267
Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	18 857	49 114	65 658	28 272	10 833
Rückzahlung von Darlehen	12 227	121 819	17 511	33 796	62 151
Übertragung von Beteiligungen	2 735	9 643	522	3 359	1 817
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	3 832	3 609	6 269	2 609	2 311
Investitionsbeiträge	1 111 152	1 033 914	1 122 874	1 066 209	1 156 201
Nettoinvestitionen	-5 438 107	-5 041 696	-5 346 952	-5 906 752	-6 037 432
Ordentliches Ergebnis	- 487 393	152 582	- 514 343	-1 235 795	- 934 463
Ausserordentliche Ausgaben	18 516	46 166	402 445	233 195	131 283
Ausserordentliche Ausgaben	18 516	46 166	402 445	233 142	131 255
Ausserordentliche Investitionsausgaben				54	28
Ausserordentliche Einnahmen		4 517	1 788	6 831	37 266
Ausserordentliche Einnahmen		4 517	1 759	6 831	35 590
Ausserordentliche Investitionseinnahmen			29		1 676
Ausserordentliches Ergebnis	- 18 516	- 41 649	- 400 656	- 226 365	- 94 017
Finanzierungsergebnis	- 505 910	110 933	- 914 999	-1 462 159	-1 028 480

Bilanz – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Aktiven	80 934 625	82 910 821	84 952 585	88 159 401	97 531 836
Finanzvermögen	44 087 879	45 015 760	45 428 524	46 220 111	46 295 952
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	9 033 111	9 830 062	9 426 637	8 863 616	8 934 459
Forderungen	11 517 877	11 241 991	11 734 354	11 887 486	11 413 187
Kurzfristige Finanzanlagen	1 066 260	643 617	547 778	1 056 514	988 554
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2 164 708	2 317 625	2 349 204	2 378 246	2 387 681
Vorräte und angefangene Arbeiten	162 444	166 292	175 604	183 080	171 854
Finanzanlagen	3 732 399	4 100 602	4 561 832	4 598 238	4 040 182
Sachanlagen, FV	15 227 520	15 428 014	15 599 763	16 222 595	17 867 533
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital	1 183 561	1 287 558	1 033 351	1 030 336	492 502
Verwaltungsvermögen	36 846 746	37 895 061	39 524 061	41 939 290	51 235 884
Sachanlagen, VV	31 411 845	32 404 007	33 945 813	35 820 268	44 217 548
Vorräte, VV	30 761	24 202	34 914	23 672	15 916
Immaterielle Anlagen	134 292	203 623	213 934	206 182	229 557
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.	3 969 176	3 812 203	3 881 249	3 516 724	2 899 759
Darlehen	60 274	118 584	162 184	261 263	382 453
Beteiligungen, Grundkapitalien	31 838	119 199	230 979	979 059	1 536 595
Investitionsbeiträge	1 253 279	1 258 826	1 165 761	1 233 963	2 057 727
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten					
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen	- 44 718	- 45 582	- 110 773	- 101 841	- 103 673
Passiven	80 934 625	82 910 821	84 952 585	88 159 401	97 531 836
Fremdkapital	62 765 167	63 897 720	65 222 198	67 113 788	66 255 073
Laufende Verbindlichkeiten	10 201 102	10 374 591	10 385 205	10 307 255	9 949 661
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1 645 534	1 767 163	1 902 844	2 071 140	2 582 821
Passive Rechnungsabgrenzungen	2 028 337	1 856 881	2 100 879	2 041 576	2 139 198
Kurzfristige Rückstellungen	328	1 677	11 719	23 603	59 531
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	33 938 579	34 245 549	35 031 494	36 579 555	37 766 948
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					
Langfristige Rückstellungen	2 830 490	2 787 076	3 040 991	2 921 856	2 900 634
Zweckgebundene Mittel/Fonds	12 120 796	12 864 783	12 749 066	13 168 803	10 856 280
Eigenkapital	18 169 458	19 013 101	19 730 387	21 045 613	31 276 763
Verpflichtungen bzw. Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital	144 139	191 965	306 759	526 060	2 143 399
Rücklagen der Globalbudgetbereiche	127	1 105	47	531	20 337
Vorfinanzierungen	1 865 750	1 942 148	2 092 554	2 082 241	2 681 878
Aufwertungsreserve		15 250	340 201	972 975	7 125 943
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	419 096	470 427	561 089	634 683	1 610 343
Übriges Eigenkapital	62 906	141 454	53 343	94 163	63 938
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	15 677 440	16 250 751	16 267 256	16 629 275	17 517 688

Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	43 175 453	43 947 430	45 082 838	45 959 707	46 403 529
Allgemeine Verwaltung	4 445 037	4 524 641	4 915 605	4 948 563	4 944 617
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	2 676 252	2 738 786	2 845 597	2 914 121	2 977 718
Bildung	10 769 874	10 817 073	11 319 377	11 634 218	12 197 515
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	3 066 612	3 222 815	3 139 603	3 187 566	3 237 320
Gesundheit	1 481 734	1 823 537	1 940 971	1 947 207	1 849 744
Soziale Sicherheit	7 773 126	7 952 711	8 246 217	8 499 261	8 585 299
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 510 545	4 484 271	4 538 130	4 532 277	4 477 653
Umweltschutz und Raumordnung	4 223 624	4 233 791	4 245 117	4 346 804	4 262 921
Volkswirtschaft	1 608 469	1 578 207	1 708 747	1 784 421	1 734 910
Finanzen und Steuern	2 620 180	2 571 598	2 183 475	2 165 269	2 135 831

Fiskalertrag – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Fiskalertrag	24 530 699	25 220 068	25 436 531	26 073 692	26 768 179
Direkte Steuern natürliche Personen	19 199 332	19 418 294	19 659 899	20 082 146	20 627 931
Einkommenssteuern natürliche Personen	15 959 702	16 173 227	16 359 361	16 555 223	16 850 982
Vermögenssteuern natürliche Personen	2 247 698	2 138 292	2 143 485	2 253 468	2 482 568
Quellensteuern natürliche Personen	868 759	994 983	1 043 615	1 156 672	1 173 472
Personensteuern	44 862	42 247	42 341	42 411	39 946
Übrige direkte Steuern natürliche Personen	78 311	69 544	71 098	74 372	80 964
Direkte Steuern juristische Personen	3 668 744	4 016 786	3 835 648	3 924 537	4 092 677
Gewinnsteuern juristische Personen	2 915 347	3 266 095	3 130 308	3 131 744	3 368 484
Kapitalsteuern juristische Personen	559 177	540 112	506 109	584 931	516 878
Quellensteuern juristische Personen					
Übrige direkte Steuern juristische Personen	194 220	210 580	199 231	207 862	207 315
Übrige direkte Steuern	1 595 305	1 713 638	1 870 175	1 980 941	1 959 220
Verrechnungssteuer (nur Bund)					
Grundsteuern	682 336	701 029	711 935	748 401	779 531
Vermögensgewinnsteuern	575 857	677 058	799 359	862 062	820 810
Vermögensverkehrssteuern	248 787	247 349	243 033	258 560	255 749
Erbschafts- und Schenkungssteuern	87 908	87 785	115 406	111 530	102 748
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	416	418	442	389	383
Besitz- und Aufwandsteuern	67 318	71 350	70 808	86 068	88 351
Motorfahrzeugsteuern					
Schiffssteuer					
Vergnügungssteuern	16 671	15 325	14 464	14 638	15 249
Hundesteuer	30 217	30 972	31 266	32 705	34 381
Übrige Besitz- und Aufwandsteuer	20 430	25 053	25 078	38 725	38 721

Schulden – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Bruttoschulden	45 785 215	46 387 303	47 311 712	48 935 858	50 155 525
Laufende Verbindlichkeiten	10 201 102	10 374 591	10 385 205	10 307 255	9 949 661
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1 645 534	1 767 163	1 902 844	2 071 140	2 582 821
<i>abzüglich: derivative Finanzinstrumente</i>					
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	33 938 579	34 245 549	35 031 494	36 579 555	37 766 948
<i>abzüglich: passivierte Investitionsbeiträge</i>			7 831	22 092	143 905
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten					

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Städte und Kantonshauptorte – 2014

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	17 051	17 642	- 591	17 024	17 925	- 901
Wetzikon	157	163	- 6	158	172	- 13
Horgen	135	150	- 15	136	150	- 14
Wädenswil	123	131	- 8	122	140	- 18
Dübendorf	159	157	2	159	156	4
Uster	198	202	- 4	199	205	- 6
Winterthur	922	1 000	- 78	936	1 036	- 100
Dietikon	200	203	- 2	202	198	4
Zürich	4 793	5 239	- 445	4 793	5 229	- 436
Bern	1 080	1 080	0	1 058	1 076	- 18
Köniz	202	208	- 5	200	212	- 11
Biel	437	446	- 9	398	438	- 40
Thun	247	249	- 2	236	231	5
Emmen	141	140	1	146	147	- 1
Kriens	150	151	- 1	146	140	6
Luzern	560	567	- 8	554	557	- 3
Altdorf	45	42	3	45	36	9
Schwyz	50	55	- 5	51	53	- 2
Sarnen	46	46	0	49	47	2
Stans	34	38	- 4	36	36	0
Glarus	50	47	2	50	44	6
Baar	130	122	7	126	126	0
Zug	267	268	- 2	270	265	5
Bulle	93	96	- 3	97	96	1
Fribourg	210	208	1	210	263	- 53
Solothurn	119	118	1	114	109	5
Riehen	122	120	2	120	122	- 1
Allschwil	88	88	0	90	99	- 10
Liestal	60	61	- 1	61	59	3
Schaffhausen	208	202	6	208	189	19
Herisau	83	85	- 2	83	86	- 3
Appenzell	6	6	0	6	5	2
St. Gallen	550	549	1	575	599	- 23
Rapperswil-Jona	142	141	1	141	144	- 3
Wil	124	128	- 3	126	122	3
Chur	208	205	3	212	212	0
Aarau	166	151	15	159	175	- 15
Wettingen	87	92	- 6	86	115	- 29
Frauenfeld	139	141	- 3	141	147	- 6
Kreuzlingen	117	106	11	112	100	12
Bellinzona	75	78	- 3	77	78	- 2
Lugano	416	422	- 6	430	468	- 39
Lausanne	1 169	1 215	- 46	1 174	1 206	- 32
Renens	98	98	0	95	108	- 14
Montreux	151	151	1	137	157	- 21
Yverdon-les-Bains	147	154	- 8	146	150	- 3
Sion	194	193	1	196	199	- 3
La Chaux-de-Fonds	239	250	- 12	217	255	- 38
Neuchâtel	292	291	1	272	279	- 7
Carouge	101	100	1	104	96	8
Genève	1 132	1 117	15	1 149	1 174	- 24
Lancy	115	108	7	119	127	- 8
Meyrin	92	90	2	101	117	- 16
Vernier	111	103	8	121	104	17
Delémont	72	70	2	72	69	4

Die Stadt Basel wird im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen.

Bilanz, Städte und Kantonshauptorte – 2014

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	18 938	20 582	33 528	5 993	39 520	25 940
Wetzikon	109	160	177	92	269	123
Horgen	149	75	134	90	224	107
Wädenswil	123	69	132	60	192	106
Dübendorf	137	41	86	93	179	72
Uster	171	113	122	162	284	77
Winterthur	751	1 828	2 490	89	2 578	1 635
Dietikon	134	105	167	72	239	138
Zürich	5 688	7 690	12 694	684	13 378	8 555
Bern	2 747	1 093	2 870	970	3 840	2 631
Köniz	187	103	276	14	290	225
Biel	628	483	1 100	10	1 111	756
Thun	268	75	332	11	343	160
Emmen	77	153	238	- 9	229	201
Kriens	84	168	239	13	252	169
Luzern	404	297	661	41	702	565
Altdorf	25	14	25	14	39	25
Schwyz	40	55	79	16	95	75
Sarnen	11	43	41	14	54	39
Stans	16	35	33	18	51	32
Glarus	50	33	28	54	83	26
Baar	154	38	28	164	192	10
Zug	234	305	190	348	539	127
Bulle	66	89	138	17	155	131
Fribourg	158	161	288	31	319	251
Solothurn	93	33	97	30	127	46
Riehen	169	342	84	427	512	73
Allschwil	53	58	71	40	111	69
Liestal	48	27	42	33	75	39
Schaffhausen	182	149	293	38	330	250
Herisau	33	85	87	31	119	81
Appenzell	3	2	3	2	5	0
St. Gallen	689	535	1 051	173	1 224	948
Rapperswil-Jona	119	92	154	57	211	126
Wil	102	130	186	47	233	180
Chur	156	193	268	81	349	253
Aarau	242	409	89	562	651	74
Wettingen	31	258	81	208	289	75
Frauenfeld	127	92	121	98	219	96
Kreuzlingen	117	72	83	106	189	73
Bellinzona	66	71	124	13	137	118
Lugano	532	681	1 122	92	1 214	1 103
Lausanne	796	1 176	3 141	- 1 169	1 972	2 734
Renens	48	85	92	42	134	79
Montreux	80	44	75	49	124	36
Yverdon-les-Bains	90	158	234	14	248	191
Sion	203	231	237	197	434	200
La Chaux-de-Fonds	243	246	472	17	489	416
Neuchâtel	265	231	439	57	496	337
Carouge	67	168	80	156	235	47
Genève	1 519	1 199	1 744	975	2 718	1 662
Lancy	211	216	169	257	426	120
Meyrin	83	174	55	202	257	25
Vernier	94	121	128	87	215	122
Delémont	66	77	140	2	143	129

Die Stadt Basel wird im Rahmen der Kantonsrechnungen ausgewiesen.

26 Sozialversicherungen

Die Gesundung und Sicherung der Finanzen der Schweizer Sozialwerke schreitet weiter voran. So verzeichnet der Teilsektor «Sozialversicherungen» seit 2011 rückläufige Schulden sowie Überschüsse in der konsolidierten Finanzierungsrechnung. Im Jahr 2014 resultiert ein Gewinn von 2,2 Milliarden.

Die konsolidierte *Erfolgsrechnung* 2014 der öffentlichen Sozialversicherungen schliesst mit einem Gewinn von 3,6 Milliarden. Dieser setzt sich aus dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (1,5 Mrd.) und dem Finanzergebnis (2,1 Mrd.) zusammen. Ausserordentliche Geschäftsvorfälle sind indes keine angefallen. Im Vergleich zum Vorjahr liegen sowohl der *betriebliche Ertrag* (+2,1 %) als auch der *betriebliche Aufwand* (+2,0 %) über dem nominalen BIP-Wachstum (+1,4 %). Das im Vorjahresvergleich deutlich positivere Finanzergebnis (+1,3 Mrd.) rührt daher, dass sich die Börsenmärkte günstig entwickelt und dem Finanzertrag substantielle Marktwertanpassungen auf den Wertschriften beschert haben.

In der konsolidierten *Finanzierungsrechnung* 2014 belaufen sich die *Einnahmen* auf 62 Milliarden und die Ausgaben auf 59,8 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr nehmen diese um je 1,1 Milliarden (bzw. je +1,9 %) zu. Die Ausgaben entfallen auf die Aufgabengebiete «soziale Sicherheit» sowie «Finanzen und Steuern», im letztgenannten Bereich ausschliesslich auf die beiden Funktionsgruppen «Steuern» sowie «Vermögens- und Schuldenverwaltung». Wie im Vorjahr entfallen von den Gesamtausgaben rund 70 % auf die Funktionsgruppe «Alter und Hinterlassene». Jene Ausgaben nehmen infolge der kontinuierlich wachsenden Zahl an Rentenbezüglern um 2,8 % auf 41,7 Milliarden zu. Gemäss AHV-Statistik sind im Jahr 2014 die Bestände an Altersrenten um 2,5 % und jene an Hinterlassenenrenten um 2,3 % angestiegen. Bei einer stabilen durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,2 % verzeichnen ferner die Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Zunahme um 0,9 %. Hingegen sind die Ausgaben für «Familie und Jugend» zum fünften Mal in Folge rückläufig, 2014 beträgt der Rückgang 7,3 %. Diese Rubrik setzt sich aus den *Familienzulagen in der Landwirtschaft* (FL) und den Ausgaben der *Mutterschaftsversicherung* in Genf zusammen.

Die *Familienzulagen in der Landwirtschaft* (FL) werden an Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmende ausgerichtet. Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, SR 836.2) am 1.1.2009 werden auch Ausbildungszulagen ausbezahlt. Die Ansätze der Zulagen entsprechen den Mindestansätzen gemäss FamZG. Die Finanzierung der Familienzulagen an Landwirte erfolgt durch die öffentliche Hand. Der Bund bezahlt zwei Drittel, die Kantone einen Drittel. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber müssen zur teilweisen Finanzierung der Zulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmenden einen Arbeitgeberbeitrag von 2 Lohnprozenten leisten. Der Rest geht ebenfalls zu Lasten von Bund und Kantonen. Werden

die einzelnen Sozialversicherungshaushalte betrachtet, so zeigt sich, dass im Jahr 2014 die Gesamtausgaben der *Familienzulagen in der Landwirtschaft* um 6,8 % auf rund 117 Millionen zurückgehen.

Die *Mutterschaftsversicherung* ist seit 1.7.2005 auf eidgenössischer Ebene geregelt – sie ist Teil der Erwerbsersatzordnung (EO). Nebst der eidgenössischen Entschädigung für Mutterschaft haben die Kantone *Genf* (seit 1.7.2001) und *Freiburg* (seit 1.7.2011) ergänzende Regelungen. Die *Mutterschaftsversicherung* in *Genf* erfüllt die Sektorisierungskriterien der Finanzstatistik gemäss ES-VG2010, jene von *Freiburg* hingegen nicht. Aus diesem Grund wird erstere beim Teilsektor «öffentliche Sozialversicherungen» dazu erfasst. Die Mutterschaftsversicherung im Kanton *Genf* schliesst nach vier Jahren mit Überschüssen ihre Finanzierungsrechnung 2014 leicht im Minus (-0,2 Mio.). Zwar verzeichnen die Ausgaben eine Abnahme um 1,0 % und gehen auf rund 25 Millionen zurück, doch überwiegt der Rückgang bei den Einnahmen. Die Einnahmen sinken um 5,2 % bedingt durch eine geringe Beitragssatzreduktion. Mit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Mutterschaftsversicherung wurden die Beitragssätze der kantonalen *Mutterschaftsversicherung* in *Genf* von 0,26 % auf 0,04 % der AHV-relevanten Löhne und Einkommen angepasst. Als Folge davon hat der kantonale Ausgleichsfonds für Mutterschaft defizitäre Rechnungen (2006 bis 2009) präsentiert. Deshalb wurden im Jahr 2010 die Beitragssätze wieder nach oben (auf 0,09 %) korrigiert, was entsprechend zu Mehreinnahmen von 13,2 Millionen geführt hat. Der im Jahr 2014 geltende Satz beträgt 0,082 % und ist um 0,002 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr.

Die beiden wichtigsten Rechnungskomponenten der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV), die Versichertenbeiträge und die Sozialleistungen haben im Jahr 2014 unterschiedlich stark zugelegt. Während die Auszahlungen an private Haushalte um 2,8 % angestiegen sind, haben die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber um 1,4 % zugenommen. Letztere machen mit 30 Milliarden den grössten Teil der Einnahmen aus. Sie decken 71,8 % der betrieblichen Ausgaben (im Jahr 2013: 72,8 %). Die zweitwichtigste Finanzierungsquelle ist der Bund. Der Bundesbeitrag legt um 2,2 % auf rund 8 Milliarden zu. Ein Teil dieses Beitrags finanziert der Bund aus dem zweckgebundenen Fonds «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», welcher aus dem Ertrag aus der Tabak- und Alkoholsteuer sowie aus dem Bundesanteil am MWST-Prozent der AHV alimentiert wird.

Die Einnahmen der AHV belaufen sich im Jahr 2014 auf 42,5 Milliarden und dehnen sich um 2,0 % aus. Dabei machen die Finanzeinnahmen wie im Vorjahr einen Anteil von 2,4 % an den Gesamteinnahmen aus. Dank Minderausgaben an Passivzinsen und einem besseren Börsenjahr resultiert ein höheres Finanzergebnis. In der Erfolgsrechnung ist das Finanzergebnis wesentlich höher, weil ertragsseitig zusätzlich noch substantielle Marktwertanpassungen auf Wertschriften verbucht sind.

Die *Invalidenversicherung* (IV) wie auch die AHV beruhen auf dem Umlageverfahren. Dies bedeutet, dass sämtliche Ausgaben eines Jahres grundsätzlich durch die Einnahmen des gleichen Jahres zu decken sind. Seit 2012 erzielt die IV in der Finanzierungsrechnung ein positives Ergebnis. Mit Einnahmen von 10,4 Milliarden und Ausgaben von 9,6 Milliarden kann sie im Jahr 2014 dank der befristeten Zusatzfinanzierung (2011–2017) ein Finanzierungsergebnis von 0,8 Milliarden präsentieren. Ohne die Zusatzfinanzierung (Sonderbeitrag des Bundes zur Übernahme der Zinsen auf den Schulden der IV beim AHV-Fonds und Mehrwertsteuerzuschlag) von rund 1,3 Milliarden wäre ein Verlust von 0,4 Milliarden entstanden. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit hat sich seit 2005 kontinuierlich verbessert. Dies geht auf die allgemein erhöhte Sensibilität aller Akteure im IV-Bereich sowie auf die neuen Instrumente im Zusammenhang mit den jüngsten IV-Revisionen zurück. Dank den rückläufigen Beständen an laufenden und neu zugesprochenen Renten sowie der Zusatzfinanzierung resultiert seit 2011 ein Gewinn aus betrieblicher Tätigkeit. Im Jahr 2014 beträgt der operative Überschuss 970 Millionen. Einnahmenseitig wachsen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber um 1,4 % und belaufen sich auf rund 5 Milliarden. Sie decken damit 54,2 % der betrieblichen Ausgaben. Mit 3,7 Milliarden stellen die Bundesbeiträge die zweitwichtigste Einnahmenkomponente dar. Im Rahmen der Zusatzfinanzierung sind 172 Millionen des Bundes an die IV für Schuldzinsen bestimmt. Die Schulden der IV gegenüber dem AHV-Ausgleichsfonds werden während der IV-Zusatzfinanzierung voll vom Bund übernommen. Im Jahr 2014 beläuft sich der befristete Mehrwertsteuerzuschlag auf 1,1 Milliarden (+0,2 % gegenüber 2013). Dieser ergibt sich aus dem entsprechenden Anteil an den gesamten Mehrwertsteuereinnahmen abzüglich der anteiligen Debitorenverluste. Die Leistungen an die privaten Haushalte verteilen sich primär auf Geldleistungen in Form von Renten (5,5 Mrd.), Hilfslosenentschädigungen (0,4 Mrd.),

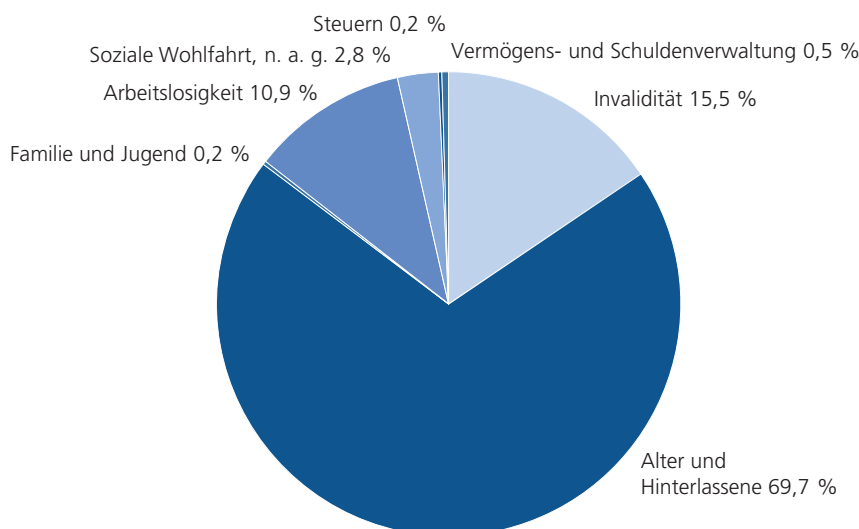
Taggeldern (0,6 Mrd.), individuellen Eingliederungsmassnahmen (1,6 Mrd.) und kollektiven Leistungen (0,1 Mrd.). Die Leistungen an die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sinken im Vorjahresvergleich um 2,8 % auf 147 Millionen. Hierbei handelt es sich um Beiträge an gemeinnützige Organisationen der privaten Invalidenhilfe für die Beratung von Behinderten und ihren Angehörigen, für die Durchführung von Kursen, für Leistungen zur Unterstützung und Förderung der Eingliederung Behinderter sowie für begleitetes Wohnen.

Die *Erwerbsersatzordnung* (EO) schliesst im Jahr 2014 zum vierten Mal in Folge ihre Finanzierungsrechnung mit einem Einnahmenüberschuss. Dank der Beitragserhöhung (von 0,3 % auf 0,5 % des Erwerbseinkommens) sind die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber im Jahr 2011 sprunghaft um 722 Millionen auf 1,7 Milliarden angestiegen und decken seither die betrieblichen Ausgaben. Die Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber belaufen sich im Jahr 2014 auf 1,8 Milliarden und sind gegenüber 2013 im Gleichschritt mit der Wirtschaft (nominal +1,4 %) gewachsen.

In der Finanzierungsrechnung der *Arbeitslosenversicherung* (ALV) resultiert ein Gewinn von knapp 743 Millionen. Gegenüber 2013 steigt dieser um 149 Millionen. Die Einnahmen nehmen dabei um 2,9 % und die Ausgaben um 0,8 % zu. Als grösste Ausgabenrubrik der ALV gelten die Beiträge an die privaten Haushalte. 2014 hat die ALV insgesamt Leistungen von 5,6 Milliarden an private Haushalte und private Unternehmungen erbracht. Diese verteilen sich auf Zahlungen bei Arbeitslosigkeit (4,9 Mrd.), bei Kurzarbeit (48 Mio.), bei Arbeitsausfall infolge Schlechtwetters (rund 25 Mio.) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (32 Mio.). Für die arbeitsmarktlichen Massnahmen hat die Arbeitslosenversicherung zudem 580 Millionen aufgewendet. Haupteinnahmequelle der ALV sind die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber. 2014 machen diese, die grundsätzlich je zur Hälfte durch die Versicherten und Arbeitgeber entrichtet werden, wie im Vorjahr 91,1 % aller ALV-Einnahmen aus. Die Beiträge der öffentlichen Hand (vom Bund und von den Kantonen) bilden die zweitbedeutendste Einnahmerubrik. Sie sind von der Höhe der prämienpflichtigen Lohnsumme wie auch vom Beitragssatz abhängig. Im Jahr 2014 belaufen sich die Transfereinnahmen der ALV auf 638 Millionen.

Abbildung 6: Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2014

Total Ausgaben: CHF 59 802 096 314



In der Alters- und Hinterlassenenversicherung haben die Ausgaben 2014 im Vergleich zu 2008 um 22,4 % zugelegt. Im Verhältnis dazu hat sich die Anzahl an AHV-Rentenbezüglern um 16,2 % erhöht.

Ende 2014 beträgt die konsolidierte *Bilanzsumme* der Sozialversicherungen 41,1 Milliarden (+9,5 %). Im Vorjahresvergleich nimmt deren Fremdkapitalanteil von 14,0 % auf 12,9 % ab. Bedingt durch den guten Geschäftsgang hat der ALV-Fonds im Jahr 2014 erneut Bundesdarlehen um 0,9 Milliarden abbauen können. Jene Darlehensschulden sinken per Ende 2014 auf insgesamt 3,3 Milliarden. Die Rückzahlung hat jedoch keinen Effekt auf die Bruttoschulden des Sektors Staat. Wegen der Schuldenkonsolidierung werden die Verbindlichkeiten der Sozialversicherungen nämlich mit den Forderungen des Bundes verrechnet. Die Konsolidierungsregel gilt auch für Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Sozialversicherungen. Ende 2014 belaufen sich die *Bruttoschulden* der Sozialversicherungen auf insgesamt 4,2 Milliarden. Im Vorjahresvergleich nehmen sie zusätzlich aufgrund von geringeren übrigen kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten der AHV gegenüber Dritten um rund 565 Millionen ab. Das konsolidierte *Finanzvermögen* von 39,6 Milliarden besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen des AHV-Ausgleichsfonds. Gegenüber 2003 erhöhen sich dabei die Finanzanlagenbestände an Aktien und Anteilscheinen um 3,2 auf 11,5 Milliarden sowie an Obligationen um 1,9 auf 16,5 Milliarden. Mit Ausnahme der ALV sind bis 2010 sämtliche

Sozialversicherungen über den AHV-Ausgleichsfonds abgewickelt worden. Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Sanierung der Invalidenversicherung per 1.1.2011 weisen AHV, IV und EO eigene Bilanzen aus. Die gemeinsame Anlageverwaltung wird von der Eidg. Finanzstatistik auf diese Sozialversicherungen aufgeteilt.

Gegenüber der Eröffnungsbilanz vergrössert sich die Bilanzsumme der AHV um 2,3 auf 46,8 Milliarden. Dabei verzeichnet das Finanzvermögen einen Zuwachs um 11,1 %. Wegen rückläufiger Guthaben gegenüber anderen Sozialversicherungen hat sich das Verwaltungsvermögen der AHV um 6,6 % reduziert. Speziell erwähnenswert ist ferner, dass die Aktiven der ALV fast ausschliesslich aus Positionen des Finanzvermögens (99,4 %) bestehen.

Das *Eigenkapital* der Sozialversicherungen setzt sich aus dem Bilanzfehlbetrag/-überschuss sowie den Verpflichtungen bzw. Vorschüssen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital zusammen. Ende 2014 verfügen die Sozialversicherungen insgesamt über eigene Mittel von 35,8 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 3,5 Milliarden.

Rechnungsabschlüsse – Sozialversicherungen

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Erfolgsrechnung					
Ertrag	54 649	58 621	60 668	60 863	63 410
Aufwand	55 993	55 852	56 688	58 678	59 823
Erfolg	- 1 344	2 769	3 980	2 185	3 587
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	54 449	58 619	59 563	60 814	61 958
Ausgaben	55 821	55 664	56 666	58 668	59 802
Finanzierungsergebnis	- 1 372	2 954	2 897	2 146	2 156
Bilanz					
Finanzvermögen	29 766	30 849	35 212	35 914	39 574
Verwaltungsvermögen	1 496	1 723	1 581	1 569	1 482
Fremdkapital	7 887	6 485	6 776	5 242	5 279
Eigenkapital	23 375	26 087	30 018	32 241	35 778
Bilanzsumme	31 262	32 572	36 793	37 483	41 057

Erfolgsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betrieblicher Aufwand	55 382 931	55 203 067	56 242 558	58 363 724	59 533 255
Personalaufwand	372 516	369 487	379 311	398 102	405 466
Sach- und übriger Betriebsaufwand	715 018	801 943	825 390	1 012 028	1 085 396
Rüstungsaufwand					
Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen	12 185	8 711	10 395	9 232	10 586
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen					
Transferaufwand	54 283 212	54 022 926	55 027 461	56 944 361	58 031 808
Betrieblicher Ertrag	52 932 700	57 577 658	58 515 971	59 826 624	61 059 763
Fiskalertrag	38 367 388	40 977 159	41 957 772	42 863 022	43 544 989
Regalien und Konzessionen					
Entgelte	528 537	671 735	827 411	1 030 354	1 255 140
Verschiedene Erträge	3 206	3 180	3 516	5 465	3 127
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen					
Transferertrag	14 033 569	15 925 584	15 727 273	15 927 782	16 256 507
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2 450 231	2 374 591	2 273 414	1 462 900	1 526 507
Finanzaufwand	610 157	648 774	445 398	314 326	289 672
Finanzertrag	1 715 274	1 041 476	2 152 050	1 036 715	2 350 631
Finanzergebnis	1 105 117	392 702	1 706 652	722 389	2 060 960
Ordentliches Ergebnis	-1 345 113	2 767 293	3 980 066	2 185 289	3 587 467
Ausserordentlicher Aufwand	35	43	129	107	
Ausserordentlicher Ertrag	1 452	1 638	235	3	
Ausserordentliches Ergebnis	1 417	1 595	106	- 104	
Erfolg	-1 343 697	2 768 888	3 980 172	2 185 185	3 587 467

Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebliche Ausgaben	55 369 679	55 193 919	56 220 603	58 353 720	59 518 413
Personalausgaben	372 516	369 487	379 311	398 102	405 466
Sach- und übriger Betriebsausgaben	713 951	801 506	813 831	1 011 257	1 081 139
Rüstungsausgaben					
Transferausgaben	54 283 212	54 022 926	55 027 461	56 944 361	58 031 808
Betriebliche Einnahmen	52 934 700	57 575 658	58 514 971	59 965 477	61 059 763
Fiskaleinnahmen	38 367 388	40 977 159	41 957 772	42 863 022	43 544 989
Regalien und Konzessionen					
Entgelte	528 537	671 735	827 411	1 030 354	1 255 140
Verschiedene Einnahmen	3 206	3 180	3 516	5 465	3 127
Transfereinnahmen	14 035 569	15 923 584	15 726 273	16 066 635	16 256 507
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2 434 979	2 381 739	2 294 368	1 611 757	1 541 350
Finanzausgaben	450 876	470 535	445 398	314 326	283 684
Finanzeinnahmen	1 512 883	1 041 413	1 047 557	848 660	898 587
Finanzergebnis	1 062 008	570 877	602 159	534 334	614 903
Investitionsausgaben					
Investitionseinnahmen					
Nettoinvestitionen					
Ordentliches Ergebnis	-1 372 971	2 952 616	2 896 527	2 146 091	2 156 253
Ausserordentliche Ausgaben					
Ausserordentliche Ausgaben					
Ausserordentliche Investitionsausgaben					
Ausserordentliche Einnahmen	1 452	1 638	235	3	
Ausserordentliche Einnahmen	1 452	1 638	235	3	
Ausserordentliche Investitionseinnahmen					
Ausserordentliches Ergebnis	1 452	1 638	235	3	
Finanzierungsergebnis	-1 371 519	2 954 254	2 896 762	2 146 094	2 156 253

Bilanz – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Aktiven	31 262 362	32 571 828	36 793 469	37 483 134	41 056 983
Finanzvermögen	29 766 159	30 849 205	35 212 196	35 914 070	39 574 499
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	2 063 742	3 787 951	4 252 873	4 053 911	2 512 709
Forderungen	3 698 475	3 947 412	4 253 546	4 217 942	4 635 391
Kurzfristige Finanzanlagen	720 266	122 645	290 176	317 776	261 570
Aktive Rechnungsabgrenzungen	977 801	923 761	944 307	1 056 580	1 009 483
Vorräte und angefangene Arbeiten					
Finanzanlagen	22 305 876	22 067 437	25 471 294	26 203 261	31 083 346
Sachanlagen, FV				64 600	72 000
Forderungen gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Fremdkapital					
Verwaltungsvermögen	1 496 203	1 722 622	1 581 273	1 569 063	1 482 484
Sachanlagen, VV	101 215	98 654	95 995	78 258	70 831
Vorräte, VV					
Immaterielle Anlagen	1 054	919	1 813	1 494	3 106
Darlehen und Beteiligungen n.a.g.					
Darlehen	377	255	250	235	195
Beteiligungen, Grundkapitalien					
Investitionsbeiträge					
Guthaben gegenüber öffentlichen Haushalten	1 393 557	1 622 794	1 483 214	1 489 076	1 408 353
Kumulierte zusätzliche Abschreibungen					
Passiven	31 262 362	32 571 828	36 793 469	37 483 134	41 056 983
Fremdkapital	7 887 330	6 484 761	6 775 760	5 242 156	5 279 288
Laufende Verbindlichkeiten	- 8 740	38 468	49 390	205 002	485 958
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	49 511	127 575	1 385 404	491 989	1 150 361
Passive Rechnungsabgrenzungen	115 509	27 662	27 798	32 365	25 829
Kurzfristige Rückstellungen	320 312	268 480	301 891	297 222	314 368
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	160	203	332	439	439
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten	7 410 551	6 022 246	5 010 817	4 215 006	3 302 202
Langfristige Rückstellungen					
Zweckgebundene Mittel/Fonds	26	128	127	133	131
Eigenkapital	23 375 032	26 087 067	30 017 710	32 240 978	35 777 695
Verpflichtungen bzw. Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen und Fonds im Eigenkapital	29 626 394	30 709 088	33 478 068	35 112 945	37 912 302
Rücklagen der Globalbudgetbereiche					
Vorfinanzierungen					
Aufwertungsreserve					
Neubewertungsreserve Finanzvermögen					
Übriges Eigenkapital					
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	-6 251 362	-4 622 022	-3 460 358	-2 871 967	-2 134 606

Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	55 820 555	55 664 454	56 666 001	58 668 046	59 802 096
Soziale Sicherheit	55 261 723	55 069 169	56 085 491	58 217 292	59 374 530
Krankheit und Unfall					
Invalidität	9 227 548	9 365 493	9 242 806	9 333 561	9 290 012
Alter + Hinterlassene	36 813 797	38 338 011	39 267 246	40 585 799	41 709 861
Familie und Jugend	174 876	169 110	164 532	158 004	146 545
Arbeitslosigkeit	7 426 153	5 569 721	5 787 251	6 481 173	6 538 345
Sozialer Wohnungsbau					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F&E in soziale Sicherheit					
Soziale Wohlfahrt n.a.g.	1 619 350	1 626 834	1 623 656	1 658 755	1 689 767
Finanzen und Steuern	558 832	595 285	580 510	450 754	427 567
Steuern	107 956	124 750	135 112	136 428	143 883
Steuerabkommen					
Finanz- und Lastenausgleich					
Ertragsanteile an Bundeseinnahmen ohne Zweckbindung					
Ertragsanteile, übrige, ohne Zweckbindung					
Vermögens- und Schuldenverwaltung	450 876	470 535	445 398	314 326	283 684
Rückverteilungen					
Nicht aufgeteilte Posten					

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung, Sozialversicherungen – 2014

Mio. CHF	Ertrag	Aufwand	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Total	63 410	59 823	3 587	61 958	59 802	2 156
Alters- und Hinterlassenversicherung (AHV)	43 779	42 068	1 710	42 531	42 057	474
Invalidenversicherung (IV)	10 536	9 617	919	10 366	9 613	753
Erwerbsausfallentschädigung (EO)	1 873	1 703	170	1 839	1 703	137
Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL)	122	122	0	122	122	0
Arbeitslosenversicherung (ALV)	7 301	6 563	737	7 301	6 558	743
Mutterschaftsversicherung, Genf	25	25	0	25	25	0

Das Total ist um Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt.

Bilanz, Sozialversicherungen – 2014

Mio. CHF	Finanzvermögen	Verwaltungs- vermögen	Fremdkapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Bruttoschulden
Total	39 574	1 482	5 279	35 778	41 057	4 192
Alters- und Hinterlassen- versicherung (AHV)	32 828	14 016	2 057	44 788	46 844	1 147
Invalidenversicherung (IV)	4 943	299	13 085	- 7 843	5 242	12 972
Erwerbsausfallentschädigung (EO)	1 002	1	35	968	1 003	11
Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL)						
Arbeitslosenversicherung (ALV)	1 740	10	3 899	- 2 149	1 750	3 686
Mutterschaftsversicherung, Genf	16		1	15	16	1

27 Finanzkennzahlen und Indikatoren

In diesem Kapitel werden Finanzkennzahlen gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sowie Indikatoren für die Teilsektoren erläutert. Sie dienen als Benchmark für die einzelnen Kantone.

Die Finanzstatistik ist bestrebt, die Finanzkennzahlen des HRM2-Handbuchs für den Sektor Staat sowie dessen Teilsektoren zu berechnen und zu kommentieren. Dabei werden primär die Kennzahlen wie *Nettoverschuldungsquotient*, *Selbstfinanzierungsgrad* sowie *Zinsbelastungsanteil* herangezogen. Die Definitionen und Richtwerte der Finanzkennzahlen sind dem Kapitel methodische Grundlagen (vgl. Abschnitt «Das FS-Modell») zu entnehmen.

In den letzten Jahren hat sich beim *Nettoverschuldungsquotienten* des Bundes ein Abwärtstrend gezeigt – hatte der Quotient im Jahr 2007 noch 225,0 % betragen, so ist dieser bis 2014 auf 168,6 % gesunken. Gegenüber 2013 beträgt der Rückgang 1,2 Prozentpunkte. Auch auf der Gemeindeebene geht der Quotient zurück, jedoch fällt der Rückgang mit 6,0 Prozentpunkten bedeutend grösser aus. Bei den Kantonen hingegen ergibt sich ein Anstieg um 1,6 Prozentpunkte. Bei den Sozialversicherungen resultiert ein negativer *Nettoverschuldungsquotient*. Der Zähler dieses Quotienten entspricht der Differenz aus Fremdkapital und Finanzvermögen. Bei den Sozialversicherungen ist die Verschuldung derart gering, dass diese Differenz und somit der Quotient negativ werden. Bei den Sozialversicherungen gibt es somit keinen Handlungsbedarf. Bezüglich der Richtwerte des HRM2-Handbuchs weisen somit die Kantone und Gemeinden einen «guten», der Bund einen «schlechten» Wert aus. Für den Sektor Staat resultiert Ende 2014 ein «guter» *Nettoverschuldungsquotient* (64,6 %).

Der *Selbstfinanzierungsgrad* gibt an, welchen Anteil seiner Gesamtnettointerventionen ein öffentlicher Haushalt aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann. Der Bund hat im Jahr 2014 einen Selbstfinanzierungsgrad von 87,2 %. Gegenüber 2013 sinkt dieser infolge deutlich höherer Nettointerventionen um 26,4 Prozentpunkte. Der Selbstfinanzierungsgrad bei den Kantonen fällt im Jahr 2014 wegen einer deutlich tieferen Selbstfinanzierung massiv um 15,6 Prozentpunkte auf 38,9 %. Im Vergleich zum Vorjahr können die Gemeinden ihre Nettointerventionen 2014 zu 84,1 % aus eigenen Mitteln finanzieren. Damit liegen die Gemeinden wieder im Bereich des Richtwerts für den Normalfall von 80 % bis 100 %. Für den gesamten Staat resultiert im Jahr 2014 ein Selbstfinanzierungsgrad von 96,5 %, dieser ist im Vorjahresvergleich um 1,7 Prozentpunkte tiefer.

Der *Zinsbelastungsanteil* des Bundes nimmt leicht (um 0,1 Prozentpunkte) auf 2,6 % zu. Damit liegt der Belastungsanteil weiterhin auf einem sehr tiefen Niveau. Der Handlungsspielraum des Bundes ist somit gemäss den Richtwerten des HRM2-Handbuchs als «gut» (0 % bis 4 %) einzustufen. Auch der Zinsbelastungsanteil der Kantone erreicht im Jahr 2014 mit 0,4 % einen

«guten» Wert. Der Anteil des laufenden Ertrags, der durch Nettozinsen gebunden ist, beläuft sich bei den Gemeinden auf 1,1 %. Die Reduktion 2014 beträgt gleich wie bei den Kantonen 0,1 Prozentpunkte. Da die Sozialversicherungen grosse Anlagebeträge aufweisen, resultiert ein Zinsertrag, welcher den Zinsaufwand deutlich übersteigt. Deshalb ergibt sich ein negativer Zinsbelastungsanteil, womit der Handlungsspielraum der Sozialversicherungen in diesem Bereich sehr gross ist. Die Nettozinsen belasten den laufenden Ertrag des Staates mit 1,0 %, gegenüber dem Vorjahr reduziert sich der Belastungsanteil um 0,1 Prozentpunkte.

Eine Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation ist der *Bruttoverschuldungsanteil*. Im Jahr 2014 kommt für den Sektor Staat ein Bruttoverschuldungsanteil von mittlerer Güte (100 % bis 150 %) zustande. Gegenüber 2014 legt diese Grösse um 1,3 Prozentpunkte auf 106,7 % zu. Auch für die Gemeinden ergibt sich im Jahr 2014 ein mittlerer Richtwert (+0,6 Prozentpunkte gegenüber 2013). Die Bruttoverschuldungsanteile des Bundes und der Sozialversicherungen sinken gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang beträgt für den Bund 1,9 Prozentpunkte und für die Sozialversicherungen 1,2 Prozentpunkte. Für die Kantone resultiert ein Bruttoverschuldungsanteil von 81,3 %, damit steht die Verschuldung zu den laufenden Erträgen in einem «guten» Verhältnis.

Der *Investitionsanteil* zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen. Gegenüber 2013 fällt der Anteil für den Sektor Staat um 0,2 Prozentpunkte auf 9,4 %. Damit bleibt der Gesamtstaat wie im Vorjahr unter dem Richtwert (10 % bis 20 %) zur «mittleren» Investitionstätigkeit und wird somit als «schwach» eingestuft. Der Rückgang an Bruttoinvestitionen ist auf die reduzierte Investitionstätigkeit bei den Kantonen zurückzuführen, deren Prozentwerte um 0,6 Prozentpunkte gefallen sind. Für den Bund und die Gemeinden ergibt sich ein mittlerer Investitionsanteil. Da die Sozialversicherungen keine Investitionen tätigen, kann diese Kennzahl nicht berechnet werden.

Als Mass für die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Kapitalkosten gilt der *Kapitaldienstanteil*. Für den Gesamtstaat ist die Belastung mit 8,5 % im Jahr 2014 tragbar. Wie im Vorjahr weist der Teilsektor «Kantone» eine geringe Belastung aus, da der Richtwert von 5 % unterschritten ist. Nach drei Jahren erhöht sich beim Bund der Kapitaldienstanteil wieder, der Anstieg beträgt 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Bei den Gemeinden hingegen ist der finanzielle Spielraum im Vorjahresvergleich wieder grösser geworden. Der Kapitaldienstanteil bleibt mit 11,6 % jedoch im «mittleren» Bereich.

Der *Selbstfinanzierungsanteil* gibt an, welchen Anteil seines Ertrages der öffentliche Haushalt zur Finanzierung seiner Investitionen aufwenden kann. Gemäss den Richtwerten des HRM2 ergibt sich einzig für die Gemeinden kein «schlechter» Wert (d.h. kleiner 10 %). Während für die Kantone im Jahr 2008 ein mittlerer Wert von 11,1 % resultiert hat, ist dieser im Jahr 2012 auf 1,8 % zurückgegangen. Nach einem Anstieg im Jahr 2013 auf 2,9 %, fällt der Selbstfinanzierungsanteil im Jahr 2014 erneut auf 1,8 %. Für den Bund ergibt sich ein Selbstfinanzierungsanteil von 9,9 %, er fällt gegenüber 2013 um 0,6 Prozentpunkte. Der Teilssektor Gemeinden verzeichnet hingegen ein kräftiges Wachstum (+1,1 Prozentpunkte), im Jahr 2014 bemisst sich die Selbstfinanzierung dividiert durch den laufenden Ertrag auf 11,3 %. Im Vergleich zum Vorjahr nimmt ferner der Selbstfinanzierungsgrad beim Sektor Staat um 0,2 Prozentpunkte zu.

Der kantonale *Steuerausschöpfungsindex* ergibt sich aus der Relation zwischen der kantonalen Steuerausschöpfung und jener aller Kantone. Der Indexwert für alle Kantone beträgt 100. Die kantonale Steuerausschöpfung 2016 ist der Mittelwert der Steuereinnahmen 2010 bis 2012 eines Kantons und seiner Gemeinden gemäss Finanzstatistik, dividiert durch das Ressourcenpotenzial 2016 gemäss dem nationalen Finanzausgleich. Das Ressourcenpotenzial 2016 berechnet sich aus dem Mittelwert der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage (ASG) der Jahre 2010 bis 2012, wobei sich die ASG aus dem Einkommen, dem Vermögenszuwachs und den Gewinnen zusammensetzt.

Die steuerliche Ausschöpfung ist im Referenzjahr 2016 um einen Prozentpunkt tiefer als im 2015. Dieser Rückgang ist zum grössten Teil auf eine technische Anpassung bei der Berechnung des Ressourcenpotenzials zurückzuführen. Die Neuberechnung der Gewichtungsfaktoren des Vermögens der natürlichen Personen und der Gewinne der Unternehmen mit besonderem Steuerstatus ist im Hinblick auf die neue Vierjahresperiode des Finanzausgleichs erfolgt.³ Die Anpassung dieser Faktoren hat somit zu einer Erhöhung des schweizerischen Ressourcenpotenzials und folglich zu einem Rückgang der steuerlichen Ausschöpfung (siehe Tabelle «Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen») geführt. An den kantonalen Unterschieden hat sich insgesamt wenig verändert. Vor allem am unteren und oberen Ende der Skala ist die Reihenfolge praktisch gleichgeblieben. Nach wie vor liegen die *Zentralschweizer* Kantone *Nidwalden*, *Zug* und *Schwyz* deutlich unter dem gesamtschweizerischen Wert, wobei *Schwyz* mit 10,5 % die tiefste Steuerausschöpfung aufweist. Am höchsten liegt die steuerliche Belastung erneut in einigen *Westschweizer* Kantonen sowie in *Bern*, wobei *Genève* mit 34,2 % Spitzenreiter ist. Im mittleren Bereich der Skala gibt es wenige Verschiebungen. So ist der Kanton *Aargau* um drei Plätze nach hinten gerutscht, während *Luzern* dank deutlich tieferer Steuerausschöpfung drei Plätze gutmachen konnte.

³ vgl. Bericht zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2016. Dieser ist im Internet unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzausgleich», «Zahlen», «2016» verfügbar.

Finanzkennzahlen – Staat

	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverschuldungsquotient	74.8	70.4	70.4	67.3	64.6
Selbstfinanzierungsgrad	109.8	113.5	97.0	98.2	96.5
Zinsbelastungsanteil	1.8	1.5	1.4	1.1	1.0
Bruttoverschuldungsanteil	105.0	101.5	104.9	105.4	106.7
Investitionsanteil	10.1	10.1	9.8	9.6	9.4
Kapitaldienstanteil	9.8	9.5	8.8	8.6	8.5
Selbstfinanzierungsanteil	9.7	9.7	8.4	7.8	8.0

Finanzkennzahlen – Bund

	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverschuldungsquotient	186.5	174.5	176.9	169.8	168.6
Selbstfinanzierungsgrad	122.3	112.4	96.6	113.6	87.2
Zinsbelastungsanteil	4.2	3.7	3.4	2.5	2.6
Bruttoverschuldungsanteil	168.8	163.9	169.5	164.9	163.0
Investitionsanteil	12.6	12.7	12.1	12.0	12.1
Kapitaldienstanteil	15.1	14.8	14.1	13.3	13.5
Selbstfinanzierungsanteil	13.7	12.3	10.9	10.5	9.9

Finanzkennzahlen – Kantone

	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverschuldungsquotient	59.4	62.0	70.4	66.8	68.4
Selbstfinanzierungsgrad	140.4	70.8	29.3	54.5	38.9
Zinsbelastungsanteil	0.7	0.5	0.5	0.5	0.4
Bruttoverschuldungsanteil	68.6	65.8	70.4	73.9	81.3
Investitionsanteil	9.5	9.3	9.1	8.3	7.6
Kapitaldienstanteil	5.7	5.3	5.1	4.9	4.9
Selbstfinanzierungsanteil	8.6	4.5	1.8	2.9	1.8

Finanzkennzahlen – Gemeinden

	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverschuldungsquotient	76.1	74.9	77.8	80.0	74.0
Selbstfinanzierungsgrad	91.2	101.6	83.2	75.9	84.1
Zinsbelastungsanteil	1.8	1.5	1.3	1.2	1.1
Bruttoverschuldungsanteil	109.0	106.7	108.5	110.9	111.5
Investitionsanteil	15.8	15.0	15.2	15.8	16.0
Kapitaldienstanteil	13.3	13.0	11.8	12.0	11.6
Selbstfinanzierungsanteil	11.8	11.8	10.2	10.2	11.3

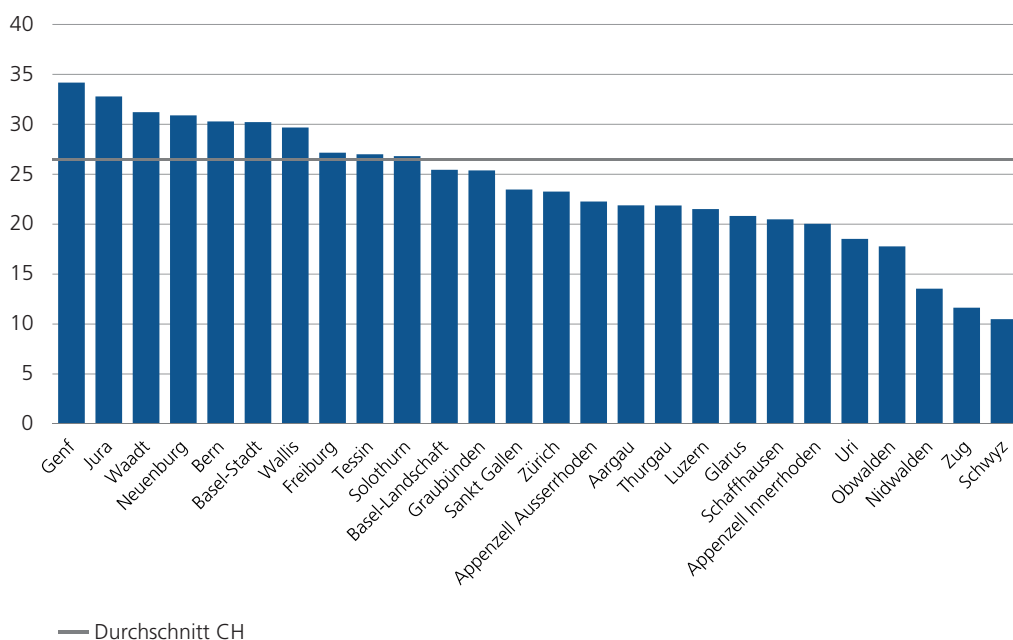
Finanzkennzahlen – Sozialversicherungen

	2010	2011	2012	2013	2014
Nettoverschuldungsquotient	-57.0	-59.5	-67.8	-71.6	-78.8
Selbstfinanzierungsgrad	-	-	-	-	-
Zinsbelastungsanteil	-0.8	-0.7	-0.7	-0.6	-0.7
Bruttoverschuldungsanteil	13.5	10.4	10.4	7.8	6.6
Investitionsanteil	-	-	-	-	-
Kapitaldienstanteil	-0.8	-0.7	-0.7	-0.6	-0.6
Selbstfinanzierungsanteil	-2.4	4.7	6.6	3.6	5.7

Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials nach Kantonen in Prozent

Referenzjahr	2012 (2006–2008)	2013 (2007–2009)	2014 (2008–2010)	2015 (2009–2011)	2016 (2010–2012)	2016 (2010–2012)
Bemessungsjahre	in %	in %	in %	in %	in %	Index
Zürich	22,2 %	23,1 %	23,9 %	24,1 %	23,3 %	91,4
Bern	31,6 %	31,8 %	31,9 %	31,6 %	30,3 %	118,9
Luzern	27,2 %	26,0 %	24,7 %	23,9 %	21,5 %	84,5
Uri	26,6 %	23,9 %	22,1 %	19,8 %	18,5 %	72,8
Schwyz	13,6 %	12,7 %	12,1 %	11,3 %	10,5 %	41,2
Obwalden	20,0 %	19,4 %	19,2 %	18,9 %	17,8 %	69,8
Nidwalden	17,1 %	16,2 %	16,3 %	15,6 %	13,5 %	53,2
Glarus	26,0 %	25,7 %	23,6 %	23,1 %	20,8 %	81,8
Zug	13,6 %	13,7 %	13,5 %	12,5 %	11,6 %	45,7
Freiburg	30,3 %	29,1 %	28,6 %	28,1 %	27,2 %	106,6
Solothurn	28,2 %	28,3 %	27,7 %	27,8 %	26,8 %	105,3
Basel-Stadt	30,2 %	29,0 %	30,7 %	30,7 %	30,2 %	118,7
Basel-Landschaft	26,0 %	25,5 %	25,0 %	25,3 %	25,4 %	99,9
Schaffhausen	22,1 %	21,2 %	20,8 %	20,9 %	20,5 %	80,4
Appenzell Ausserrhoden	25,4 %	24,1 %	23,1 %	23,6 %	22,3 %	87,5
Appenzell Innerrhoden	19,8 %	18,8 %	20,1 %	20,5 %	20,0 %	78,7
St. Gallen	28,6 %	26,8 %	25,6 %	24,8 %	23,5 %	92,2
Graubünden	31,3 %	29,3 %	27,6 %	27,1 %	25,4 %	99,7
Aargau	24,4 %	23,5 %	23,0 %	22,3 %	21,9 %	85,9
Thurgau	25,2 %	24,5 %	23,8 %	23,3 %	21,9 %	85,9
Tessin	25,9 %	25,8 %	26,3 %	27,0 %	27,0 %	106,0
Waadt	30,7 %	31,0 %	31,7 %	31,9 %	31,2 %	122,6
Wallis	30,4 %	29,7 %	29,5 %	30,5 %	29,7 %	116,6
Neuenburg	29,7 %	30,2 %	31,5 %	32,0 %	30,9 %	121,3
Genf	35,4 %	35,9 %	35,5 %	34,9 %	34,2 %	134,2
Jura	33,0 %	33,9 %	34,7 %	34,2 %	32,8 %	128,8
Schweiz	26,8 %	26,6 %	26,7 %	26,4 %	25,5 %	100,0

Abbildung 7: Steuerliche Ausschöpfung 2016 des Ressourcenpotenzials nach Kantonen
in %



An der kantonalen Verteilung hat sich im Vergleich zum letzten Referenzjahr 2015 insgesamt wenig verändert. Vor allem am unteren und oberen Ende der Skala ist die Reihenfolge praktisch gleich geblieben. Schwyz mit 10,5 % schöpft sein Ressourcenpotenzial rund halb so stark aus wie der Durchschnitt aller Kantone. Auch in grösseren Kantonen wie Luzern, Zürich oder Aargau liegt die Steueraus schöpfung unter dem Schweizer Mittel.

Die Betrachtung der Schuldenquoten zeigt ein Bild vergangener Finanzpolitik. Zum Grossteil widerspiegeln die Quoten die Entwicklung der Finanzierungsergebnisse der öffentlichen Haushalte sowie der regionalen Wirtschaftsleistungen. Doch wie haben sich die Schuldenquoten der Regionen und Kantone der Schweiz entwickelt und wie gross sind diese?

Die Bruttoschulden¹ des Staatsektors der Schweiz ergeben sich aus den Schulden des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der öffentlichen Sozialversicherungen. Die Schulden der Sozialversicherungen werden massgeblich durch die Arbeitslosenversicherung (ALV) bestimmt. Da die ALV hauptsächlich beim Bund verschuldet ist, werden die Schulden der Sozialversicherungen im Rahmen der Konsolidierung zum Sektor Staat grösstenteils eliminiert. Deshalb lassen sich die Schulden des Staats näherungsweise als Summe der Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden darstellen.

31 Schuldenabbau dank Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln

Dank der guten Wirtschaftslage von Mitte 2003 bis Mitte 2008 und der Einführung der Schuldenbremse beim Bund und dank den Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden hat ab dem Jahr 2003 der Trend zum Schuldenabbau begonnen.

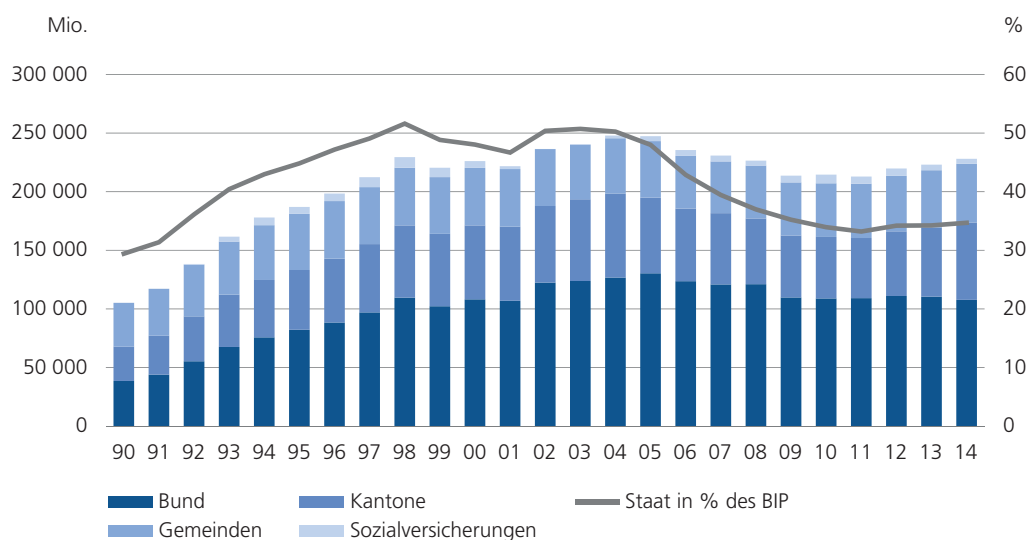
Die Abbildung «Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell» zeigt, dass die Dynamik der gesamten Staatsschulden stark durch diejenige der Bundesschulden geprägt ist. In den 1990er-Jahren erhöhte sich die Bruttoschuldenquote für den Staatssektor der Schweiz auf 50,7 % des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP). Die Wende zum Schuldenabbau setzte mit der verbesserten Wirtschaftslage von Mitte 2003 bis Mitte 2008 und dem darauf basierenden Einnahmenwachstum ein. Wichtig war aber auch die vermehrte Haushaltsdisziplin auf den Staatsebenen. Insbesondere die Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie die Einhaltung von kantonalen Fiskalregeln trugen wesentlich zur Entschuldung bei. So ist es neben dem Bund auch den Kantonen und Gemeinden gelungen, ihre Schulden zu reduzieren. Die Reduktion der Schuldenquote des Staatssektors kam 2011 zum Stillstand. Sie war mit 33,2 % nur noch 3,8 Prozentpunkte höher als 1990.

Den Trend zum Schuldenabbau haben insbesondere die revidierten Gesetzesbestimmungen zur Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften² gebremst. So haben die Rekapitalisierungen von Pensionskassen nicht nur die jüngsten Rechnungsergebnisse, sondern auch die Schulden (allen voran die langfristigen Finanzverbindlichkeiten) der Kantone und Gemeinden beeinflusst. 2014 stieg die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte trotz rückläufigen Schulden bei den Teilsektoren «Bund» und «öffentliche Sozialversicherungen» leicht auf 34,7 % des BIP an. In den nächsten Jahren dürfte die Schuldenquote angesichts einer eher verhaltenen konjunkturellen Dynamik stabil bleiben.

¹ Die Bruttoschulden setzen sich zusammen aus den laufenden Verbindlichkeiten sowie den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten des nationalen FS-Modells. Nicht dazu zählen die in diesen Positionen enthaltenen derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge. Die Bruttoschulden sind zu Nennwerten bewertet, was ebenfalls den Kriterien des Maastricht-Vertrags entspricht.

² Diese sind seit 1. Januar 2012 in Kraft. Mit dem Ziel, die finanzielle Sicherheit der Vorsorgeeinrichtungen zu gewährleisten, verlangen sie u. a. die Erreichung eines differenzierten Zieldeckungsgrades von 80% binnen 40 Jahren und die Herauslösung der Pensionskassen aus der öffentlichen Verwaltungsstruktur.

Abbildung 8: Entwicklung der Bruttoschulden im FS-Modell



Die Budgetdisziplin der öffentlichen Haushalte hat sich gegenüber den 1990er Jahren deutlich verbessert. Die Schuldenquote 2014 liegt mit 34,7 % des Bruttoinlandprodukts zwar um 5,3 Prozentpunkte über dem Niveau von 1990, aber deutlich unter der Maastricht-Schuldengrenze von 60 %.

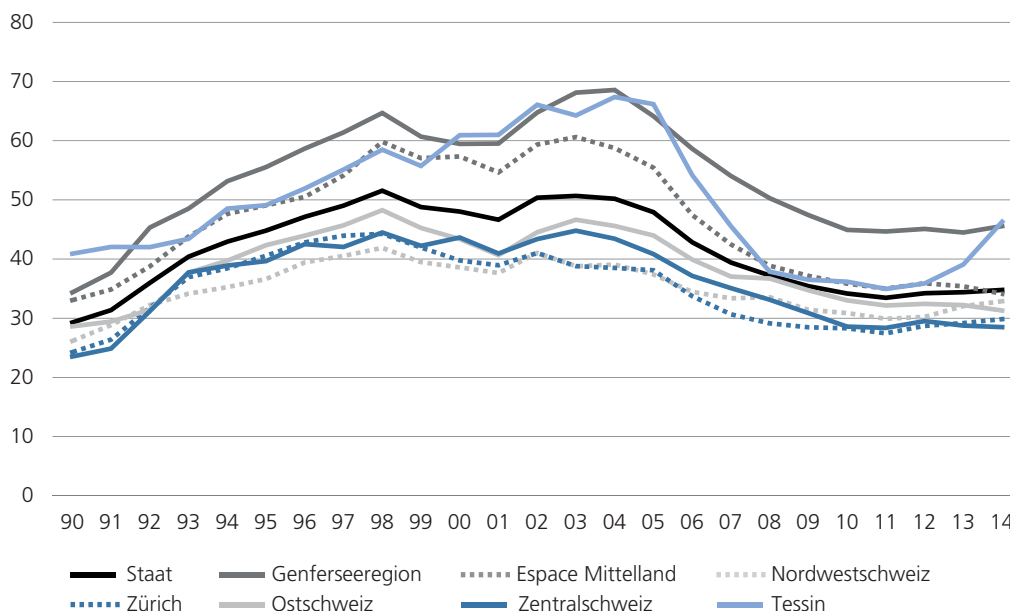
32 Deutliches Gefälle innerhalb der Schweiz

In den letzten 20 Jahren trugen die Einwohner der *Westschweizer* Kantone – allen voran Genf – die grösste Schuldenlast. Wird der Verlauf der Schuldenquote der Kantone betrachtet, so zeigt sich, dass jene in der *Genferseeregion* auf einem höheren Niveau liegen als jene im *Mittelland*. In der *Ostschweiz* liegen sie nochmals erheblich tiefer.

Für die Beurteilung der regionalen Schuldenentwicklung und der Gesamtverschuldung der Bürger eines Kantons wurden die Anteile an der Bundesschuld gemäss Einwohnerzahl berechnet und diese den Bruttoschulden der Kantone (inkl. Gemeinden) hinzugefügt. Den kantonalen und regionalen Schuldenquoten liegen die BIP-Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zugrunde.³ Die Abbildung «Gesamtverschuldung nach Regionen» zeigt die Entwicklung der Schuldenquoten nach den sieben Grossregionen der Schweiz. Ersichtlich sind sowohl ein West-Ost- als auch ein Nord-Süd-Gefälle. So bewegen sich die Schuldenquoten der Kantone in der *Genferseeregion* auf einem höheren Niveau als jene im *Mittelland*; die Quoten in der *Ostschweiz* liegen nochmals deutlich unter denjenigen des *Mittellandes*. Ein ähnliches Bild abfallender Schuldenquoten zeigt sich

von Süden nach Norden. In allen Regionen sind die Schuldenquoten seit 2004 bis 2011 rückläufig. Ein Grossteil des Rückgangs ist auf die Einführung der Schuldenbremse beim Bund und die gute Wirtschaftslage (2003 bis 2008) mit den damit verbundenen Überschüssen zurückzuführen. Allerdings gehen auch die Anstiege der regionalen Schuldenquoten in den 1990er-Jahren hauptsächlich auf die Zunahmen der Bundesschuld zurück. Die für die Staaten der Eurozone im Rahmen des Stabilitätspaktes von Maastricht festgelegte Schuldenobergrenze von 60 % des nominalen BIP wurde um die Jahrtausendwende von sieben Kantonen überschritten. In der betrachteten Zeit waren die Schuldenquoten der Kantone *Genf*, *Wallis*, *Neuenburg* und *Jura* am höchsten, jene der Kantone *Zug*, *Appenzell Innerrhod.*, *Schwyz* und *Nidwalden* am tiefsten.

Abbildung 9: Gesamtverschuldung nach Regionen in % des BIP



In den Jahren 2004 bis 2011 sind die Schuldenquoten aller Regionen rückläufig. Die erhöhte Schuldenquote 2014 der Region Tessin ist primär auf das Restatement der Kantonsbilanz im Zusammenhang mit dem Wechsel auf das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) zurückzuführen.

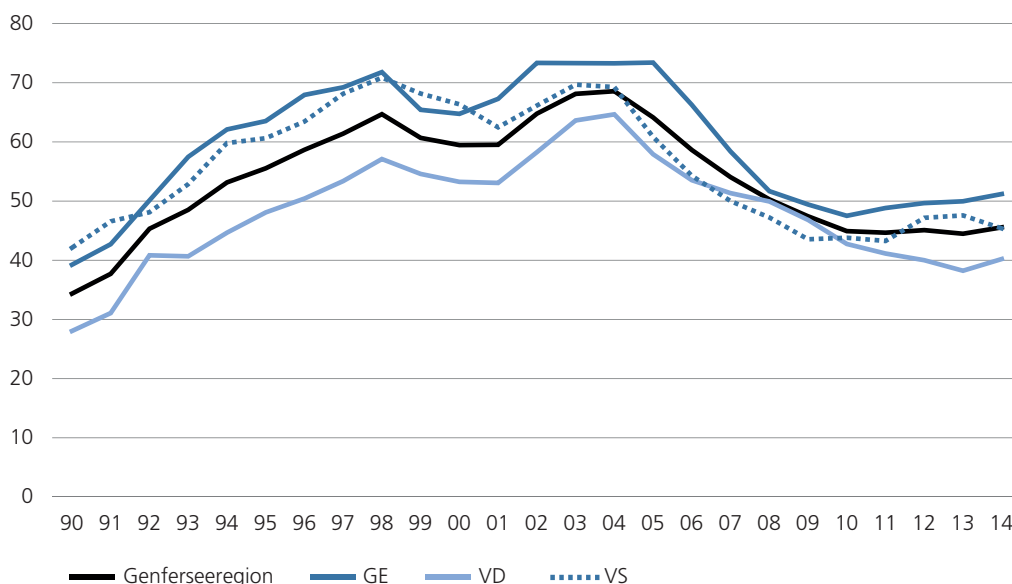
³ Die Daten zu den kantonalen BIP existieren für die Jahre 2008 bis 2013. Dem Jahr 2014 wurde die vereinfachte Annahme unterstellt, dass die kantonalen Wirtschaftsleistungen im Schweizer Durchschnitt gewachsen sind. Die Rückrechnung bis 1990 erfolgt auf Basis der kantonalen Netto-Volkseinkommen zu Faktorkosten (BFS).

321 Genferseeregion

Wird der Fokus auf die *Genferseeregion* gerichtet (siehe Abbildung «Schulden der Genferseeregion in % des BIP»), verfügen die Kantone *Genf*, *Waadt* und *Wallis* bis zum Jahr 2009 über ähnlich verlaufende Schuldenquoten. Im Kanton *Genf* verbesserten die höheren Fiskaleinnahmen bei gleichbleibenden Steuerfüssen⁴ sowie die geringeren Investitionsausgaben die Finanzierungsergebnisse und liessen die Schuldenquote ab 1998 sinken. Im Zuge der Wirtschaftsbaisse als Folge des Platzens der Dotcom-Blase begann die Schuldenquote ab 2001 wieder zuzunehmen. Die *Genfer* Schulden (inkl. Anteil an den Bundesschulden) erreichten 2006 einen Spitzenwert von 25,4 Milliarden Franken. Die Schuldenquote lag 2005 mit 73,4 % am höchsten.

Sie ging bis 2010 auf 47,5 % des nominalen BIP zurück und erhöhte sich seither wieder auf 51,2 % im Jahr 2014. Im Gegensatz zu den Kantonen *Genf* und *Waadt* erfuhr die *Walliser* Schuldenquote schon im Jahr 1998 ihren Höchststand. Den Turnaround schaffte der Kanton ab 2003 aufgrund von sukzessiv besseren Finanzierungssaldi sowie tieferen Bundesschulden. Trotz Finanzkrise und rezessivem Umfeld erfuhr die *Walliser* Wirtschaft 2009 einen nominalen BIP-Anstieg um 2,5 %. Damit erreichte die kantonale Schuldenquote ihren drittniedrigsten Stand von 43,5 % des nominalen BIP. Einzig in den Jahren 1990 und 2011 war die Quote tiefer. Ende 2014 ist die *Walliser* Schuldenquote mit 45,4 % bedingt durch einen Schuldenanstieg in der Kantonsrechnung wieder höher.

Abbildung 10: Schulden der Genferseeregion in % des BIP



Die Schuldenquote der *Waadt* liegt im betrachteten Zeitraum stets unterhalb jener der *Genferseeregion*. In den Jahren der Finanzkrise ab 2007 bis 2010 ist die Differenz jedoch minimal.

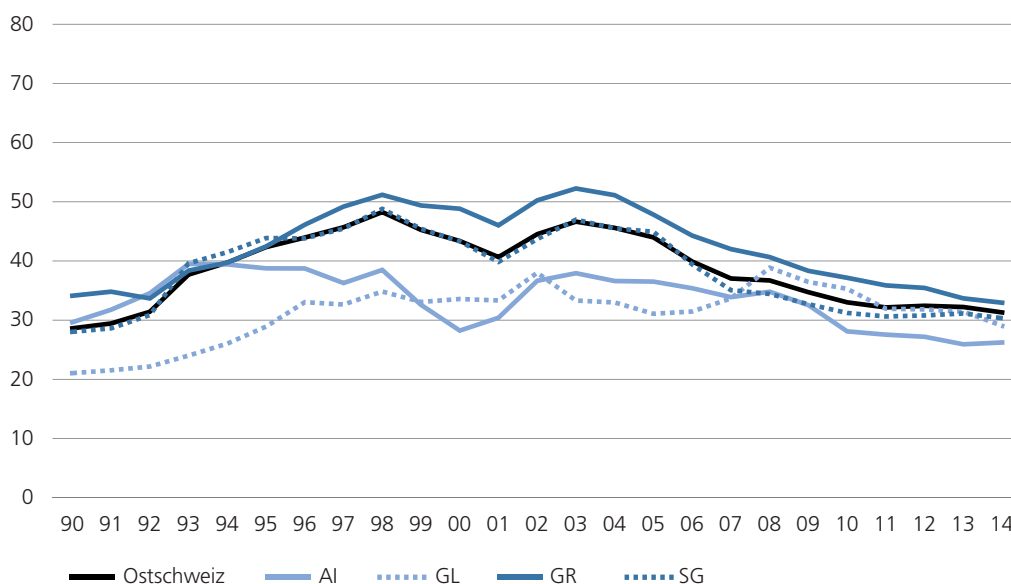
⁴ Die in diesem Kapitel angegebenen Steuerfüsse stammen von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) und beziehen sich auf die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen bei Kantonen und Kantonshauptorten.

322 Ostschweiz

In der *Ostschweiz* bewegen sich die Schuldenquoten der Kantone (Abbildung «Schulden der Region Ostschweiz in %» zeigt einige ausgewählte Kantone) zwischen 20 % und 50 % des BIP. Bis zum Ausbruch der Banken- und Finanzkrise im Herbst 2008 verfügte der Kanton *Glarus* über die niedrigste Schuldenquote. Einzig in den Jahren 1999 bis 2002 fiel die Quote von *Appenzell Innerrhoden* dank eines starken BIP-Wachstums zwischenzeitlich darunter. Die *Glarner* Schuldenquote erreichte im Jahr 2008 ihren Höchststand; der Schuldenstand indes war im Jahr 2004 am höchsten. Die Umgliederung von Fremd- in Eigenkapital im Zusammenhang mit der Umstellung auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sowie die *Glarner* Gemeindereform führten 2011 zu einem grossen Schuldenrückgang. Dabei sank die Schuldenquote um 3,4 Prozentpunkte. Ein Jahr zuvor, hatte der Kanton *Appenzell Innerrhoden* hinter den Kantonen *Zug*, *Nidwalden* und *Schaffhausen* das vierkräftigste Wirtschaftswachstum der Schweiz zu verzeichnen. Infolgedessen konnte der Kanton mitsamt seinen Kommunen im Jahr 2010 deutlich höhere Einnahmen aus den direkten Steuern natürlicher und juristischer Personen schreiben. Zusätzlich stiegen die Fiskaleinnahmen aufgrund von höheren Einnahmen

aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer, was einen weiteren Schuldenabbau ermöglichte. Der Steuerfuss im Kanton lag dabei unverändert bei 85 %; jener des Kantonshauptortes wurde um 5 Prozentpunkte auf 97 % erhöht. Seither bewegt sich die Schuldenquote des Kantons *Appenzell Innerrhoden*, der als einziger Kanton keine Fiskalregel hat, wieder am untersten Skalenende der *Ostschweizer* Kantone. Am oberen Ende befindet sich dagegen die Quote des Kantons *Graubünden*. Seit 2009 bewegt sie sich unterhalb von 40 % des kantonalen BIP. Quasi im Gleichklang mit der Region *Ostschweiz* entwickelte sich die Schuldenquote des Kantons *Sankt Gallen*. Dies erstaunt nicht, da *Sankt Gallen* im Mittel des betrachteten Zeitraums mit 43 % zur Wirtschaftsleistung der *Ostschweiz* beiträgt. In den Jahren 1993 bis 1995 lag die *Sankt Galler* Quote leicht über derjenigen der *Ostschweiz*, 2007 bis 2009 teils mit rund 2 Prozentpunkte darunter. Die Einhaltung der Schuldenbremse gelang dem Kanton seit 2010 nur wegen hohen Bezügen aus dem freien Eigenkapital. Angesichts der Haushaltsdefizite wurde 2012 eine Erhöhung des kantonalen Steuerfusses von 95 % auf 105 % notwendig. Der Steuerfuss des Kantonshauptortes blieb dagegen unverändert bei 144 %. Ende 2014 beträgt die *Sankt Galler* Schuldenquote 30,3 % des nominalen BIP und erreicht damit im betrachteten Zeitraum ihren dritt-tiefsten Stand, einzig in den Jahren 1990 und 1991 war sie tiefer.

Abbildung 11: Schulden der Region Ostschweiz in % des BIP



Quasi im Gleichklang verlaufen die Schuldenquoten der Ostschweiz und des Kantons Sankt Gallen. Dies erstaunt nicht, da Sankt Gallen im Mittel des betrachteten Zeitraums mit 43 % zur Wirtschaftsleistung der Ostschweiz beiträgt.

Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit übernimmt die Finanzstatistik die Richtlinien gemäss dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die nachfolgenden Kapitel kommentieren die finanzstatistischen Ausweise zum Gesamtstaat und seinen Teilsektoren gemäss diesem GFS-Modell. Dabei ist zu beachten,

dass weder für den Staat noch für die Gemeinden Daten zur Vermögensrechnung vor 2008 publiziert werden. Dies weil früher die Gemeindebilanzen im zugrundeliegenden FS-Modell eine untergeordnete Rolle gespielt haben und deshalb von der Finanzstatistik nur unvollständig erhoben wurden.

41 Staat

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die finanzielle Lage des Sektors Staat erneut verschlechtert. Sowohl in der Erfolgs- als auch in der Finanzierungsrechnung 2014 resultiert ein grösserer Verlust. Bedingt durch ein nominales Wirtschaftswachstum von 1,4 % verändert sich die Defizit-/Überschussquote jedoch nicht, sie verbleibt mit -0,2 % weiterhin negativ. Dank leicht wachsenden Steuererträgen verändert sich die Fiskalquote entsprechend auch moderat, sie beträgt im Jahr 2014 27,0 %.

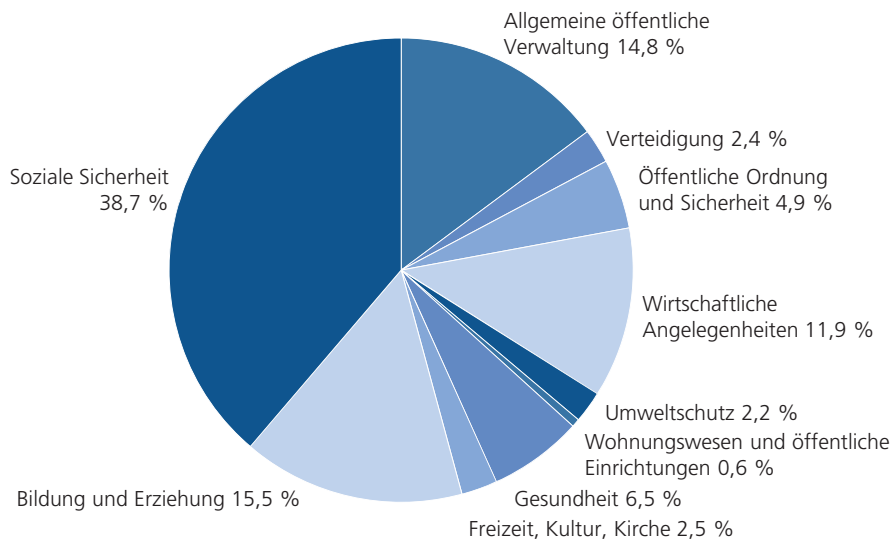
Die *Erfolgsrechnung* 2014 des Sektors Staat schliesst mit einem Defizit von 236 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr wächst der Ertrag mit 1,3 % leicht weniger stark als das nominale Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Steuern, die wichtigste Ertragskomponente, legen im Vergleich dazu überdurchschnittlich zu (+1,8 %). Der Steuerzuwachs 2014 setzt sich aus folgenden Anteilen zusammen: Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern (63,8 %), Vermögenssteuern (25,9 %), Steuern auf Waren und Dienstleistungen (6,5 %), übrige Abgaben und Steuern (3,4 %) sowie Zölle und andere Abgaben auf internationale Transaktionen (0,4 %).

Die Erhöhung des Aufwands (+2,8 Mrd.) ist insbesondere auf die wachsenden Sozialleistungen (+1,3 Mrd.) und den übrigen Aufwand (+785 Mio.) zurückzuführen. Grund für den Anstieg 2014 beim übrigen Aufwand sind die kräftig wachsenden Prämien, Gebühren und Ansprüche aus Nichtlebensversicherungs- und Standardgarantie-Systemen (+36,4 %). Rückläufig sind dagegen die öffentlichen Transfers und der Zinsaufwand. Das tiefe Zinsniveau und günstige Refinanzierungen haben bei den öffentlichen Haushalten im Jahr 2014 erneut tiefere Passivzinsen generiert. Gegenüber 2013 sinkt der Zinsaufwand um stattliche 6,6 %. Und die öffentlichen Transfers gehen wegen verminderter Zahlungen an das Ausland um 6,2 % zurück.

Die Betrachtung nach den Aufgabengebieten zeigt, dass der Staat den grössten Teil seiner *Ausgaben* für die «Soziale Sicherheit» tätigt. Im Jahr 2014 verfügt dieser Bereich über einen Anteil von 38,7 % an den Gesamtausgaben und verzeichnet gegenüber 2013 ein Plus um 2,1 %. Die Gründe für die Mehrausgaben von 1,6 Milliarden für die «Soziale Sicherheit» finden sich zu einem grossen Teil in der gestiegenen Zahl an Rentenbezüglern der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Nebst den erhöhten Ausgaben für die Funktionsgruppe «Sozialhilfe und Asylwesen» (+5,5 %), verzeichnen die öffentlichen Haushalte Mehrausgaben zugunsten der «Familie und Jugend» (+8,0 %). Der Ausgabenanstieg bei der erstgenannten Gruppe ist hauptsächlich durch die erhöhten Mi grantenzahlen und die wachsende Zahl an Sozialhilfebezüglern begründet. Besonders ins Auge sticht ferner der starke Rückgang (-7,0 %) im Bereich «Verteidigung». Der Rückgang lässt sich zum einen durch die im Jahr 2013 getätigte Einmaleinlage des Bundes in seine Pensionskasse (PUBLICA) zur Neugestaltung einer Versicherungslösung für das Berufsmilitär und zum anderen durch Einsparungen im Zusammenhang mit der abgelehnten Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen erklären. Prozentual gesehen wächst das Aufgabengebiet «Freizeit, Kultur, Kirche» (+3,1 %) am kräftigsten. Mehrausgaben fallen dabei bei den Kantonen und Gemeinden an.

Abbildung 12: Ausgaben nach Funktionen – Staat, 2014

Total Ausgaben: CHF 211 605 390 478



*Gegenüber 2013 steigen die Ausgaben für das Aufgaben-
gebiet «Soziale Sicherheit» um
1,6 Milliarden. Wachstumstrei-
bend wirken dabei die steigenden
Bestände an AHV-Rentnern und
Sozialhilfebezügern.*

Ende 2014 steigt das *Vermögen* aufgrund von aufgestockten und aufgewerteten *Vermögensgütern* sowie zusätzlichen *Forderungen* um rund 59 Milliarden. Die Zunahme bei den Vermögensgütern (+14 Mrd.; +7,3%) geht primär auf die Rubrik Hoch- und Tiefbauten zurück, die massiv (+9,4 Mrd.) höher ist als im Vorjahr. Dies rührt daher, dass im Jahr 2014 erneut wie in den Vorjahren Kantone und vor allem auch Gemeinden im Zuge ihrer Rechnungslegungsanpassung auf das HRM2 Neubewertungen ihrer Vermögensgüter

vorgenommen haben. Die Forderungen, die sich gegenüber dem Vorjahreswert um 45 Milliarden erhöht haben, verteilen sich Ende 2014 zu 92,0% auf das Inland und zu 8,0% auf das Ausland. Im Vorjahresvergleich haben sich die Anteile somit kaum verändert (-0,2 Prozentpunkte zu Lasten des Inlandes). Ende 2014 stehen den Forderungen von 291,4 Milliarden *Verbindlichkeiten* von 296,5 Milliarden gegenüber. Die Verbindlichkeiten notieren aufgrund wachsender Schuldtitel eine Steigerung um 9,8 Milliarden.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sektor Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Ertrag	196 703 649	204 312 540	203 378 752	207 833 821	210 448 092
Steuern	122 151 580	126 166 502	125 264 200	128 142 544	130 434 610
Sozialabgaben	38 754 357	41 358 151	42 375 363	43 011 239	43 515 334
Öffentliche Transfers	170 466	190 983	216 191	244 256	258 161
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	35 627 246	36 596 904	35 522 998	36 435 783	36 239 987
Aufwand	192 906 968	199 699 910	202 939 472	207 843 921	210 683 737
Arbeitsentgelte	44 683 136	45 818 665	46 911 293	48 002 878	48 558 347
Verwendung von Waren und Diensten	21 403 441	21 715 845	22 329 523	23 666 994	23 906 879
Wertverzehr von Vermögensgütern	16 627 830	17 388 086	17 861 791	18 307 551	18 733 514
Zinsaufwand	5 174 890	4 801 364	4 508 495	3 973 375	3 709 569
Subventionen	16 804 552	17 820 456	19 141 260	19 206 067	19 219 450
Öffentliche Transfers	3 071 624	3 368 537	3 516 899	4 021 161	3 770 641
Sozialleistungen	67 226 717	67 636 595	69 313 315	71 431 619	72 766 415
Übriger Aufwand	17 914 779	21 150 362	19 356 895	19 234 276	20 018 920
Erfolg	3 796 680	4 612 630	439 280	- 10 100	- 235 644
Nettozugang an Vermögensgütern	1 850 803	1 754 045	486 142	943 379	921 654
Erwerb: Vermögensgüter	19 430 418	20 112 928	20 057 320	20 306 927	20 379 219
Veräusserung: Vermögensgüter	951 785	970 796	1 709 387	1 055 996	724 052
Wertverzehr: Vermögensgüter	16 627 830	17 388 086	17 861 791	18 307 551	18 733 514
Finanzierungssaldo	1 945 877	2 858 584	- 46 861	- 953 479	-1 157 298

Vermögensrechnung – Sektor Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Vermögensgüter	177 308 375	180 677 395	186 733 591	192 021 996	205 994 972
Forderungen	217 530 483	229 467 998	251 080 091	246 754 211	291 415 602
Verbindlichkeiten	271 338 575	277 767 225	284 991 940	286 749 309	296 508 078
Reinvermögen	123 500 283	132 378 168	152 821 743	152 026 898	200 902 496

Ausgaben nach Funktionen – Sektor Staat

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	194 757 771	201 453 956	203 425 613	208 787 300	211 605 390
Allgemeine öffentliche Verwaltung	28 475 001	32 030 082	30 934 427	30 436 799	31 373 072
Verteidigung	4 981 408	5 054 596	5 001 474	5 455 793	5 072 147
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	9 133 340	9 626 100	9 698 884	10 178 440	10 296 695
Wirtschaftliche Angelegenheiten	24 710 656	24 922 741	24 279 010	25 277 443	25 090 100
Umweltschutz	4 620 639	4 645 901	4 713 153	4 818 621	4 669 086
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	1 203 682	1 185 268	1 210 787	1 224 697	1 224 252
Gesundheit	11 318 723	11 981 756	13 012 192	13 640 185	13 820 195
Freizeit, Kultur, Kirche	4 938 926	5 040 932	5 093 202	5 130 711	5 291 820
Bildung und Erziehung	29 984 230	30 822 402	31 468 999	32 317 136	32 810 628
Soziale Sicherheit	75 391 165	76 144 177	78 013 486	80 307 474	81 957 397

42 Bund

Der Bund schliesst im Jahr 2014 seine Finanzierungsrechnung mit einer schwarzen Null, was die Defizit-/Überschussquote im Vergleich zum Vorjahr unverändert belässt. Die Fiskalquote ihrerseits verzeichnet einen leichten Rückgang um 0,1 Prozentpunkte.

Der Bund beendet das Rechnungsjahr 2014 mit einem Finanzierungssaldo von rund 7 Millionen. Er kehrt damit nach einem defizitären Jahr 2013 zu einer ausgewogenen Finanzierungsrechnung zurück. Die Erfolgsrechnung bleibt weiterhin im grünen Bereich. Der Erfolg nimmt bedingt durch eine im Vergleich zum Aufwand kräftigere Ertragsminderung auf 536 Millionen ab. Die Ertragseinbusse um 0,3 % ergibt sich aus den rückläufigen sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen. Die sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen (-596 Mio.) ihrerseits sind wegen dem schlechten Geschäftsgang der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Jahr 2013 und der folglich im Jahr 2014 erstmals ausgebliebenen Gewinnausschüttung an den Bund (und die Kantone) massiv zurückgegangen. Die Steuern, die wichtigste Ertragskomponente, belaufen sich im Jahr 2014 auf 61,1 Milliarden und setzen sich aus folgenden Anteilen zusammen: Steuern auf Güter und Dienstleistungen (59,5 %), Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern (38,7 %) sowie Zölle und andere Abgaben auf internationale Transaktionen (1,7 %).

Die *Ausgaben* 2014 beziffern sich insgesamt auf 67,1 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahr gehen sie um 0,4 % zurück. Werden die Anteile an den Gesamtausgaben berechnet, zeigt sich folgendes Bild: Das Aufgabengebiet «Allgemeine öffentliche Verwaltung» ist mit einem Anteil von 29,9 % nach der «sozialen Sicherheit» (32,1 %) der zweitgrösste Ausgabeposten. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Bund für die «soziale Sicherheit» Mehrausgaben von 2,2 % getätigt. Diese kommen hauptsächlich der Alters- und Hinterlassenversicherung aufgrund der erhöhten Anzahl an Rentenbezüglern zugute. Die Ausgaben für die «Allgemeine öffentliche Verwaltung» ihrerseits verharren mit 20 Milliarden auf dem Vorjahresniveau. Die stärkste nominale Einbusse (-370 Mio.) registriert dagegen das Aufgabengebiet «Verteidigung». Der Rückgang lässt sich zu einem Teil durch eine im Jahr 2013 durchgeführte einmalige Zahlung von Vorsorgebeiträgen für das Berufsmilitär im Umfang von gut 150 Millionen erklären. Zusätzlich weist der Bund verminderte Ausgaben für Rüstungsmaterial (-142 Mio.) aus, die im Zusammenhang mit der Ablehnung der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen stehen.

Die grösste Abnahme an Bundesausgaben in Prozenten notiert der Gesundheitsbereich. Der Abbau um 24,1 % resultiert hauptsächlich aus verminderten Pflichtbeiträgen an internationale

Organisationen im Rahmen des EU-Forschungsprogramms. Die Höhe des jährlichen Beitrags, den die Schweiz der EU bezahlt, berechnet sich auf Basis des Bruttoinlandprodukts (BIP) der Schweiz und der EU-Mitgliedstaaten. Verminderte Gesundheitsausgaben ergeben sich zusätzlich durch Minderbeiträge für Gesundheitsförderung und Prävention in der Funktionsgruppe öffentliche Gesundheit.

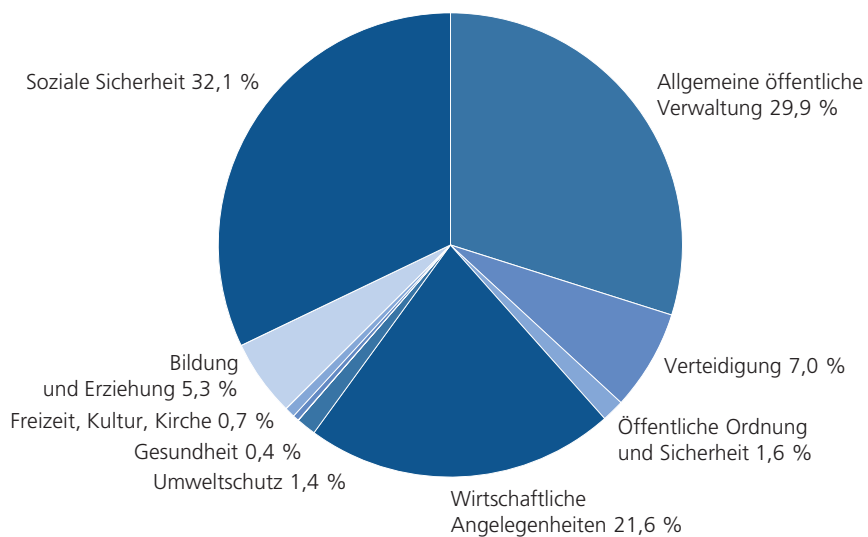
Infolge von Marktwertanpassungen verschiedener Forderungen verbessert sich das *Reinvermögen* des Bundes auf 41,7 Milliarden. Die *Verbindlichkeiten* von 145,7 Milliarden entfallen zu 85,4 % auf Geldgeber im Inland und zu 14,6 % auf solche im Ausland. Gegenüber dem Jahr 2013 erhöhen sich die gesamten *Verbindlichkeiten* um 3,9 Milliarden bzw. 2,8 %. Die Zunahme kommt grösstenteils durch Marktwertanpassungen bei den Eidg. Anleihen zustande. Die Schuldtitel, die im Jahr 2014 71,5 % der Verbindlichkeiten ausmachen, erhöhen sich damit um 2,9 Milliarden. Auch die zweitgrösste Komponente des Fremdkapitals, die sonstigen Verbindlichkeiten, trägt mit einem Anstieg um rund 650 Millionen zum Zuwachs der Verbindlichkeiten bei.

Das *Vermögen* des Bundes, bestehend aus *Vermögensgütern* und *Forderungen*, nimmt im Jahr 2014 um 7,9 % zu. Der kräftige Anstieg ergibt sich hauptsächlich bei den Forderungen. Die Forderungen belaufen sich im Jahr 2014 auf 99,8 Milliarden, davon entfallen 97,9 % auf das Inland. Insgesamt hält der Bund Kredite sowie Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds im Umfang von 19,3 bzw. 62 Milliarden. Der Gesamtbestand des Bundes an Bargeld und Einlagen im In- und Ausland sinkt ferner um rund 1,8 Milliarden. Die Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds dagegen legen deutlich um 15 Milliarden zu. Der grosse Anstieg bei den Anteilsrechten rührt im Wesentlichen daher, dass sich allein der Bundesanteil am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB) deutlich (um rund 12,8 Mrd.) erhöht hat. Die Ansprüche des Staats am Eigenkapital der SNB werden anteilmässig zwischen Bund (zu 1/3) und Kantonen (zu 2/3) aufgeteilt.

Ferner verzeichnen die Kredite auf der Vermögensseite eine Zunahme um rund 462 Millionen, dies trotz einer Darlehensrückzahlung der Arbeitslosenversicherung von 0,9 Milliarden.

Abbildung 13: Ausgaben nach Funktionen – Bund, 2014

Total Ausgaben: CHF 67 075 204 136



Im Jahr 2014 sinken die Bundesausgaben, allen voran in den Bereichen «Verteidigung» (abgelehnte Beschaffung neuer Kampffjets), «Gesundheit» sowie «Bildung und Erziehung» (reduzierte Teilnahme am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020).

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Ertrag	65 512 461	67 862 393	65 402 328	67 312 415	67 082 399
Steuern	58 787 766	61 085 204	59 221 072	60 762 568	61 127 106
Sozialabgaben	60 234	70 833	70 708	69 021	59 923
Öffentliche Transfers	110 453	129 424	137 895	147 513	157 898
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	6 554 008	6 576 932	5 972 653	6 333 313	5 737 472
Aufwand	61 670 539	65 164 680	64 729 300	66 574 206	66 545 923
Arbeitsentgelte	6 588 230	6 692 862	6 885 832	7 355 216	7 333 498
Verwendung von Waren und Diensten	5 379 459	5 446 193	5 644 670	6 276 430	5 978 268
Wertverzehr von Vermögensgütern	4 830 884	5 045 797	5 146 634	5 205 353	5 301 246
Zinsaufwand	2 826 792	2 597 804	2 430 101	2 103 811	1 972 445
Subventionen	2 574 395	2 707 096	2 826 007	2 638 973	2 730 169
Öffentliche Transfers	34 250 644	37 008 288	37 287 663	38 166 840	38 406 719
Sozialleistungen	362 952	377 700	365 286	355 468	335 925
Übriger Aufwand	4 857 183	5 288 939	4 143 108	4 472 115	4 487 654
Erfolg	3 841 922	2 697 712	673 028	738 209	536 476
Nettozugang an Vermögensgütern	875 008	1 201 743	99 164	801 975	529 281
Erwerb: Vermögensgüter	5 860 331	6 302 079	6 038 600	6 149 388	5 911 780
Veräusserung: Vermögensgüter	154 439	54 539	792 803	142 060	81 253
Wertverzehr: Vermögensgüter	4 830 884	5 045 797	5 146 634	5 205 353	5 301 246
Finanzierungssaldo	2 966 915	1 495 970	573 864	- 63 766	7 195

Vermögensrechnung – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Vermögensgüter	86 032 131	86 751 184	87 073 971	87 385 874	87 528 639
Forderungen	78 183 148	79 895 645	87 226 047	86 250 505	99 805 715
Verbindlichkeiten	140 942 457	143 527 598	145 526 476	141 735 492	145 651 027
Reinvermögen	23 272 823	23 119 231	28 773 542	31 900 887	41 683 328

Ausgaben nach Funktionen – Bund

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	62 545 546	66 366 423	64 828 464	67 376 181	67 075 204
Allgemeine öffentliche Verwaltung	19 441 127	20 472 577	19 474 897	20 058 345	20 041 252
Verteidigung	4 610 928	4 681 065	4 606 479	5 057 195	4 687 408
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	912 002	962 816	965 296	1 067 480	1 053 194
Wirtschaftliche Angelegenheiten	14 259 194	14 445 832	13 731 260	14 498 146	14 466 868
Umweltschutz	849 987	843 161	945 825	972 425	914 642
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	13 837	14 306	15 627	15 104	14 914
Gesundheit	370 743	355 073	353 624	378 671	287 224
Freizeit, Kultur, Kirche	402 397	420 742	460 416	471 370	478 618
Bildung und Erziehung	3 129 080	3 452 259	3 475 450	3 784 117	3 588 312
Soziale Sicherheit	18 556 251	20 718 591	20 799 591	21 073 328	21 542 771

43 Kantone

Die Sanierungsmassnahmen zur Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskassen belasten den Finanzierungssaldo der Kantone weiterhin. Zum vierten Mal in Folge schliesst der Teilssektor «Kantone» die Finanzierungsrechnung im Minus. Die Defizit-/Überschussquote verschlechtert sich 2014 leicht auf -0,4 % des BIP.

In der *Erfolgsrechnung* 2014 ergibt sich für die Kantone ein Verlust von 2,9 Milliarden. Der *Finanzierungssaldo* fällt mit einem Defizit von 2,4 Milliarden wegen Desinvestitionen in der Anlagerechnung (-537 Mio.) geringer aus. Insgesamt wächst der *Aufwand* um 2,8 % auf rund 88,4 Milliarden. Dabei fallen primär Zunahmen bei der Verwendung von Waren und Diensten (+7,6 %) und beim übrigen Aufwand (+8,4 %) auf. Der Anstieg beim übrigen Aufwand um 880 Millionen geht hauptsächlich auf Ausfinanzierungen kantonalen Pensionskassen zurück. *Ertragsseitig* nehmen die Steuern um 2,9 % auf 42,8 Milliarden zu. Die Zunahme um 1,2 Milliarden fällt dabei substantiell (55,7 % des Anstiegs) bei den Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern an.

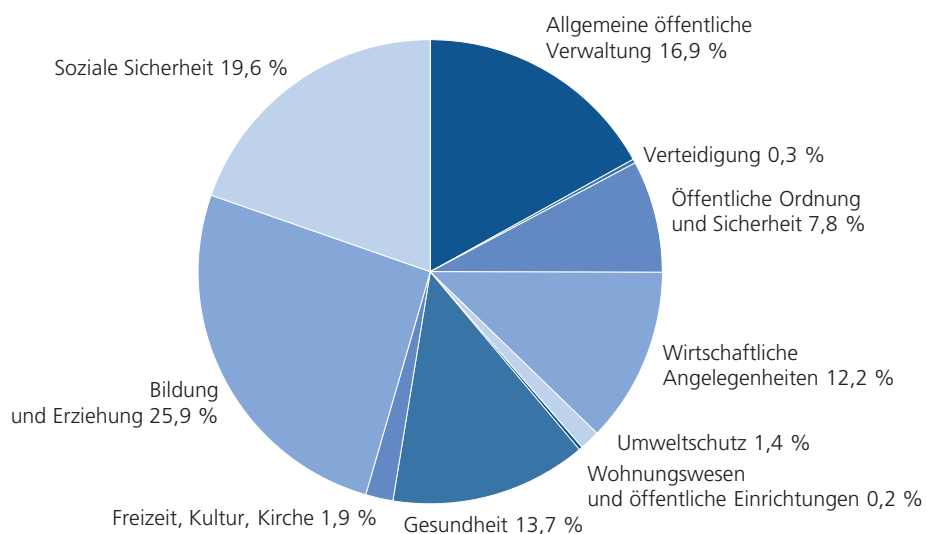
Auf kantonomer Stufe gibt es in der Ausgabenpolitik keine Verschiebung der Schwerpunkte. Der anteilmässig grösste Bereich «Bildung und Erziehung», der im Jahr 2014 25,9 % der gesamten *Ausgaben* ausmacht, wächst um 2,0 %. Der Anstieg findet vorwiegend zugunsten der «Tertiärstufe» statt. Das nächstgrösste Aufgabengebiet, die «soziale Sicherheit» mit einem Anteil von 19,6 % an den Gesamtausgaben, legt um 2,9 % zu. Der Zuwachs in der Grössenordnung von 483 Millionen setzt sich gewichtig aus Mehrausgaben zugunsten der Rubriken «Sozialhilfe und Asylwesen» (+397 Mio.) und «Familie und Jugend» (+123 Mio.) sowie aus Minderausgaben zu Lasten der Rubrik «Alter» (-93 Mio.) zusammen. Den grössten nominalen Zuwachs um 1,1 Milliarden weist hingegen der Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» auf. Ferner notiert der Bereich «Umweltschutz» im Jahr 2014, bedingt durch rückläufige Ausgaben bei der «Abwasserentsorgung» und dem «Umweltschutz n.a.g.» einen Rückgang um 3,6 %.

Das *Vermögen* der Kantone steigt im Jahr 2014 um 21,7 % auf 178,2 Milliarden an. Während die *Vermögensgüter* vorwiegend aus Neubewertungen im Rahmen der Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell (HRM2) zunehmen (+3,8 Mrd.), wachsen die Forderungen um 28 Milliarden. Der deutliche Anstieg bei den *Forderungen* (+29,7 %) ergibt sich im Wesentlichen aus den Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds. Dies rührt insbesondere daher, dass der Anteil der Kantone am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Vorjahresvergleich um 25,5 Milliarden steigt. Der Anspruch der Kantone (zu 2/3) und des Bundes (zu 1/3) am Eigenkapital der SNB beträgt im Jahr 2014 rund 86,3 Milliarden (im 2013: 48 Mrd.). Das Eigenkapital der SNB setzt sich primär aus den Rückstellungen für Währungsreserven, der Ausschüttungsreserve und dem Jahresergebnis zusammen. Während die SNB im Vorjahr noch einen Verlust von 9,1 Milliarden geschrieben hat, erzielt sie im Jahr 2014 einen Reingewinn von 38,3 Milliarden. Der Rekordergebnis ergibt sich insbesondere auf den Fremdwährungspositionen (34,5 Mrd.).

Den Forderungen, die ausschliesslich gegenüber dem Inland anfallen, stehen *Verbindlichkeiten* von 85,7 Milliarden gegenüber. Die Verbindlichkeiten verteilen sich zu 85,1 % auf das In- und zu 14,9 % auf das Ausland. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die inländischen Verbindlichkeiten um 3,6 Milliarden, wobei sich die Unterpositionen unterschiedlich entwickelt haben. So nimmt der Bestand an inländischen Schuldtiteln um 7,7 Milliarden zu, während die inländischen Bestände an Versicherungs-, Alterssicherungs- und Standardgarantie-Systemen (-3,3 Mrd.) sowie an Krediten (-0,8 Mrd.) rückläufig sind. Insgesamt erhöht sich das *Reinvermögen* der Kantone um 26,7 auf 92,5 Milliarden.

Abbildung 14: Ausgaben nach Funktionen – Kantone, 2014

Total Ausgaben: CHF 87 838 706 864



Werden die Anteile an den Gesamtausgaben betrachtet, so haben sich die Schwerpunkte der kantonalen Ausgabenpolitik 2014 gegenüber 2013 nicht geändert. Im Jahr 2014 steigen die Ausgaben im Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» (+14,9 %) hauptsächlich wegen der Ausfinanzierung der baselländischen Pensionskasse deutlich an.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Ertrag	79 352 801	81 638 674	82 491 747	83 966 645	85 443 704
Steuern	39 006 426	40 069 381	40 871 235	41 598 971	42 811 482
Sozialabgaben	287 100	290 683	351 490	283 228	182 837
Öffentliche Transfers	20 604 174	21 276 277	21 622 582	22 007 196	22 351 603
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	19 455 102	20 002 334	19 646 439	20 077 250	20 097 781
Aufwand	77 668 005	82 815 040	85 108 443	86 004 664	88 375 487
Arbeitsentgelte	24 435 355	25 125 173	26 052 161	26 461 192	26 776 642
Verwendung von Waren und Diensten	8 108 229	8 157 091	8 499 205	9 105 832	9 796 878
Wertverzehr von Vermögensgütern	6 874 692	7 249 227	7 579 473	7 874 812	8 122 513
Zinsaufwand	1 125 549	1 049 348	997 707	914 952	837 063
Subventionen	13 083 262	13 695 973	15 014 505	15 266 537	15 197 815
Öffentliche Transfers	5 253 701	5 476 856	5 363 830	5 228 510	5 366 404
Sozialleistungen	9 489 718	10 022 514	10 563 918	10 660 549	10 905 859
Übriger Aufwand	9 297 500	12 038 858	11 037 643	10 492 279	11 372 313
Erfolg	1 684 796	-1 176 365	-2 616 696	-2 038 019	-2 931 783
Nettozugang an Vermögensgütern	199 546	266 258	77 614	- 544 882	- 536 780
Erwerb: Vermögensgüter	7 825 694	8 289 476	8 408 569	8 172 673	8 192 018
Veräusserung: Vermögensgüter	751 456	773 990	751 482	842 744	606 286
Wertverzehr: Vermögensgüter	6 874 692	7 249 227	7 579 473	7 874 812	8 122 513
Finanzierungssaldo	1 485 250	-1 442 624	-2 694 310	-1 493 136	-2 395 003

Vermögensrechnung – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Vermögensgüter	44 207 158	45 600 570	49 591 783	52 036 013	55 819 000
Forderungen	84 232 103	91 273 629	99 724 847	94 297 484	122 333 011
Verbindlichkeiten	70 620 437	72 427 545	75 506 994	80 527 708	85 660 612
Reinvermögen	57 818 823	64 446 654	73 809 635	65 805 788	92 491 399

Ausgaben nach Funktionen – Kantone

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	77 867 551	83 081 298	85 186 057	85 459 781	87 838 707
Allgemeine öffentliche Verwaltung	12 080 160	14 818 039	14 611 653	13 747 844	14 886 872
Verteidigung	226 795	223 070	241 241	240 353	242 758
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	6 039 898	6 436 008	6 461 939	6 786 875	6 860 442
Wirtschaftliche Angelegenheiten	10 876 522	10 934 502	10 795 051	10 742 147	10 725 388
Umweltschutz	1 156 509	1 239 783	1 291 865	1 283 401	1 236 765
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	195 868	182 897	192 095	201 658	212 387
Gesundheit	9 715 790	10 245 074	11 380 380	11 823 968	12 013 709
Freizeit, Kultur, Kirche	1 570 114	1 534 649	1 605 718	1 583 694	1 682 125
Bildung und Erziehung	20 944 929	21 569 572	22 006 554	22 272 670	22 717 970
Soziale Sicherheit	15 060 967	15 897 704	16 599 560	16 777 172	17 260 291

44 Gemeinden

Die Rechnungen des Teilsektors «Gemeinden» weisen zum sechsten Mal in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Auch die Erfolgsrechnung registriert im Jahr 2014 ein leichtes Defizit.

Die nahezu ausgeglichene Erfolgsrechnung kommt durch ein überproportionales Ertragswachstum zustande. Im Jahr 2014 wächst der *Ertrag* um 2,4 % auf 45 Milliarden an. Rund sieben Zehntel des Ertragsanstiegs kommen durch Steuern zustande. Allein die Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern nehmen um 527 Millionen zu. Ein Fünftel des Mehrertrags 2014 ergibt sich ferner bei den sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen.

Der *Aufwand* nimmt um 0,7 % auf rund 45 Milliarden zu. Das Wachstum wird hauptsächlich durch die Entwicklung der Arbeitsentgelte (+254 Mio.) getrieben. Ein Minderaufwand ergibt sich dagegen beim übrigen Aufwand. Der Rückgang um 113 Millionen resultiert hauptsächlich geringeren Ausfinanzierungsbeiträgen zugunsten kommunaler Pensionskassen. Dank dem anhaltend tiefen Zinsniveau sinkt zudem der Zinsaufwand, er fällt gegenüber dem Vorjahr um 59 Millionen auf ein neues Rekordtief.

Im Jahr 2014 belaufen sich die kommunalen *Ausgaben* auf 46 Milliarden, der Zuwachs beträgt 1,2 %. Werden die Ausgaben nach Aufgabengebieten betrachtet, zeigt sich folgendes Bild: Der anteilmässig grösste Bereich «Bildung und Erziehung» (26,5 %) nimmt gegenüber 2013 um 4,9 % zu. Die deutlichen Mehrausgaben sind für die Vor- und Primarstufe sowie für die Sekundarstufe bestimmt, oder sie kommen den Schulen in Form von Dienstleistungen zugute. Ein wesentlicher Teil des Anstiegs im Bildungsbereich wird durch die *Gemeinden* des Kantons *Aargau*, *Zürich* und *Waadt* generiert.

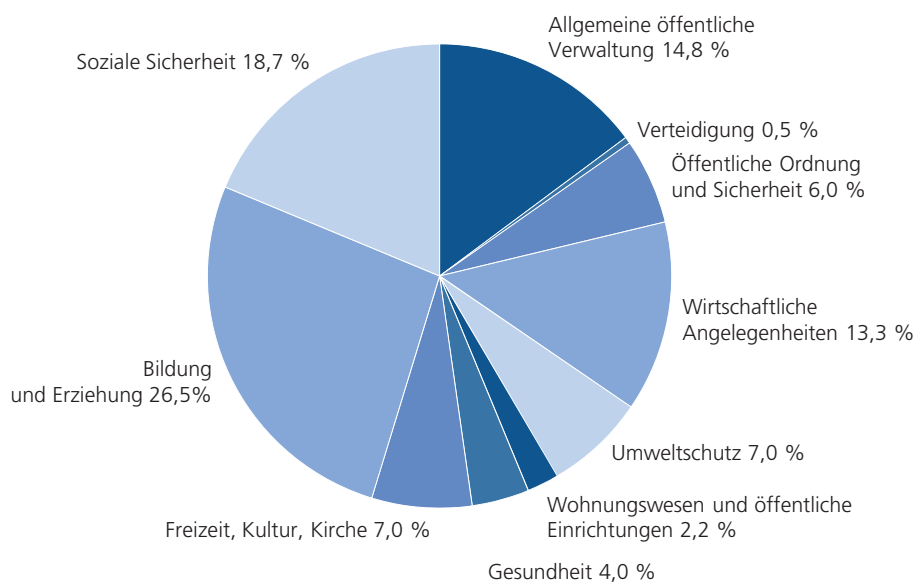
Der zweitgrösste Bereich, die «soziale Sicherheit» mit einem Anteil von (18,7 %) an den Gesamtausgaben, wächst um 2,4 %. Die Mehrausgaben in der Funktionsgruppe «Sozialhilfe und Asylwesen»

kommen durch die erhöhte Zahl an Sozialhilfefällen zustande. Zusätzlich steigen die Ausgaben für «Familie und Jugend» überproportional (+5,5 %) an und erreichen im Jahr 2014 ein neues Rekordniveau. Gestiegen sind die Ausgaben vor allem in den *Gemeinden* der Kantone *Zürich*, *Waadt* und *Genf*. Werden die Veränderungen absolut betrachtet, so weist der Bereich «Wirtschaftliche Angelegenheiten» die grösste Einbusse auf. Die Minderausgaben von 98 Millionen ergeben sich massgeblich bei «Brennstoffen und Energie» sowie beim «Verkehr».

Ende 2014 verfügen die Gemeinden über ein *Vermögen* von 95,6 Milliarden, gegenüber dem Vorjahr weitet es sich um 9,8 % aus. Der Anstieg bei den *Vermögensgütern* (+10 Mrd.) ergibt sich aus Neubewertungen im Zuge der neuen nationalen Rechnungslegungsstandards. Dem Zuwachs an Vermögensgütern steht ein Rückgang bei den *Forderungen* (-1,5 Mrd.) gegenüber. Dieser ist hauptsächlich bei den Schuldtiteln sowie den sonstigen Forderungen erfolgt. 2014 betragen deren Rückgänge 21,2 % bzw. 5,6 %. Die *Verbindlichkeiten* belaufen sich auf 64,9 Milliarden – gegenüber 2013 haben die Gemeinden ihre Verbindlichkeiten um 315 Millionen abgebaut. Deutlich zurückgegangen sind die sonstigen Verbindlichkeiten, deren Rückgang beträgt 1,9 Milliarden. Demgegenüber haben sich die Schuldtitel um 1,6 Milliarden erhöht. Der Zuwachs beim *Reinvermögen* (+8,9 Mrd.) ergibt sich unter anderem aus Marktwertanpassungen und Neubewertungen der Hoch- und Tiefbauten. Letztere sind im Rahmen der Umstellungen auf das neue Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2) entstanden. So haben im Jahr 2014 insbesondere die *Gemeinden* der Kantone *Aargau* und *Basel-Landschaft* auf HRM2 umgestellt. In den Kantonen *Bern*, *Solothurn* und *Thurgau* ist der Wechsel im Gange. Erste Städte wie *Bern* und *Kreuzlingen* dienen hierzu als Pilotgemeinden.

Abbildung 15: Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden, 2014

Total Ausgaben: CHF 45 953 359 114



Gegenüber 2013 verzeichnet das grösste Aufgabengebiet «Bildung und Erziehung» die stärkste Zunahme (+4,9 %). Knapp vier Fünftel dieser Mehrausgaben sind der «Vor- und Primarstufe» sowie den «Dienstleistungen für Schulen» zugutegekommen.

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Ertrag	42 236 161	43 333 817	43 441 640	43 968 019	45 003 634
Steuern	24 357 388	25 011 917	25 171 893	25 781 006	26 496 022
Sozialabgaben	143 958	157 365	150 118	139 076	119 048
Öffentliche Transfers	4 813 838	5 027 026	4 884 217	4 728 972	4 852 195
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	12 920 977	13 137 510	13 235 412	13 318 965	13 536 369
Aufwand	42 089 785	43 164 393	43 953 992	44 716 669	45 018 770
Arbeitsentgelte	13 287 144	13 631 210	13 594 134	13 788 464	14 042 838
Verwendung von Waren und Diensten	11 345 210	11 423 260	11 941 213	12 163 707	12 109 664
Wertverzehr von Vermögensgütern	4 912 541	5 083 779	5 126 865	5 219 109	5 301 747
Zinsaufwand	1 167 904	1 089 251	1 029 953	912 767	854 165
Subventionen	1 077 123	1 350 741	1 223 899	1 227 149	1 207 517
Öffentliche Transfers	2 885 926	3 013 092	2 969 210	3 124 577	3 292 467
Sozialleistungen	3 963 557	4 126 107	4 234 305	4 340 562	4 383 366
Übriger Aufwand	3 450 381	3 446 952	3 834 413	3 940 334	3 827 007
Erfolg	146 375	169 424	- 512 352	- 748 650	- 15 136
Nettozugang an Vermögensgütern	783 747	294 032	313 586	691 740	934 589
Erwerb: Vermögensgüter	5 742 160	5 520 075	5 605 548	5 982 039	6 272 838
Veräusserung: Vermögensgüter	45 873	142 264	165 096	71 191	36 502
Wertverzehr: Vermögensgüter	4 912 541	5 083 779	5 126 865	5 219 109	5 301 747
Finanzierungssaldo	- 637 371	- 124 608	- 825 938	-1 440 389	- 949 725

Vermögensrechnung – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Vermögensgüter	46 966 817	48 226 069	49 970 029	52 455 756	62 501 397
Forderungen	32 759 247	33 471 508	33 927 569	34 571 523	33 076 385
Verbindlichkeiten	60 971 146	63 184 125	63 913 483	65 189 462	64 874 497
Reinvermögen	18 754 918	18 513 452	19 984 114	21 837 818	30 703 284

Ausgaben nach Funktionen – Gemeinden

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	42 873 532	43 458 425	44 267 579	45 408 408	45 953 359
Allgemeine öffentliche Verwaltung	6 854 677	6 858 811	6 878 957	6 893 581	6 808 132
Verteidigung	204 708	212 874	219 225	233 212	215 645
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	2 450 882	2 514 789	2 609 253	2 666 817	2 744 389
Wirtschaftliche Angelegenheiten	6 043 906	5 991 069	6 074 065	6 205 289	6 106 827
Umweltschutz	3 179 918	3 198 214	3 161 439	3 289 250	3 208 963
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	1 018 756	1 010 487	1 021 427	1 029 622	1 025 169
Gesundheit	1 471 013	1 778 073	1 666 620	1 907 569	1 832 950
Freizeit, Kultur, Kirche	3 026 293	3 144 491	3 093 847	3 141 835	3 203 374
Bildung und Erziehung	10 785 660	10 747 383	11 264 973	11 629 248	12 197 114
Soziale Sicherheit	7 837 719	8 002 236	8 277 772	8 411 984	8 610 796

45 Sozialversicherungen

Der Teilsektor «Sozialversicherungen» schliesst seine Rechnungen 2014 zum vierten Mal in Folge mit grossen Überschüssen ab. Ein wesentlicher Faktor dafür ist die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuersätze (2011 bis 2017) zugunsten der Invalidenversicherung.

Für den konsolidierten Teilsektor «öffentliche Sozialversicherungen» ergibt sich im Jahr 2014 ein positiver *Finanzierungssaldo* von 2,2 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahr nimmt der Gewinn um 136 Millionen zu. Mit 96,4 % stellen die Sozialleistungen die grösste *Aufwandposition* dar. Im Vorjahresvergleich dehnen sich die Sozialleistungen um 1,1 auf 57,1 Milliarden aus.

Auf der *Ertragsseite* wachsen die Sozialabgaben um 1,5 %. Als Sozialabgaben werden die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber an die AHV, IV, EO, FL und ALV verbucht. Diese machen im Jahr 2014 einen Anteil von 70,3 % am Gesamtertrag aus. Die zweitwichtigste Einnahmequelle stellen die Einnahmen aus den öffentlichen Transfers dar, sie verzeichnen einen Anstieg um 2,1 %. Die grösste Wachstumsrate (+15,3 %) weisen hingegen die sonstigen nichtfiskalischen Einnahmen aus.

In der Anlagerechnung beläuft sich der *Nettozugang an Vermögensgütern* auf -5,5 Millionen - dies bei einem leicht abnehmenden Wertverzehr und einem verminderten Erwerb. Aufgrund des geringen *Nettozugang an Vermögensgütern* ist deshalb der Unterschied zwischen Erfolg und Finanzierungssaldo minim.

Die *Ausgaben* der Sozialversicherungen insgesamt haben sich gegenüber 2013 um 1,9 % erhöht. Bei einer stabilen durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,2% verharren die Ausgaben der Funktionsgruppe «Arbeitslosigkeit» auf dem Vorjahresniveau von 6,3 Milliarden. Die Ausgaben der Funktionsgruppe «Alter», welche im Jahr 2014 70,4 % der Gesamtausgaben ausmachen, nehmen gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Milliarden bzw. 2,8 % zu. Die zweitgrösste Ausgabenkomponente «Krankheit und Invalidität» weist derweil einen leichten Rückgang um 0,5 % aus.

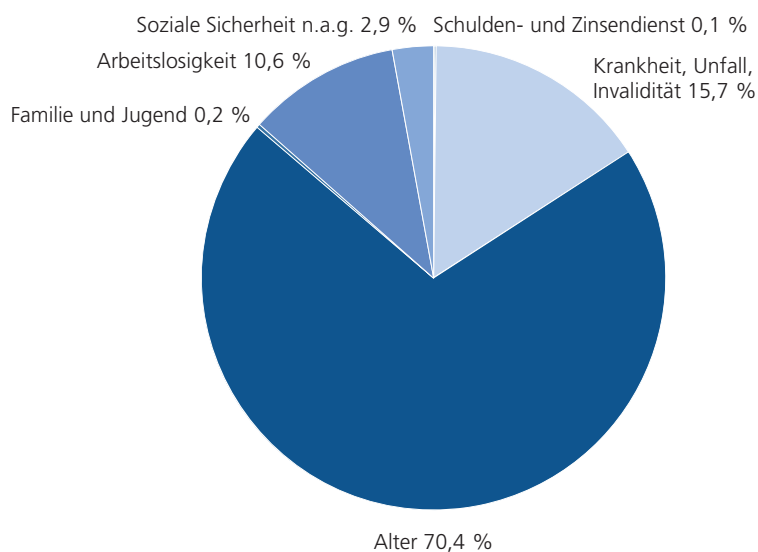
Gegenüber dem Höchststand im Jahr 2007 hat der Teilsektor «Sozialversicherungen» die Ausgaben zur «Bekämpfung der Invalidität» dank den Massnahmen der jüngsten IV-Revisionen um etwas mehr als einen Fünftel reduzieren können. Seit dem 1.1.2012 ist die IV-Revision 6a in Kraft, um die Gesundung der Invalidenversicherung weiter voranzutreiben und damit die Finanzierung für die Zeit nach der Zusatzfinanzierung (2011–2017) nachhaltig zu sichern.

Die Sozialversicherungen verfügen Ende 2014 über ein *Vermögen* von 41,1 Milliarden, dieses legt im Vergleich zum Vorjahreswert um 9,5 % zu. Infolge des positiven Erfolgs verzeichnet das *Reinvermögen* einen Zuwachs um 10,9 %. Das Reinvermögen beläuft sich Ende 2014 auf 36 Milliarden. Ähnlich zum nationalen FS-Modell, in welchem das Fremdkapital leicht (+0,7 %) ansteigt, legen die *Verbindlichkeiten* im GFS-Modell trotz dem deutlichen Rückgang bei den Krediten um 0,6 % zu. Während die Kredite sich um 0,9 Milliarden reduzieren, da die ALV infolge des guten Geschäftsgangs Bundesdarlehen zurückbezahlen konnte, erhöhen sich die Bestände der anderen Unterrubriken. Die Rubrik Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen verzeichnet mit 591 Millionen dabei die stärkste Zunahme an Verbindlichkeiten. Ferner nehmen die Rubriken Bargeld und Einlagen sowie sonstige Verbindlichkeiten um 200 bzw. 147 Millionen zu.

Auf der *Vermögensseite* halten die Sozialversicherungen *Forderungen* von 40,9 Milliarden und *Vermögensgüter* von 146 Millionen. Das Ungleichgewicht zwischen Forderungen und Vermögensgütern stammt daher, dass der Grossteil der Forderungen verzinsliche Anlagen des Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung sind.

Abbildung 16: Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen, 2014

Total Ausgaben: CHF 59 243 686 857



Die Ausgaben an das «Alter» nehmen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % zu. Der Hauptgrund dafür ist die steigende Zahl an AHV-Rentenbezügern (+2,5 %).

Erfolgs- und Finanzierungsrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Ertrag	53 546 202	58 165 239	59 139 617	60 182 632	61 423 922
Steuern					
Sozialabgaben	38 263 064	40 839 271	41 803 046	42 519 913	43 153 526
Öffentliche Transfers	13 960 647	15 887 955	15 675 301	15 859 340	16 191 414
Sonstige nichtfiskalische Einnahmen	1 322 490	1 438 013	1 661 269	1 803 379	2 078 983
Aufwand	55 422 616	55 243 381	56 244 316	58 144 272	59 249 123
Arbeitsentgelte	372 408	369 420	379 166	398 006	405 370
Verwendung von Waren und Diensten	1 195 873	1 247 186	1 237 212	1 218 149	1 232 687
Wertverzehr von Vermögensgütern	9 713	9 283	8 819	8 277	8 009
Zinsaufwand	54 646	64 960	50 734	41 845	45 897
Subventionen	69 771	66 645	76 849	73 408	83 950
Öffentliche Transfers					
Sozialleistungen	53 410 491	53 110 274	54 149 806	56 075 039	57 141 265
Übriger Aufwand	309 715	375 614	341 731	329 548	331 946
Erfolg	-1 876 414	2 921 859	2 895 300	2 038 360	2 174 799
Nettozugang an Vermögensgütern	- 7 497	- 7 988	- 4 222	- 5 453	- 5 436
Erwerb: Vermögensgüter	2 232	1 297	4 603	2 825	2 583
Veräusserung: Vermögensgüter	17	2	7	1	10
Wertverzehr: Vermögensgüter	9 713	9 283	8 819	8 277	8 009
Finanzierungssaldo	-1 868 916	2 929 846	2 899 523	2 043 813	2 180 235

Vermögensrechnung – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Vermögensgüter	102 269	99 573	97 809	144 353	145 937
Forderungen	31 160 094	32 472 255	36 695 660	37 338 781	40 911 047
Verbindlichkeiten	7 608 644	6 272 996	6 539 019	5 000 729	5 032 498
Reinvermögen	23 653 718	26 298 831	30 254 451	32 482 404	36 024 486

Ausgaben nach Funktionen – Sozialversicherungen

1 000 CHF	2010	2011	2012	2013	2014
Total	55 415 118	55 235 393	56 240 094	58 138 820	59 243 687
Allgemeine öffentliche Verwaltung	169 438	181 413	175 820	132 089	119 636
Legislative, Exekutive, Finanz- und Steuerverwaltung, Auswärtige Angelegenheiten	23 225	19 673	19 131	17 409	16 917
Wirtschaftliche Auslandhilfe					
Allgemeine Dienste	91 567	96 780	105 954	72 835	56 823
Grundlagenforschung					
F-E im Bereich der öffentlichen Verwaltung					
Allgemeine öffentliche Verwaltung n.a.g.					
Schulden- und Zinsendienst	54 646	64 960	50 734	41 845	45 897
Allgemeine Übertragungen an öffentliche Haushalte					
Soziale Sicherheit	55 245 680	55 053 980	56 064 274	58 006 731	59 124 051
Krankheit und Invalidität	9 228 629	9 366 741	9 243 979	9 334 685	9 290 835
Alter	36 801 533	38 325 304	39 250 520	40 566 006	41 690 099
Hinterlassene					
Familie und Jugend	174 876	169 111	164 533	158 005	146 546
Arbeitslosigkeit	7 421 292	5 565 991	5 781 587	6 289 280	6 306 804
Soziales Wohnungswesen					
Sozialhilfe und Asylwesen					
F-E im Bereich der sozialen Sicherheit					
Soziale Sicherheit n.a.g.	1 619 350	1 626 834	1 623 656	1 658 755	1 689 767

46 Kennzahlen

Die Analyse der Auswirkungen konjunktureller Schwankungen auf die Staatsfinanzen sowie internationale Vergleiche stützen sich auf volkswirtschaftliche Kennzahlen. Diese finanzpolitischen Grössen werden nach dem Government Finance Statistics Manual 2014 des IWF berechnet. Eine Ausnahme davon bildet die Bruttoschuldenquote, welche in Anlehnung an die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union ermittelt wird.

Nachdem in den 1990er Jahren die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte der Schweiz kräftig angestiegen sind, hat sich der Schuldenstand dank vermehrter Budgetdisziplin (Schuldenbremsen sowie Fiskalregeln) und wirtschaftlichem Aufschwung seit 2003 wieder verringert. Ende 2014 liegt die *Bruttoschuldenquote* mit 34,7% des nominalen Bruttoinlandprodukts (BIP) zwar wieder etwas höher (+1,5 Prozentpunkte gegenüber dem jüngsten Tiefstand von 33,2% im Jahr 2011), jedoch weiterhin deutlich unter der Maastricht Schuldenobergrenze von 60%. Während die Schuldenquoten für den Bund und die Sozialversicherungen im Jahr 2014 weiter rückläufig sind, weisen jene für die Kantone und Gemeinden einen Zuwachs aus. Die Schuldenquote der Kantone weist seit 2011 eine steigende Tendenz auf. Sie erhöht sich 2014 um einen Prozentpunkt auf 10,3% des nominalen BIP, was hauptsächlich auf die Erhöhung der langfristigen Finanzverbindlichkeiten in den Kantonen *Basel-Landschaft*, *Genf*, *Waadt* und *Zürich* zurückzuführen ist. Im Kanton *Tessin* hingegen führen primär die laufenden Verbindlichkeiten (+1,9 Mrd.) zum Schuldenanstieg. Die Erhöhung der laufenden Verbindlichkeiten rührt fast ausschliesslich daher, dass der Kanton *Tessin* mit dem Wechsel auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) seine Bilanz per 1.1.2014 neu bewertet hat.

Die Bruttoschulden in Anlehnung an die Maastricht-Kriterien umfassen die Verbindlichkeiten von Bargeld und Einlagen, Schuldtiteln sowie Krediten. Nicht enthalten sind die übrigen Positionen des Fremdkapitals wie z.B. Handelskredite oder transitorische Passiva. Die Bewertung der Bruttoschulden erfolgt dabei zu Nennwerten.

Im Gegensatz zur Bruttoschuldenquote umfasst die *Fremdkapitalquote* praktisch das gesamte Fremdkapital – einzig die Finanzderivate werden nicht berücksichtigt. Zudem erfolgt die Bewertung nach dem «true and fair view» Prinzip, was bedeutet, dass Marktpreise eingesetzt werden, sofern solche vorhanden sind. Das Fremdkapital zu Marktwerten in Prozent des nominalen BIP ist auch in den Statistiken der OECD eine zentrale Grösse. Da die Bruttoschuld ein Bestandteil des Fremdkapitals ist, liegt die Fremdkapitalquote durchwegs über der Bruttoschuldenquote. Im observierten Zeitraum weist die Fremdkapitalquote jedoch ähnliche Entwicklungen auf: Die Fremdkapitalquote des Staats beläuft sich im Jahr 2014 45,9%, was einer Zunahme um 0,8 Prozentpunkte gegenüber 2013 entspricht. 1990 hat die Fremdkapitalquote 34,3% betragen und im Jahr 2002 ihren Höchststand von 60,4% erreicht. Dank hoher Überschüsse ist die Quote der öffentlichen Haushalte von 2004 bis 2010 kontinuierlich auf 44,6% gesunken.

Die *Defizit-/Überschussquote* des Sektors Staat beträgt Ende 2014 -0,2% des nominalen BIP, damit bleibt sie gegenüber dem Vorjahr unverändert. Während die «Sozialversicherungen» in der Finanzierungsrechnung einen grossen Überschuss erzielen, schreiben die anderen Teilsektoren ein ausgeglichenes Ergebnis oder gar Defizite. Der positive Finanzierungssaldo bei den Sozialversicherungen ergibt sich aufgrund der eingeleiteten Massnahmen und Reformen. Die IV profitiert dabei in den Jahren 2011-2017 von einer Entlastungsmassnahme durch den Bund und zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen. So übernimmt der Bund die vollständige Zinszahlung auf den Schulden der IV gegenüber dem AHV-Ausgleichsfonds. Die proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuer ist ebenso Bestandteil dieser befristeten IV-Zusatzfinanzierung. So wurde der Normalsatz, der für die meisten Güter und Dienstleistungen anwendbar ist, von 7,6% auf 8% angehoben. Der reduzierte Satz, der für Güter des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittel und Medikamente) gilt, wurde um 0,1 Prozentpunkte auf 2,5% erhöht. Und der Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen beträgt bis 31.12.2017 3,8% (statt 3,6%). Die Verschlechterung des Finanzierungssaldos der Kantone gegenüber 2013 ist primär auf die erhöhte Verwendung von Waren und Diensten (+7,6%) und den erhöhten übrigen Aufwand (+8,4%) zurückzuführen.

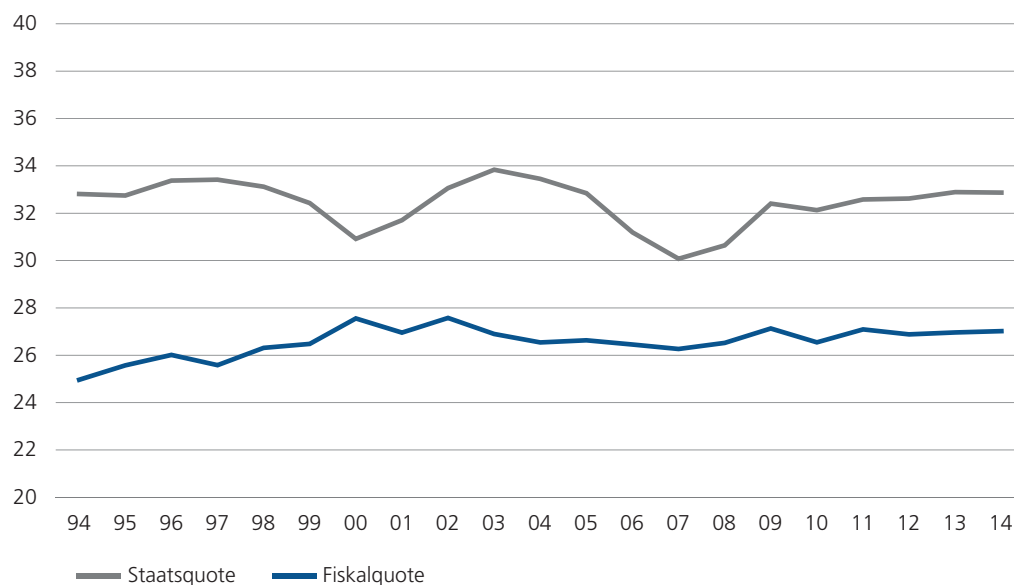
Die *Fiskalquote* des Sektors Staat beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert 27,0%, weil das Wachstum des Fiskalertrags in etwa gleich stark ist wie jenes des nominalen Wirtschaftswachstums. Im Jahr 2014 ist die Fiskalquote des Bundes um 0,1 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr, jene der Kantone um 0,1 Prozentpunkte leicht höher. Die höheren Steuererträge beim Teilsektor «Kantone» sind auf wachsende Einkommens-, Gewinn- und Kapitalgewinnsteuern sowie Vermögenssteuern zurückzuführen.

Unverändert gegenüber dem Vorjahr ist auch die *Staatsquote* des Gesamtstaats, da sich der Ausgabenanstieg der Kantone und die Ausgabenminderung des Bundes gegenläufig verhalten. Die Ausgaben des Bundes vermindern sich in den Aufgabengebieten «militärische Verteidigung» (Einsparungen im Zusammenhang mit der abgelehnten Beschaffung neuer Kampffjets), «Gesundheit» sowie «Bildung und Erziehung» (reduzierte Teilnahme am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020). Bei den Kantonen steigen dagegen die Ausgaben im Bereich «allgemeine öffentliche Verwaltung» primär wegen den Sanierungsmassnahmen und Rekapitalisierungen öffentlicher Pensionskassen. Bei den Gemeinden reduziert sich die Ausgabenquote leicht auf 7,1%, während sie bei den Sozialversicherungen unverändert bei 9,2% des nominalen BIP bleibt.

Kennzahlen im GFS-Modell

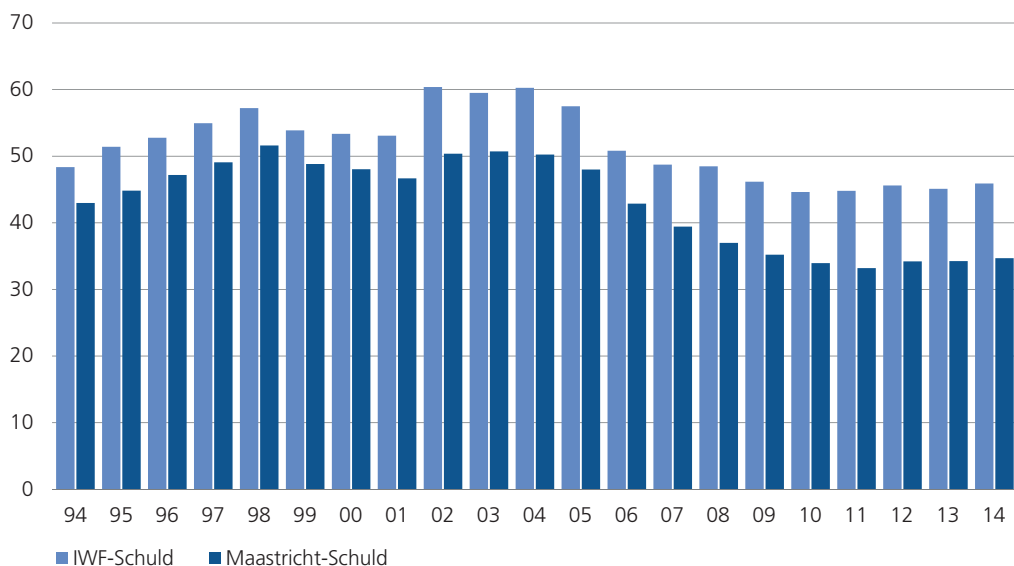
	2010	2011	2012	2013	2014
Schuldenquote					
Bund	18,0 %	17,7 %	17,8 %	17,4 %	16,7 %
Kantone	8,7 %	8,3 %	8,8 %	9,3 %	10,3 %
Gemeinden	7,6 %	7,5 %	7,6 %	7,7 %	7,8 %
Sozialversicherungen	1,2 %	1,0 %	1,0 %	0,7 %	0,7 %
Staat	33,9 %	33,2 %	34,2 %	34,2 %	34,7 %
Fremdkapitalquote					
Bund	23,1 %	23,1 %	23,3 %	23,3 %	22,6 %
Kantone	11,7 %	11,7 %	12,1 %	12,7 %	13,3 %
Gemeinden	10,1 %	10,2 %	10,2 %	10,3 %	10,1 %
Sozialversicherungen	1,2 %	1,0 %	1,0 %	0,8 %	0,7 %
Staat	44,6 %	44,8 %	45,6 %	45,1 %	45,9 %
Defizit-/Überschussquote					
Bund	0,5 %	0,2 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %
Kantone	0,2 %	-0,2 %	-0,4 %	-0,2 %	-0,4 %
Gemeinden	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,1 %
Sozialversicherungen	-0,3 %	0,5 %	0,5 %	0,3 %	0,3 %
Staat	0,3 %	0,5 %	0,0 %	-0,2 %	-0,2 %
Fiskalquote					
Bund	9,7 %	9,9 %	9,5 %	9,6 %	9,5 %
Kantone	6,5 %	6,5 %	6,6 %	6,6 %	6,7 %
Gemeinden	4,0 %	4,1 %	4,1 %	4,1 %	4,1 %
Sozialversicherungen	6,3 %	6,6 %	6,7 %	6,7 %	6,7 %
Staat	26,5 %	27,1 %	26,9 %	27,0 %	27,0 %
Staatsquote					
Bund	10,3 %	10,7 %	10,4 %	10,6 %	10,4 %
Kantone	12,8 %	13,4 %	13,7 %	13,5 %	13,6 %
Gemeinden	7,1 %	7,0 %	7,1 %	7,2 %	7,1 %
Sozialversicherungen	9,1 %	8,9 %	9,0 %	9,2 %	9,2 %
Staat	32,1 %	32,6 %	32,6 %	32,9 %	32,9 %

Abbildung 17: Entwicklung der Fiskalquote und Staatsquote im GFS-Modell in % des BIP



Nach dem Anstieg in den 1990er Jahren hat sich die Fiskalquote der öffentlichen Haushalte seit der Jahrtausendwende zwischen 26 % und 28 % des Bruttoinlandsprodukts stabilisiert.

Abbildung 18: Entwicklung der Fremdkapitalquote und Bruttoschuldenquote in Anlehnung an die Definition von Maastricht in % des BIP



Die Fremdkapitalquote ist stärkeren Schwankungen unterworfen als die Schuldenquote nach Maastricht, in welcher die Schulden zum Nennwert eingehen. Die Fremdkapitalquote umfasst zudem mehr Positionen. Der Verlauf der beiden Quoten ist jedoch ähnlich.

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die wichtigsten methodischen Konzepte und deren internationale Abstützung. Weitergehende methodische Hinweise befinden sich auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung.¹

51 Änderungen und Revisionen

Die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) hat am 24. September 2015 erstmals Daten und Kennziffern nach den neuen finanzstatistischen Richtlinien (GFSM2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

Zusammen mit der Umstellung auf das GFSM2014 hat ein methodischer Abgleich mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)² des Bundesamts für Statistik (BFS) stattgefunden. Wo erforderlich, wurden die Ergebnisse des GFS-Modells mit denjenigen der VGR abgeglichen und deren Daten integriert. Die Harmonisierung zwischen der VGR der Schweiz und dem internationalen GFS-Modell der Finanzstatistik hat zusätzlich zu Anpassungen in der Basisstatistik, dem nationalen FS-Modell, geführt. Die durchgeführten Anpassungen sind in einer technischen Notiz³ beschrieben.

Die im GFS-Modell publizierten Daten sind vorläufig noch provisorischer Natur, da der Abgleich mit der VGR der Schweiz noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnte. Die im Rahmen des Abgleichs 2015 noch ungeklärten Punkte⁴ konnten in der Zwischenzeit weitgehend geklärt werden. Es ist vorgesehen, die mit der Finalisierung des Abgleichs mit der VGR einhergehenden Datenbereinigungen und somit die definitiven Zahlen des GFS-Modells im Sommer 2017 zu publizieren.

511 Änderungen im nationalen FS-Modell

Die Anpassungen im nationalen FS-Modell können nach 2 Typen unterschieden werden – *Erhebungsgrundlagen* und *Bereinigung von Dateninkonsistenzen*.

Erhebungsgrundlagen: Beim Abgleich mit der VGR wurde festgestellt, dass unter den neuen Bedingungen eine effiziente Verarbeitung der Daten von Bund und öffentlichen Sozialversicherungen nur durch Implementation einer IT-Applikation auf Zeitreihenbasis gewährleistet werden kann. Als Folge davon wurden die Teilsektoren «Bund» und «öffentliche Sozialversicherungen» ab dem Rechnungsjahr 2008 vollständig neu erfasst. Zudem wurde der Wirtschaftsteilsektor «Bund» um die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) und die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erweitert.

Bereinigung von Dateninkonsistenzen: Seit dem Rechnungsjahr 2008 bildet das aktuelle Harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) die Grundlage für das nationale FS-Modell. Die Daten vor 2008 wurden nach dem früheren HRM1 erfasst, dessen Detaillierungsgrad geringer als derjenige des HRM2 war. Die erwähnten Inkonsistenzen entstanden unter anderem infolge automatischer Umschlüsselungsprozeduren für die Daten vor 2008. Das Ziel dieser Bereinigungen ist es, die ab 2008 geltende Verbuchungs- und Bearbeitungspraxis der Finanzstatistik möglichst weitgehend auch auf die Daten vor 2008 anzuwenden, um die Konsistenz der Zeitreihen zu verbessern. Bei den Bereinigungen handelt es sich meistens um Anpassungen von Funktions-Sachgruppen-Kombinationen. Diese auf Stufe der «Kantone» und «Gemeinden» durchgeführten Korrekturen sind in der Beilage zur technischen Notiz detailliert aufgeführt. Inkonsistenzen infolge automatischer Umschlüsselung sind ebenfalls für die Jahre vor 2008 in der Bilanz (Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge) des Teilsektors «Bund» korrigiert worden.

¹ siehe www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Methoden».

² Die VGR basiert auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG2010), welches mit dem GFSM2014 kompatibel ist.

³ siehe www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Methoden».

⁴ Unter anderem die Erfassung, Abgrenzung und Bewertung der Beiträge, die für die Sanierung und Ausfinanzierung der öffentlichen Pensionskassen geleistet werden, sowie die Höhe der damit einhergehenden Vorsorgeverbindlichkeiten.

Die in der Beilage zur technischen Notiz aufgelisteten Korrekturen betreffen festgestellte logische Inkonsistenzen in den Daten. Es handelt sich dabei entweder um kleinere, unplausibel verbuchte Beträge oder um methodisch inkonsistente Kombinationen von Sachgruppen und/oder Funktionen. Zum Beispiel bezahlen private Haushalte keine Beiträge an öffentliche Haushalte – bei Zahlungen Privater handelt es sich entweder um Steuern, Schenkungen, Gebühren und Entgelte oder Rückerstattungen.

Als Beispiel für eine Inkonsistenz, die aufgrund des geringeren Detaillierungsgrades des HRM1 entstanden ist, kann das Beispiel der Prämienverbilligungen genannt werden. So wurden vor dem Rechnungsjahr 2008 die Prämienverbilligungen in der Funktion «Krankenversicherung» verbucht, da das HRM1 die Funktion «Prämienverbilligungen» nicht kannte. Bei der automatischen Umschlüsselung der HRM1-basierten Daten vor 2008 in das neue, an HRM2 angelehnte FS-Modell wurden die Prämienverbilligungen in der Funktion «Krankenversicherung» belassen. Ab 2008 wurde derselbe Sachverhalt korrekterweise der Funktion «Prämienverbilligungen» zugeordnet. Dieser Bruch ist nun für die Daten vor 2008 korrigiert worden.

512 Änderungen im internationalen GFS-Modell

Bedingt durch die Implementierung des GFSM2014 und den Abgleich mit der VGR der Schweiz des BFS hat die Finanzstatistik ihre verwendeten Datenquellen und Basisdaten wie auch die Berechnungsmethoden überprüft. Mit der erstmaligen Veröffentlichung des internationalen Finanzstatistikmodells (GFS-Modell) nach dem GFSM2014 hat die jüngste Revisionsrunde einen vorläufigen Abschluss gefunden. Derart umfassende Revisionen von methodisch-konzeptionellen Berechnungsgrundlagen finden etwa alle 15 bis 25 Jahre statt und zielen darauf ab, den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten und Fragestellungen gerecht zu werden.

Die Umsetzung des GFSM2014 hat ebenfalls verschiedene Typen von Neuerungen zur Folge:

1. Neuerungen methodisch-konzeptioneller Art
2. Behebung von Reihenbrüchen
3. Übernahme externer Reihen aus der VGR der Schweiz

1. Neuerungen methodisch-konzeptioneller Art
Herausragende konzeptionelle Neuerungen, die mit dem Übergang zum GFSM2014 eingeführt werden, betreffen die Ausgaben für *militärische Waffensysteme* und diejenigen für *Forschung und Entwicklung*.

Militärische Waffensysteme: Bis anhin wurde die Anschaffung militärischer Waffensysteme, so z.B. von Kampfflugzeugen, als Verwendung bzw. Kauf von Waren und Diensten und damit als Vorleistungsbezug betrachtet. Deshalb waren sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) im Staatskonsum enthalten.

Da militärische Waffensysteme länger als ein Jahr genutzt und gegebenenfalls wieder veräußert werden können, werden sie neu als Investition betrachtet. Ihr Kauf wird als Investitionsausgabe verbucht und sie werden in der Vermögensrechnung (Bilanz) des Staates unter den Vermögensgütern aktiviert. Bisher wurden bereits zivil nutzbare militärische Anlagen wie Kasernen oder zivil nutzbare Motorfahrzeuge als Investitionen gebucht.

Forschung & Entwicklung: Da Aufwendungen für die Forschung und Entwicklung (F&E) nachhaltige Auswirkungen auf die Volkswirtschaft eines Landes haben, die über mehrere Jahre messbar sind, werden diese neu ebenfalls als Investitionen betrachtet. Investitionen in die F&E können den Produktionsprozess optimieren oder verbessern. Im GFS-Modell der Finanzstatistik wird nur der Investitionsanteil des Staates berücksichtigt und in der Vermögensrechnung ebenfalls unter den nichtfinanziellen Aktiva (den Vermögensgütern) aktiviert.

2. Behebung von Reihenbrüchen

Bei der Umstellung des nationalen Finanzstatistikmodells auf das HRM2 ist ein Reihenbruch in den Teilsektoren «Kantone» und «Gemeinden» entstanden, da ab dem Rechnungsjahr 2008 die *Spitäler* sowie die *Alters- und Pflegeheime* nach den Sektorisierungsrichtlinien des ESVG2010 nicht mehr erhoben werden. Falls diese in den Rechnungen eines öffentlichen Haushalts enthalten sind, so werden sie ausgebucht. Diese Einheiten sind nach den Abgrenzungskriterien des ESVG2010 nicht Teil des Wirtschaftssektors Staat. Sie gelten als öffentliche Unternehmen, sofern sie von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Da sie ihre Produktionskosten zu mehr als 50% aus den Erlösen für erbrachte Dienstleistungen decken, gelten sie als öffentliche Unternehmen. Deren Erlöse stammen entweder direkt von Privatpersonen und von Krankenkassen. Aber auch die von öffentlichen Haushalten bezahlten Fallpauschalen gelten als Erlös für erbrachte Dienstleistungen. Dies ist nicht mit einer Defizitgarantie zu verwechseln. Bei der Umsetzung des GFSM2014 wurde nun dieser in den Basisdaten bestehende Reihenbruch behoben, indem die im FS-Modell bis zum Rechnungsjahr 2007 bei Kantonen und Gemeinden enthaltenen Spitäler, Alters- und Pflegeheime von 1990 bis 2007 saldoneutral ausgebucht wurden.

Ein zweiter Reihenbruch im nationalen FS-Modell, der im GFS-Modell behoben wurde, betrifft die *Beiträge und Entschädigungen* von und an Gemeinwesen. Vor 2008 wurden beide Positionen nicht getrennt, sondern als Beiträge erfasst. Im GFS-Modell wurden nun diese Positionen für die Jahre 1990–2007 anhand der durchschnittlichen Anteile über die Jahre 2008–2012 je Aufgabengebiet auf Entschädigungen und Beiträge aufgeteilt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist diese Unterteilung wichtig, da Entschädigungszahlungen als Vorleistungsbezug und erhaltene Entschädigungen als Produktion betrachtet werden. Bei Beiträgen handelt es sich hingegen um öffentliche Transfers, da diesen keine Gegenleistung gegenübersteht.

Eine weitere Korrektur betrifft die Verbuchung der Einnahmen des Bundes aus der *Versteigerung der Mobilfunklizenzen* in den Jahren 2001, 2002 und 2012. Um konsistent mit den Richtlinien des ESG2010 zu sein, werden die betreffenden Einnahmen in der Anlagerechnung als Einnahmen aus der Veräusserung von nichtproduzierten Vermögensgüter erfasst. Sie wirken sich demnach positiv auf die Finanzierungssaldi der betreffenden Jahre aus.

3. Übernahme externer Reihen aus der VGR der Schweiz

Damit die Daten des GFS-Modells automatisch auf die Positionen des ESG2010 umgeschlüsselt werden können, war es notwendig, einige externe Reihen aus der VGR in das GFS-Modell zu integrieren. Diese Positionen erscheinen nicht als solche in der finanziellen Berichterstattung der öffentlichen Haushalte. Die betreffenden Reihen wurden, sofern sie die Erfolgs- und Anlagerechnungen betrafen, saldoneutral in das GFS-Modell integriert. Es handelt sich um folgende Positionen:

- Die *Über- und Unterkompensation* der von Land- oder Forstwirten auf Käufe entrichteten Mehrwertsteuer (MWST). Die Unterkompensation wird als «Sonstige Produktionsabgabe», die Überkompensation als «Sonstige Subvention» gebucht.
- Die *unterstellten Sozialbeiträge* (Lohnfortzahlungen der Arbeitgeber bei Krankheit).

- Die *unterstellten Bankgebühren* (FISIM).
- Die *Nettoprämien für Nichtlebensversicherer*, deren Auszahlungen im Schadensfall sowie die entstandenen Kapitalerträge.
- Die *Investitionen in Forschung & Entwicklung* sowie die nach der Perpetual-Inventory Methode aktivierten Bestände. Sie sind Bestandteil der sonstigen Anlagegüter.
- Die *Investitionen in Waffensysteme* sowie die nach der Perpetual-Inventory Methode aktivierten Bestände. Sie sind Bestandteil der sonstigen Anlagegüter.
- *Ansprüche von Altersvorsorgeeinrichtungen* an die Träger von Altersvorsorgeeinrichtungen (Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte gegenüber den öffentlichen Pensionskassen).

Die betreffenden Zeitreihen werden saldoneutral in das GFS-Modell integriert. Zusätzlich wird für alle Teilsektoren des Sektors Staat der Wertverzehr von Vermögensgütern von der VGR der Schweiz übernommen und direkt in das GFS-Modell integriert, da die historischen Rechnungsdaten der öffentlichen Haushalte nicht den makroökonomischen Anforderungen genügen.

52 Internationale Standards der Finanzstatistik und der Rechnungslegung

Grundlage für die Finanzstatistik nach internationalen Richtlinien ist das Government Finance Statistics Manual (GFSM2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Sowohl das aktuelle «Government Finance Statistics Manual» (GFSM2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF) wie auch das «Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen» (ESVG2010) basieren auf dem aktuellen «System of National Accounts» (SNA2008) der UNO, dem Referenzwerk der Wirtschafts- und Finanzstatistik. Das GFSM2014 und das ESGV2010 weisen deshalb untereinander eine hohe Kompatibilität aus.

Die Finanzstatistik baut auf den Finanzbuchhaltungen der öffentlichen Haushalte und den von ihnen kontrollierten Institutionen (Körperschaften, Anstalten, Sonderrechnungen, Fonds usw.) auf. Die methodische Grundlage des internationalen GFS-Modells ist das GFSM2014. Wie bei den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) gelten auch bei der finanziellen Berichterstattung über öffentliche Haushalte gemäss GFSM2014 die Grundsätze der periodengerechten Abgrenzung und Berichterstattung nach dem Prinzip von «true and fair view». Im Unterschied zu den IPSAS, die stärker die einzel- resp. betriebswirtschaftliche Sicht (Managementorientierung und Steuerung) betonen, legt das GFSM als Standard für eine Synthesestatistik das Schwergewicht auf die volkswirtschaftliche Sicht sowie die internationale Vergleichbarkeit des staatlichen Sektors. Die Anforderungen beider Standards unterscheiden sich grundsätzlich nicht voneinander und zielen in die gleiche Richtung, die Erarbeitung eines nachvollziehbaren und transparenten Ausweises der Erfolgs-, Finanzierungs- und Vermögenslage der öffentlichen Hand. Somit lässt sich das GFSM mit dem Rechnungsmodell des Bundes (NRM) und dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2), welche sich ebenfalls grundsätzlich nach IPSAS richten, kombinieren. Abgeleitet aus diesem institutionellen Umfeld können die Aufgaben der Schweizer Finanzstatistik wie folgt umschrieben werden:

1. Konsolidierte und harmonisierte Finanzberichterstattung von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen, auf der Basis der Rechnungsmodelle des Bundes (NRM) sowie der Kantone und Gemeinden (HRM2), mit dem Ziel der nationalen Vergleichbarkeit.
2. Produktion und Berichterstattung einer international vergleichbaren Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach GFSM2014.

Diese Aufgaben werden mit Hilfe von zwei Modellen der Schweizer Finanzstatistik wahrgenommen:

1. FS-Modell: Erhebung, Erfassung, Bearbeitung, Auswertung, Berichterstattung und Analyse auf der Basis des HRM2 und des NRM.
2. GFS-Modell: Bearbeitung, Auswertung, Berichterstattung und Analyse auf der Basis des GFSM2014 des IWF.

Anmerkungen zur Finanzierungsrechnung der Schweiz (VGR/SNB):

Die Finanzierungsrechnung der Schweiz wird von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) publiziert. Sie beinhaltet die Forderungen und Verbindlichkeiten gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG2010). Die Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte der EFV wurde im Jahr 2015 vollständig revidiert und umfasst neben Daten gemäss dem nationalen Rechnungslegungsmodell jüngst auch Daten gemäss dem Government Finance Statistics Manual (GFSM2014) des Internationalen Währungsfonds. Das GFSM2014 ist weitgehend konsistent mit dem ESGV2010, das die methodische Grundlage für die Finanzierungsrechnung und den nichtfinanziellen Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist. Die Konsistenz der beiden Handbücher erlaubt es, die Unterschiede zwischen der EFV-Statistik und der Finanzierungsrechnung zu eliminieren. Die Harmonisierung der Daten zum Sektor Staat in der Finanzierungsrechnung und der EFV-Statistik sind weitgehend abgeschlossen.

53 Modelle

Die nationale Vergleichbarkeit zwischen den öffentlichen Haushalten der Schweiz erfolgt durch das sogenannte FS-Modell. Zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit sowie für Datenlieferungen an den Internationalen Währungsfonds hingegen sind die Daten gemäss GFS-Modell massgebend.

531 Das FS-Modell

Das FS-Modell basiert grundsätzlich auf dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2), wobei für die Bedürfnisse der Finanzstatistik eine gegenüber dem HRM2-Kontenplan gestraffte Sachgruppengliederung zur Anwendung kommt. Diese wurde ergänzt mit Konten für nicht zuteilbare Positionen aus dem HRM1 sowie für bundes-spezifische Positionen aus dem Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

Das FS-Modell dient als Basismodell für die Datenerhebung und -bearbeitung. Sämtliche Finanzdaten der öffentlichen Haushalte werden in einem ersten Schritt in das FS-Modell eingelesen oder manuell erfasst. In diesem Modell werden die statistischen Bearbeitungen (Sektorisierung, Harmonisierung und Konsolidierung) der Staatsebenen vorgenommen. Das FS-Modell bildet dabei die Basis für die Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen der Schweiz.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung zeigt den Saldo des in der Rechnungsperiode anfallenden Verbrauchs oder Nutzung von Ressourcen (Aufwand) und Wertzuwaches (Ertrag). Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen laufenden Ausgaben und Einnahmen, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss oder Mittelzufluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle wie z.B. Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Erfolgsrechnung wird stufenweise dargestellt. Die erste Stufe zeigt das ordentliche, die zweite Stufe das ausserordentliche Ergebnis. Das ordentliche Ergebnis kann weiter in das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und das Finanzergebnis unterteilt werden. Beim Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit handelt es sich um Aufwände und Erträge, welche durch die öffentliche Aufgabenerfüllung begründet sind. Das Finanzergebnis enthält Aktiv- und Passivzinsen sowie Aufwand- und Ertragspositionen, die im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Finanzvermögens stehen. Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte, sie sich der Einflussnahme und Kontrolle entziehen und sie nicht zum operativen Geschäft gehören.

Finanzierungsrechnung

Die Finanzierungsrechnung zeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben eines Haushalts mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung und werden in der Investitionsrechnung zusammengefasst. In den Tabellen wird der Saldo der Investitionsrechnung als Nettoinvestition bezeichnet. Ein negativer Investitionsrechnungssaldo (ein Überhang an Investitionsausgaben) hat einen investiven Charakter, während ein positiver Saldo mit einer Desinvestition gleichzusetzen ist. Für die finanzpolitische Gesamtsteuerung bildet die Finanzierungsrechnung das zentrale Steuerungsinstrument. Die Verwaltungs- und Betriebsführung orientiert sich dagegen – analog zur Privatwirtschaft – an der Erfolgssicht.

Bilanz

Die Bilanz gibt einen Überblick über die Vermögens- und Kapitalstruktur. Wie in öffentlichen Haushalten üblich, unterteilen sich die Aktiven aus Gründen der Kreditsprechung in das Finanz- und das Verwaltungsvermögen. Ersteres umfasst jene Vermögenswerte, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung jederzeit veräussert werden können. Letzteres ist gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Aufgabenerfüllung bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital unterteilt, wobei ein Bilanzfehlbetrag als negatives Eigenkapital ausgewiesen wird.

Bruttoschulden

In Anlehnung an das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wird die Bruttoschuld definiert als Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie der Verbindlichkeiten gegenüber den öffentlichen Haushalten abzüglich der in diesen Positionen enthaltenen derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge. Diese Definition hat sich im Vergleich zum früheren Handbuch des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (HRM1) geändert. Zudem ist sie mit dem Konzept der Maastricht-Schuld der EU kompatibel.

Finanzkennzahlen

Zur Beurteilung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte werden primär folgende Finanzkennzahlen herangezogen.

Finanzkennzahlen

Kennzahl	Definition	Aussage	Richtwerte
Nettoverschuldungsquotient	<i>Nettoschuld I</i> in % des Fiskalertrags; Fremdkapital – passivierte Investitionsbeiträge – Finanzvermögen = <i>Nettoschuld I</i>	Anteil des Fiskalertrags, der erforderlich ist, um die Nettoschuld abzutragen.	< 100 % gut 100–150 % genügend > 150 % schlecht
Selbstfinanzierungsgrad	<i>Selbstfinanzierung</i> in % der Nettoinvestitionen; Erfolg + Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (VV) + Wertberichtigungen Darlehen, VV + Wertberichtigungen Beteiligungen, VV + Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen – Auflösung passivierter Investitionsbeiträge – Aufwertungen, VV + Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen – Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + Zusätzliche Abschreibungen + Zusätzliche Abschreibungen auf Transfers – Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge + Einlagen in das Eigenkapital – Entnahmen aus dem Eigenkapital = <i>Selbstfinanzierung</i>; + Sachanlagen + Investitionen auf Rechnung Dritter + Investitionen, immaterielle Anlagen + Darlehen und Beteiligungen n.a.g. + Darlehen + Beteiligungen und Grundkapitalien + Eigene Investitionsbeiträge (im FS-Modell unter Investitionsbeiträge ausgewiesen) + Investitionsbeiträge (eigene und durchlaufende) + Ausserordentliche Investitionsausgaben = <i>Bruttoinvestitionen</i>; – Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen – Rückerstattungen – Abgang immaterielle Sachanlagen – Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen n.a.g. – Rückzahlung von Darlehen – Übertragung von Beteiligungen – Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge (im FS-Modell unter Rückzahlung Investitionsbeiträge ausgewiesen) – Rückzahlung Investitionsbeiträge (eigene und durchlaufende) – Ausserordentliche Investitionseinnahmen = <i>Investitionseinnahmen</i>; Bruttoinvestitionen – Investitionseinnahmen = <i>Nettoinvestitionen</i>	Anteil der Nettoinvestitionen, der aus eigenen Mittel finanziert werden kann.	Je nach Konjunkturlage: > 100 % Hochkonjunktur 80–100 % Normalfall 50–80 % Abschwung Mittelfristig im Durchschnitt gegen 100 %.

Kennzahl	Definition	Aussage	Richtwerte	
Zinsbelastungsanteil	<i>Nettozinsaufwand in % des laufenden Ertrags;</i> + Zinsaufwand – Zinsertrag = <i>Nettozinsaufwand</i> + Fiskalertrag + Regalien und Konzessionen + Entgelte + verschiedene Erträge + Finanzertrag + Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + Transferertrag + Ausserordentlicher Ertrag + Entnahmen aus Aufwertungsreserve + Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (fehlt in FS-Modell) – Entnahmen aus dem Eigenkapital = <i>Laufender Ertrag</i>	Anteil des «verfügbaren Einkommens», der durch den Zinsaufwand gebunden ist.	0–4 % 4–9 % > 9 %	gut genügend schlecht
Bruttoverschuldungsanteil	<i>Bruttoschulden in % des laufenden Ertrags;</i> + Laufende Verbindlichkeiten + Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten + Langfristige Finanzverbindlichkeiten + Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Haushalten – Derivative Finanzinstrumente – Passivierte Investitionsbeiträge = <i>Bruttoschulden</i>	Beurteilt die Verschuldungssituation bzw. geht der Frage nach, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.	< 50 % 50–100 % 100–150 % 150–200 % > 200 %	sehr gut gut mittel schlecht kritisch
Investitionsanteil	<i>Bruttoinvestitionen in % der Gesamtausgaben;</i> + Personalausgaben + Sach- und übriger Betriebsausgaben + Rüstaussgaben + Transferausgaben + Ausserordentliche Ausgaben = <i>Laufende Ausgaben</i> Laufende Ausgaben + Bruttoinvestitionen (Berechnung, siehe Selbstfinanzierungsgrad) = <i>Gesamtausgaben</i>	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.	< 10 % 10–20 % 20–30 % > 30 %	schwache Investitionstätigkeit mittlere Investitionstätigkeit starke Investitionstätigkeit sehr starke Investitionstätigkeit
Kapitaldienstanteil	<i>Kapitaldienst in % des laufenden Ertrags;</i> + Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen + Zinsaufwand + Wertberichtigungen Darlehen, VV + Wertberichtigungen Beteiligungen, VV + Abschreibungen auf Investitionsbeiträge – Zinsertrag – Auflösung passivierte Investitionsbeiträge = <i>Kapitaldienst</i>	Mass für die Belastung des Haushalts durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.	< 5 % 5–15 % > 15 %	geringe Belastung tragbare Belastung hohe Belastung
Selbstfinanzierungsanteil	<i>Selbstfinanzierung in % des laufenden Ertrags</i>	Gibt an, welchen Anteil des Ertrags der öffentliche Haushalt zur Finanzierung seiner Investitionen aufwenden kann.	> 20 % 10–20 % < 10 %	gut mittel schlecht

532 Das GFS-Modell

Zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit der Staatsfinanzen und der Datenlieferungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Finanzstatistik zusätzlich gemäss dem GFS-Modell erstellt. Dieses basiert auf dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM2014) des IWF, wobei geringfügige Anpassungen an die Schweizer Verhältnisse vorgenommen werden. Wie die «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) ist auch das GFSM2014 ein Standard für die finanzielle Berichterstattung über öffentliche Haushalte. Im Unterschied zu den IPSAS, die mehr die einzel- bzw. betriebswirtschaftliche Sicht (Managementorientierung und Steuerung) betonen, legt das GFSM2014 als Standard für eine Synthesestatistik das Schwergewicht auf die volkswirtschaftliche Sicht sowie die internationale Vergleichbarkeit.

Die Rechnungsdaten des Bundes (Stammhaus und Sonderrechnungen) sowie der einzelnen öffentlichen Sozialversicherungen werden direkt in das GFS-Modell eingelesen, jene der Kantone und Gemeinden hingegen werden aus dem FS-Modell übernommen und automatisch umgeschlüsselt. Damit die Daten den Qualitätsanforderungen und Richtlinien des GFSM2014 (und auch des ESG2010) genügen, sind punktuell statistische GFS-Bearbeitungen erforderlich. Diese GFS-Bearbeitungen erfolgen anhand externer Informationsquellen und/oder aufgrund einer dem Standard des GFSM2014 entsprechenden wirtschaftlichen

Beurteilung der Geschäftsvorgänge. Die GFS-Bearbeitungen werden nur auf den höheren Aggregationsstufen, nämlich den Teilsektoren «Bund», «Kantone», «Gemeinden» und «Sozialversicherungen» durchgeführt. Anschliessend stehen die Daten für die Auswertungen und die Berichterstattung bereit.

Analog zum FS-Modell werden im GFS-Modell die Geschäftsvorgänge und Kennzahlen grundsätzlich periodengerecht ausgewiesen. Im Vergleich zu den Rechnungsmodellen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen ergeben sich aber auch einige Unterschiede. Im GFS-Modell wird anstelle des Begriffs Bilanz der Begriff Vermögensrechnung verwendet. Der Ertrags- und Aufwandbegriff sind enger definiert als im FS-Modell. Zudem kennt das GFS-Modell die Aufteilung in ordentliche und ausserordentliche Ergebnisse nicht. Stattdessen wird zwischen Transaktionen und sonstigen wirtschaftlichen Strömen unterschieden. Während der Erfolg und der Finanzierungssaldo von den Transaktionen abgeleitet werden und finanzpolitisch steuerbar sind, gelten unvorhersehbare Ereignisse und Wertveränderungen von Bestandesgrössen als sonstige wirtschaftliche Ströme. Diese entziehen sich der politischen Kontrolle. Nachfolgende Abbildungen zeigen wie das GFS-Modell klassifiziert und aufgebaut ist.

Um die Zusammenhänge der Bestandteile innerhalb der Abbildung «Modellaufbau des GFS-Modells» zu verstehen, empfiehlt sich die Abbildung von oben nach unten zu lesen.

Abbildung 19: Klassifikation gemäss GFSM2014

Klassifikation	Titel	Code
Vermögensrechnung	Vermögensgüter	61
	Forderungen	62
	Verbindlichkeiten	63
	Reinvermögen	69
Transaktionen	Ertrag	1
	Aufwand	2
	auf Vermögensgütern	31
	Erwerb	31.1
	Veräusserung	31.2
	Wertverzehr	31.3
	auf Forderungen	32
	auf Verbindlichkeiten	33
Sonstige wirtschaftliche Ströme	bei Vermögensgütern	91
	bei Forderungen	92
	bei Verbindlichkeiten	93

Abbildung 20: Modellaufbau des GFS-Modells

Anfangsbestände	Flussgrössen		Endbestände
Vermögensrechnung	Transaktionen	Sonstige wirtschaftliche Ströme	Vermögensrechnung
	1 Ertrag		
	-		
	2 Aufwand		
	=		
69 Reinvermögen	Erfolg	Saldo sonstige wirtschaftliche Ströme	69 Reinvermögen
=	=	=	=
61 Vermögensgüter	31 Nettozugang an Vermögensgütern	91 Nettoströme Vermögensgüter	61 Vermögensgüter
+	+	+	+
Nettofinanzvermögen	Finanzierungssaldo	Veränderung Nettofinanzvermögen aus sonstigen wirtschaftlichen Strömen	Nettofinanzvermögen
=	=	=	=
62 Forderungen	32 Nettozugang an Forderungen	92 Nettoströme bei Forderungen	62 Forderungen
-	-	-	-
63 Verbindlichkeiten	33 Nettozugang an Verbindlichkeiten	93 Nettoströme bei Verbindlichkeiten	63 Verbindlichkeiten

Vermögensrechnung

Das GFS-Modell kennt auf der Aktivseite keine Unterscheidung in Finanz- und Verwaltungsvermögen, sondern differenziert zwischen Vermögensgütern und Forderungen. Die Vermögensgüter umfassen Anlagegüter, Vorräte, Wertsachen sowie nicht produzierte Vermögensgüter wie Boden und natürliche Ressourcen. Darlehen und Wertpapiere werden hingegen vollumfänglich unter den Forderungen erfasst, auch wenn sie in den Staatsrechnungen unter dem Finanzvermögen oder dem Verwaltungsvermögen klassiert sind. Die Verbindlichkeiten entsprechen grundsätzlich dem Fremdkapital, wobei es auf einzelnen Positionen definitorische Abweichungen geben kann. Generell sind sowohl Aktiva als auch Passiva nach dem «True and fair view»-Prinzip zu erfassen. Das bedeutet z.B., dass bei den Forderungen und Verbindlichkeiten für handelbare Bestände Marktwerte ausgewiesen werden.

Reinvermögen

Anstelle des Eigenkapitals wird im GFS-Modell das Reinvermögen ausgewiesen. Es entspricht der Summe aus Vermögensgütern und Forderungen abzüglich den Verbindlichkeiten. Bei den öffentlichen Haushalten entspricht das Reinvermögen in etwa dem Eigenkapital.

Schulden

Die Bruttoschulden umfassen im GFS-Modell für den Sektor Staat sämtliche Verbindlichkeiten abzüglich der Finanzderivate. Im Vergleich zu den im FS-Modell ausgewiesenen Bruttoschulden, welche in Anlehnung an die Maastricht-Kriterien berechnet werden, besteht der Unterschied insbesondere darin, dass praktisch das gesamte Fremdkapital mit einbezogen wird. Die Staatschulden gemäss Maastricht sind somit enger definiert. Des Weiteren werden im GFS-Modell die handelbaren Verbindlichkeiten zu Marktwerten bilanziert.

Transaktionen

Die Transaktionen werden gemäss GFSM2014 separat erfasst und ausgewiesen. Unterschieden wird zwischen nichtfinanziellen und finanziellen Transaktionen. Erstere beziehen sich auf die Erfolgsrechnung und Transaktionen auf Vermögensgüter, letztere auf Forderungen und Verbindlichkeiten. Im Schweizer GFS-Modell können jedoch nur die nichtfinanziellen Transaktionen einzeln ausgewiesen werden, da für die finanziellen Transaktionen die entsprechenden Angaben aus den einzelnen Staatsrechnungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen nicht ermittelt werden können. Sie werden deshalb global auf Basis der Veränderungen in der Vermögensrechnung ermittelt.

Anlagerechnung

An Stelle einer Investitionsrechnung (FS-Modell) wird im GFS-Modell eine Anlagerechnung ausgewiesen. Diese berücksichtigt jedoch nur Transaktionen auf Vermögensgütern. Als Kennzahl figuriert der Nettozugang an Vermögensgütern. Dieser umfasst deren Erwerb abzüglich der Veräusserung und bringt zusätzlich den Wertverzehr von Vermögensgütern in Abzug. Dieser Wertverzehr entspricht im FS-Modell nur den planmässigen Abschreibungen. Die ausserplanmässigen Abschreibungen des FS-Modells werden im GFS-Modell unter den sonstigen wirtschaftlichen Strömen erfasst. Die zusätzlichen Abschreibungen des FS-Modells werden hingegen nicht berücksichtigt.

Abbildung 21: Nettozugang an Vermögensgütern

Nettozugang an Vermögensgütern

+	Erwerb von Vermögensgütern
–	Veräusserung von Vermögensgütern
–	Wertverzehr von Vermögensgütern

Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge werden im GFS-Modell in der Erfolgsrechnung als so genannte Investitionszuschüsse (Kapitalbeihilfen) erfasst. Sie werden jedoch in der Vermögensrechnung nicht aktiviert. Unterschiede ergeben sich dadurch vor allem bei den Kantonen und Gemeinden, wo im FS-Modell die Investitionsbeiträge bilanziert und abgeschrieben werden. Beim Bund werden die Investitionsbeiträge im FS-Modell sofort abgeschrieben. Da der Bestand der Investitionsbeiträge aus der Bilanz des FS-Modells im GFS-Modell nicht übernommen wird, werden die dazugehörigen Abschreibungen in der GFS-Anlagerechnung nicht berücksichtigt.

Sonstige wirtschaftliche Ströme

Im GFS-Modell wird bei den Geschäftsvorgängen zwischen operativen Transaktionen und sonstigen wirtschaftlichen Strömen unterschieden. Während die ersteren zum operativen Teil der Rechnung gehören, finanzpolitisch steuerbar sind und den für finanzpolitische Analysen massgebenden Finanzierungssaldo ausweisen, werden die sonstigen wirtschaftlichen Ströme gesondert verbucht. Zu diesen finanzpolitisch nicht steuerbaren Strömen zählen Veränderungen der Buch- oder Marktwerte (Bewertungsänderungen) sowie nicht planbare Ab- oder Zugänge bei den Positionen der Vermögensrechnung, wie z.B. Schenkungen, Wertberichtigungen als Folge von Umweltkatastrophen, usw.

Erfolg und Finanzierungssaldo

Der Erfolg ist gleich der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Wird vom Erfolg der Nettozugang an Vermögensgütern subtrahiert, resultiert der Finanzierungssaldo. Der Finanzierungssaldo

lässt sich auch aus den finanziellen Transaktionen auf Forderungen und Verbindlichkeiten berechnen. Diese können jedoch im Schweizer GFS-Modell nur indirekt über die Veränderungen bei den entsprechenden Vermögenspositionen ermittelt werden.

Staatsausgaben

Die Staatsausgaben ergeben sich aus der Summe von Aufwand und Nettozugang an Vermögensgütern. Da der Wertverzehr von Vermögensgütern im Aufwand mit positivem und im Nettozugang an Vermögensgütern mit negativem Vorzeichen enthalten ist, enthalten die Staatsausgaben den Wertverzehr nicht. Im Vergleich zum FS-Modell sind die Staatsausgaben gemäss GFS-Modell tendenziell tiefer. Grund dafür ist, dass es Positionen gibt, die im FS-Modell zu den Ausgaben gehören, im GFS jedoch den finanziellen Transaktionen auf Forderungen und Verbindlichkeiten oder den sonstigen wirtschaftlichen Strömen zugeteilt sind.

Abbildung 22: Staatsausgaben

Staatsausgaben

+	Aufwand
+	Nettozugang an Vermögensgütern

Die Nomenklatur für Staatsausgaben nach Funktionen, die «Classification of the Functions of Government» (COFOG) wird vom Statistischen Dienst der Vereinten Nationen (United Nations Statistical Division) herausgegeben. Die COFOG kommt bei der Strukturierung des staatlichen Aufwands und des Nettozugangs an Vermögensgütern zur Anwendung. Die COFOG weist drei Detaillierungsgrade auf: Bereiche, Gruppen und Klassen. Die Bereiche können als die grobgefassten Ziele des Staates definiert werden. Es ist jedoch zu beachten, dass die zehn Bereiche «Allgemeine öffentliche Verwaltung», «Verteidigung», «öffentliche Ordnung und Sicherheit», «wirtschaftliche Angelegenheiten», «Umweltschutz», «Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen», «Gesundheit», «Freizeit, Kultur, Kirche», «Bildung und Erziehung» sowie «soziale Sicherheit» mit der Klassifizierung der Aufgabenbereiche im FS-Modell nicht identisch sind. Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» gemäss FS-Modell wird beispielsweise gemäss COFOG vollständig in den Bereich «Allgemeine öffentliche Verwaltung» umgeschlüsselt.

523 Nomenklaturen

Die Produktion der Finanzstatistik setzt für jede Modellvariante eine Artengliederung des Kontenplans und eine funktionale Gliederung der Aufgabengebiete des Staates voraus. In der Artengliederung werden die ökonomischen Bestandes- und Stromgrössen abgebildet. In der funktionalen Gliederung werden diejenigen Ströme, welche die Staatseinnahmen und -ausgaben bilden, einem Aufgabengebiet zugeordnet. Die Nomenklaturen der Modelle sind auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung² publiziert.

1 «Wertverzehr von Vermögensgütern» wird im GFS-Modell anstelle des Begriffs «Abschreibungen» verwendet.

2 siehe Downloads unter www.efv.admin.ch, Rubriken «Themen», «Finanzstatistik», «Berichterstattung».

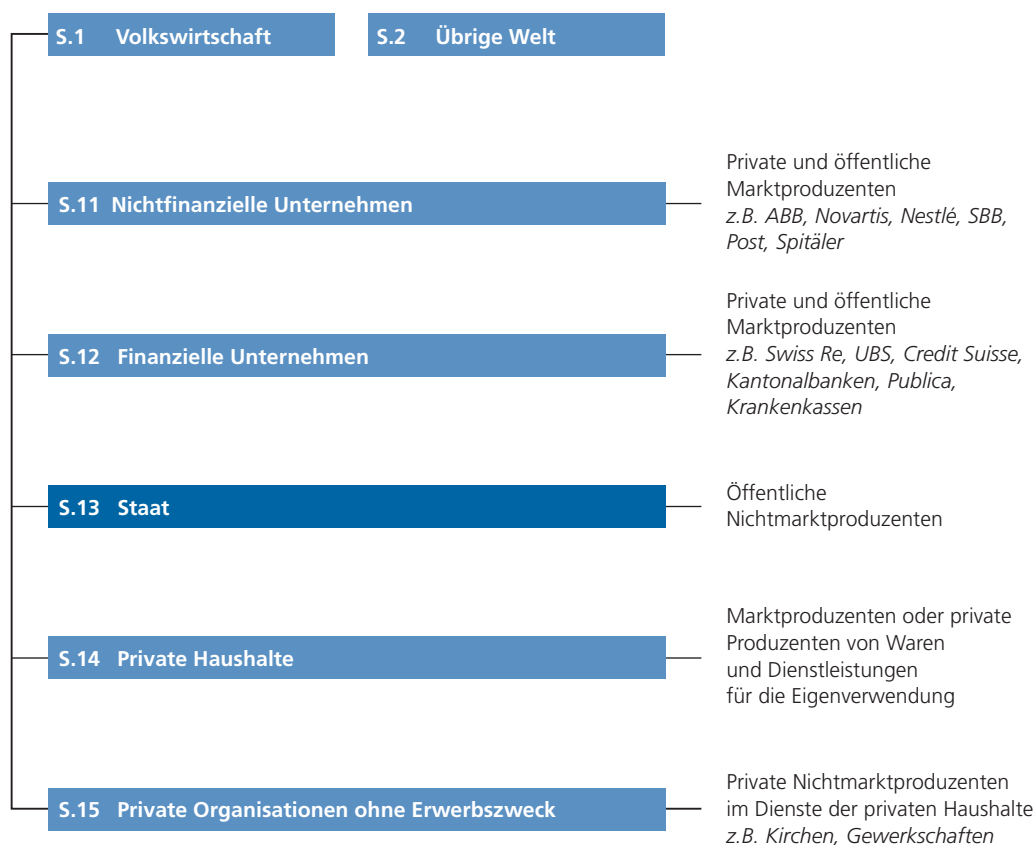
54 Sektorisierung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden die wirtschaftlichen Subjekte sogenannten institutionellen Sektoren zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgt nach einem spezifischen Entscheidungsschema, dieser Vorgang wird als Sektorisierung bezeichnet. Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, die zu den öffentlichen Nichtmarktproduzenten zählen, deren Produktionswert für den Konsum bestimmt ist, die sich primär mit Zwangsabgaben (Steuern und andere Fiskalabgaben) von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen.

Um internationale Vergleiche anstellen zu können, ist es unabdingbar, internationale Standards zu übernehmen. Dies gilt insbesondere auch für die Frage der Zuteilung von Wirtschaftssubjekten auf die Sektoren. Mit der Reform Bilaterale II hat die Finanzstatistik den Erhebungsgegenstand an die Sektorisierungsvorgaben des

Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) angepasst. Die Klassifikation der institutionellen Sektoren gemäss ESG2010 ist in der Abbildung «institutionelle Sektoren» ersichtlich.

Abbildung 23: Institutionelle Sektoren



Die Abbildung zeigt, dass die Tätigkeiten der öffentlichen Hand verschiedenen Sektoren zugeordnet werden können. So gehören öffentliche Marktproduzenten – in der Regel handelt es sich hierbei um öffentliche Unternehmen – nicht zum Sektor Staat, sondern zu den nichtfinanziellen bzw. den finanziellen

Kapitalgesellschaften. Für die Abgrenzung der Finanzstatistik ist deshalb insbesondere die Frage von Bedeutung, ob eine Einheit als Marktproduzent oder als Nichtmarktproduzent eingestuft wird. Die Unterteilung des Sektors Staat ist in der Abbildung «Teilsektoren des Sektors Staat» ersichtlich.

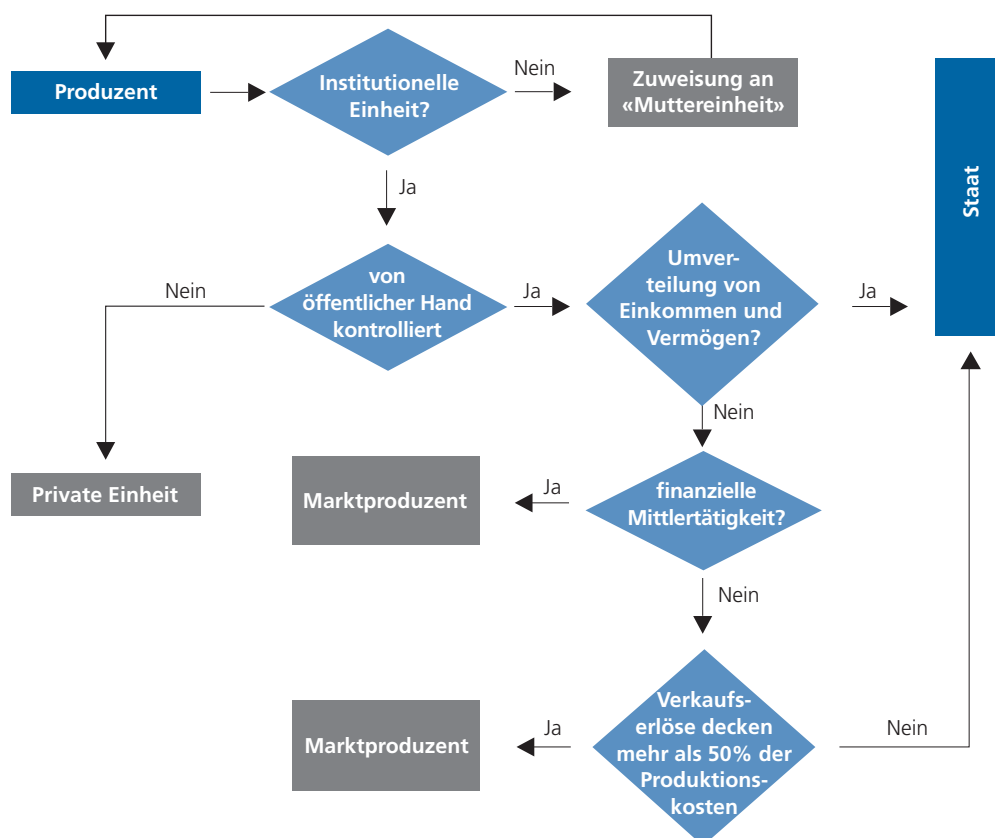
Abbildung 24: Teilsektoren des Sektors Staat



Der institutionelle Sektor Staat gliedert sich in vier Teilsektoren: die ersten drei gemäss dem föderalen Staatsaufbau, der vierte Teilsektor umfasst die «öffentlichen Sozialversicherungen».

Die Zuteilung zu einem Sektor hängt grundsätzlich von der Art der Tätigkeit und der Kontrolle über die Einheit ab. Die Sektorsierung erfolgt im Prinzip nach der Abbildung «Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat».

Abbildung 25: Entscheidungsschema für die Zuordnung zum Sektor Staat



Ein Wirtschaftssubjekt wird dem Staat zugeteilt, wenn es

- (I) eine institutionelle Einheit ist und gleichzeitig
- (II) durch die öffentliche Hand kontrolliert wird, sowie entweder
- (III) seine Hauptfunktion in der Umverteilung von Einkommen und Vermögen liegt, oder
- (IV) als Hauptfunktion keine finanzielle Mittlertätigkeit ausübt und
- (V) seine Produktion nicht zu wirtschaftlich signifikanten Preisen liefert.

Als erster Schritt erfolgt die Abklärung, ob es sich bei den zu erfassenden Transaktionen um wirtschaftliche Tätigkeiten einer eigenen institutionellen Einheit handelt. Für die praktische Anwendung in der Finanzstatistik ist insbesondere das Vorhandensein einer eigenen Rechnung von entscheidender Bedeutung. Eine Ausgliederung aus der bzw. Eingliederung in die Muttereinheit wird nur dann vorgenommen, wenn zumindest eine Bilanz und eine laufende Rechnung, vorzugsweise auch eine Investitionsrechnung, vorliegen oder erstellt werden können. Des Weiteren ist die Frage nach der unternehmerischen Selbständigkeit von Bedeutung. Unternehmerische Selbständigkeit liegt dann vor, wenn die zur Diskussion stehenden Tätigkeiten nicht innerhalb der Verwaltung, sondern im Rahmen einer eigenen Betriebsorganisation und einer eigenen Geschäftsleitung ausgeführt werden.

Das zweite Kriterium stellt die Frage nach der Kontrolle durch die öffentliche Hand. Darunter kann die Fähigkeit bezeichnet werden, die allgemeine Strategie und Geschäftspolitik der Einheit zu bestimmen. Dies ist dann der Fall, wenn die öffentliche Hand mehr als 50 Prozent der stimmberechtigten Geschäftsanteile besitzt oder aufgrund eines Gesetzes, einer Verordnung oder eines besonderen Status zur Festlegung der Unternehmenspolitik bzw. Einsetzung der Unternehmensleitung eine faktische Kontrolle ausübt. Bei letzterem ist in der Praxis entscheidend, ob die Unternehmenspolitik so stark von der öffentlichen Hand beeinflusst wird, dass der finanzielle Erfolg der Einheit massgeblich durch die öffentliche Hand gesteuert werden kann.

Eine Umverteilungsfunktion gemäss dem dritten Kriterium liegt grundsätzlich dann vor, wenn Leistungen den Begünstigten unentgeltlich zur Verfügung stehen und/oder über Zwangsabgaben finanziert werden, deren Höhe und Bemessungsgrundlagen

in keinem Zusammenhang zu den Kosten der individuell bezogenen Leistungen stehen. Typischerweise handelt es sich dabei um Leistungen, welche über direkte und indirekte Steuern oder andere Fiskalabgaben finanziert werden, wozu z.B. auch die vom Einkommen abhängigen Sozialversicherungsbeiträge der AHV, IV, EO und ALV gehören. Die betreffenden staatlichen Leistungen stehen im Gegensatz zu den teilweise oder vollständig durch Gebühren finanzierten Leistungen. Bei letzteren ist die Höhe der individuellen Gebührenzahlungen abhängig von den individuell bezogenen staatlichen Leistungen, weshalb keine Umverteilung stattfindet.

Institutionelle Einheiten, welche von der öffentlichen Hand kontrolliert werden und als Hauptfunktion eine finanzielle Mittlertätigkeit wahrnehmen (Kriterium IV), werden als öffentliche Marktproduzenten klassiert und gehören als solche nicht zum Staat. Bei diesen Einheiten handelt es sich um Banken, Sparkassen und Vermögensverwaltungsinstitutionen, Versicherungen und Krankenkassen, oder Pensionskassen.

Beim letzten Kriterium (V) geht es grundsätzlich darum festzulegen, ob die Produktion der Einheit marktbestimmt oder nicht marktbestimmt ist. Gemäss ESVG2010 ist ein Produzent ein Marktproduzent, wenn er seine Produktion zu wirtschaftlich signifikanten Preisen verkauft. Ein Preis ist wirtschaftlich signifikant, wenn er auf die produzierte Menge und die von den Käufern nachgefragte Menge einen signifikanten Einfluss ausübt. Diese, relativ abstrakte und theoretische Regel ist jedoch in der Praxis nur schwer umzusetzen. Als Marktproduzent gilt deshalb eine Einheit, die über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg mindestens 50 % ihrer Produktionskosten aus dem Erlös ihrer Verkäufe oder über Gebühren und Entgelte deckt.

55 Konsolidierung

Unter Konsolidierung versteht man die Zusammenfassung der Rechnungen einzelner Haushalte zu einem Gesamtabschluss.

In den konsolidierten Ergebnissen werden Transfers zwischen den zu konsolidierenden Einheiten eliminiert. Werden beispielsweise die Gemeinden eines Kantons als eine Einheit ausgewiesen, dann werden alle Transfers zwischen diesen Gemeinden abgezogen. Damit wird sichergestellt, dass der konsolidierte Aufwand und Ertrag bzw. die konsolidierten Ausgaben und Einnahmen nicht um diese «internen» Transfers (sog. Doppelzählungen) zu hoch ausgewiesen werden.

Da die Rechnungen der einzelnen Teilsektoren und Haushalte nicht vereinheitlicht und standardisiert sind, werden Geschäftsvorfälle häufig unterschiedlich gebucht. Die Transfers der

einzelnen Haushalte werden deshalb im Rahmen der Erstellung der Finanzstatistik so bearbeitet, dass eine möglichst grosse Übereinstimmung zwischen den gebenden und empfangenden Transfers besteht. Dazu wurden Konsolidierungsregeln definiert (vgl. mit der Abbildung «Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik»). Wo dies im Interesse der Qualität der statistischen Daten sinnvoll erscheint, wird jedoch punktuell vom Grundsatz abgewichen. Nicht bereinigte Transfers führen zu sogenannten statistischen Differenzen. Solche Fälle treten insbesondere bei den aus der früheren Finanzstatistik überführten Daten der Rechnungsjahre 1990 bis 2007 auf.

Abbildung 26: Konsolidierungsregeln der Finanzstatistik

Transfers	Konsolidierungsregel
Gemeinden – Gemeinden	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben
Kantone – Gemeinden / Gemeinden – Kantone	Basis für die Konsolidierung: Daten des Kantons Korrektur und Ausgleich: Gemeinden
Kantone – Kantone	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben Ausnahme: Beim horizontalen Finanzausgleich der Kantone werden die Kantonsdaten den periodengerechten Werten gemäss Verordnung pro Rechnungsjahr angepasst.
Sozialversicherungen – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Einnahmen Korrektur und Ausgleich: Ausgaben
Bund – Kantone / Bund – Gemeinden	Basis für die Konsolidierung: Bund Korrektur Ausgleich: Kantone und Gemeinden
Bund – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Bund Korrektur und Ausgleich: Sozialversicherungen
Kantone – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Sozialversicherungen Korrektur und Ausgleich: Kantone
Gemeinden – Sozialversicherungen	Basis für die Konsolidierung: Sozialversicherungen Korrektur und Ausgleich: Gemeinden

Begriff	Erklärung
Abschreibungen	Planmässige Abschreibungen im GFS-Modell messen den Wertverzehr von Vermögensgütern während einer Periode durch den Verschleiss, d.h. nach der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Kein Wertverzehr findet jedoch bei den Vorräten, Wertsachen und nichtproduzierten Vermögenswerten statt. Im FS-Modell kommen noch die ausserplanmässigen (und eventuell zusätzlichen) Abschreibungen hinzu.
Aktiven	Die Aktiven werden auch als Vermögen bezeichnet. Sie sind Teil der Bilanz und geben an, wofür die Mittel verwendet wurden. Die Reihenfolge der einzelnen Positionen auf der Aktivseite entspricht zumeist ihrer Liquidierbarkeit. Im FS-Modell werden sie nach Finanz- und Verwaltungsvermögen aufgeteilt. Das GFS-Modell unterscheidet zwischen Vermögensgütern (nichtfinanziellen Vermögenswerten) und Forderungen (finanziellen Vermögenswerten).
Anlagerechnung	Die Anlagerechnung (GFS-Modell) zeigt den Zu- und Abgang von Vermögensgütern (nichtfinanzieller Vermögenswerte) aus der operativen Tätigkeit. Aufgezeigt werden der Erwerb und die Veräusserung von Vermögensgütern sowie der Wertverzehr von Sachvermögen (Hoch-, Tiefbauten, Ausrüstungsgüter sowie substantielle Investitionen in Grund und natürliche Ressourcen).
Aufwand	Der Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in einer Rechnungsperiode verbrauchten oder verzehrten Güter und Dienstleistungen. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Ausgaben werden im GFS-Modell die volkswirtschaftlichen, geplanten Abschreibungen berücksichtigt. Im FS-Modell kommen die ungeplanten Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie weitere nicht finanzierungswirksame Vorgänge wie z.B. Einlagen in Spezialfinanzierungen hinzu.
Ausgaben	Eine Ausgabe ist definiert als die Verwendung von Finanzvermögen (FS-Modell) resp. finanzieller Vermögenswerte (GFS-Modell) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Kredits.
Bilanz	Die Bilanz gibt Auskunft über die Mittelverwendung (Aktiven) und Mittelherkunft (Passiven) zu einem bestimmten Zeitpunkt.
Bruttoschulden	In Anlehnung an das harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wird die Bruttoschuld definiert als Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie der Verbindlichkeiten gegenüber den öffentlichen Haushalten abzüglich der derivativen Finanzinstrumente und passivierten Investitionsbeiträge.
Bruttoschuldenquote	Die Bruttoschuldenquote ist das Verhältnis zwischen den Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte und dem nominalen Bruttoinlandprodukt (BIP). Sie stellt eine Annäherung an die Bruttoschuldenquote gemäss den Maastricht-Kriterien der EU dar.
Defizit-/Überschussquote	Die Defizit-/Überschussquote des Staates entspricht dem Finanzierungssaldo des GFS-Modells in Prozent des BIP.
Eigenkapital	Das Eigenkapital im FS-Modell ist die Differenz zwischen dem Vermögen und dem Fremdkapital.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren resp. die finanziellen Vermögenswerte erhöhen.
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die ein öffentlicher Haushalt für Dritte erbringt; ferner die Ersatzabgaben, die Erträge aus Bussen und Rückerstattungen von Privaten.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung zeigt den in einer Rechnungsperiode anfallenden Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag). Das Ergebnis der Erfolgsrechnung, kurz Erfolg genannt, gibt Aufschluss über die Veränderung des Eigenkapitals (FS-Modell) resp. des Reinvermögens (GFS-Modell).
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit entspricht im FS-Modell dem Saldo aus betrieblichem Ertrag abzüglich dem betrieblichen Aufwand.
Ertrag	Als Ertrag gilt der gesamte Wertzuwachs innerhalb einer bestimmten Periode. Im GFS-Modell ist er mit den Einnahmen identisch.
Finanzergebnis	Das Finanzergebnis setzt sich im FS-Modell aus Finanzertrag abzüglich Finanzaufwand zusammen.
Finanzierungsrechnung	Die Finanzierungsrechnung dient der Ermittlung des gesamten Finanzierungsbedarfs, welcher aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen erwächst. Sie weist damit alle Zahlungsvorgänge eines Rechnungsjahres aus, die sich aus der Aufgabenerfüllung ergeben.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo des GFS-Modells entspricht dem operativen Saldo abzüglich des Nettozuzugs an Sachvermögen. Der Finanzierungssaldo lässt sich auch aus den Transaktionen bei den Forderungen und Verpflichtungen berechnen. Diese können jedoch im Schweizer GFS-Modell nur indirekt über die Veränderungen bei den entsprechenden Positionen der Vermögensrechnung ermittelt werden. Gesamtwirtschaftlich entspricht dies der Differenz aus Staatseinnahmen und Staatsausgaben.
Finanzstatistik	Die Finanzstatistik ist eine Synthesestatistik und stellt die Ausweise der Erfolgs-, Finanzierungs- und Vermögenslage öffentlicher Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) sowie die Struktur ihrer Ausgaben, gegliedert nach Aufgabengebieten, auf eine vergleichbare Grundlage. Davon abgeleitet werden gesamtwirtschaftliche Kennziffern wie die Staats-, Defizit-/Überschuss-, Fiskal- und Schuldenquote des Staates.

Begriff	Erklärung
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst im FS-Modell jene Vermögenswerte, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Der Fiskalertrag setzt sich aus den verschiedenen Steuern und weiteren Abgaben, insbesondere Sozialversicherungsabgaben, zusammen, die von öffentlichen Haushalten erhoben werden.
Fiskalquote	Die Fiskalquote ist gleich dem Fiskalertrag des Staates in Prozent des nominalen BIP gemäss GFS-Modell und entspricht ebenfalls den Richtlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Revenue Statistics.
Fremdkapital	Das Fremdkapital besteht im Allgemeinen aus rechtlich einforderbaren Zahlungsverpflichtungen.
Fremdkapitalquote	Die Fremdkapitalquote ist gleich dem Fremdkapital des GFS-Modells (ohne Finanzderivate) in Prozent des BIP. Sie entspricht der Quote der Bruttoschulden in Anlehnung an die Definition des Internationalen Währungsfonds (IWF).
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss). Für konsolidierte Ergebnisse werden die Transfers zwischen den zu konsolidierenden Einheiten abgezogen. Damit wird sichergestellt, dass die konsolidierten Ausgaben und Einnahmen nicht um diese «internen» Transfers (Doppelzählungen) zu hoch ausgewiesen werden.
Nettoschuld I	Die Nettoschuld I berechnet sich im FS-Modell als Fremdkapital minus passivierte Investitionsbeiträge minus Finanzvermögen. Die Grösse dient zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Sie zeigt u.a., wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird.
Nettoverschuldungsquotient	Der Nettoverschuldungsquotient des FS-Modells sagt aus, welcher Anteil bzw. wie viele Jahrestriechen der Fiskalerträge zur Abtragung der Nettoschuld erforderlich sind.
Nettozugang an Vermögensgütern	Der Nettozugang an Vermögensgütern im GFS-Modell entspricht dem Erwerb abzüglich der Veräusserungen von Vermögensgütern und abzüglich des Wertverzehr von Sachvermögen.
Ordentliches Ergebnis	Das ordentliche Ergebnis im FS-Modell ist gleich der Differenz zwischen ordentlichem Ertrag und ordentlichem Aufwand. Es entspricht der Summe aus dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und dem Ergebnis aus Finanzierung.
Passiven	Die Passiven befinden sich auf der rechten Seite der Bilanz. Sie geben Auskunft auf welche Weise die Mittel beschafft wurden. Die Passiven unterteilen sich in Fremdkapital und Eigenkapital.
Sektorisierung	In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und in der Finanzstatistik werden die wirtschaftlichen Entscheidungsträger in sogenannte institutionelle Sektoren unterteilt. Diese Abgrenzung wird als Sektorisierung bezeichnet.
Selbstfinanzierung	Die Selbstfinanzierung ist eine Kennzahl des FS-Modells. Sie ist definiert als Erfolg zuzüglich den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und der Investitionsbeiträge, den zusätzlichen Abschreibungen, den Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital abzüglich den Aufwertungen des Verwaltungsvermögens, der Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital. Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welchen Anteil seiner Nettoinvestitionen ein öffentlicher Haushalt aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann.
Staatsausgaben	Die Staatsausgaben im GFS-Modell ergeben sich aus der Summe von Aufwand und Nettozugang an Vermögensgütern des Staates.
Staatsquote	Die Staatsquote bezeichnet den Anteil der gesamten Staatsausgaben in Prozent des BIP gemäss GFS-Modell.
Transfers	Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten des Staates sind im FS-Modell Zahlungen in Form von Beiträgen und Entschädigungen.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen im FS-Modell umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Zinsbelastungsanteil	Der Zinsbelastungsanteil im FS-Modell besagt, welcher Anteil des laufenden Ertrags durch den Zinsaufwand gebunden ist.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>
Individuelle Auskünfte	058 463 60 11 info@bfs.admin.ch
Das BFS im Internet	www.statistik.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	www.news-stat.admin.ch
Publikationen zur vertieften Information	058 463 60 60 order@bfs.admin.ch
Online-Datenrecherche (Datenbanken)	www.statdb.bfs.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz.

Finanzstatistik der Schweiz 2014

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) erstellt die Statistik der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen (Finanzstatistik). Damit gehört das Amt zusammen mit dem Bundesamt für Statistik (Hauptlieferant für schweizerische Statistiken), der Schweizerischen Nationalbank (Banken-, Finanzmarkt- und Zahlungsbilanzstatistik) sowie anderen Bundesämtern (Spezialstatistiken) und den Statistikämtern der Kantone und verschiedener Städte zu den wichtigsten öffentlichen Statistikproduzenten der Schweiz. Aufgabe der Finanzstatistik ist eine transparente Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des staatlichen Sektors der Schweiz.

Die Finanzstatistik erbringt folgende Dienstleistungen:

1. Konsolidierte und harmonisierte Finanzberichterstattung von Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen auf der Basis der Rechnungslegungsmodelle des Bundes und der Kantone (NRM, HRM2 usw.) mit dem Ziel der nationalen Vergleichbarkeit.
2. Produktion und Berichterstattung einer international vergleichbaren Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den Standards des Internationalen Währungsfonds (GFSM2014).
3. Bereitstellung von Daten zu den öffentlichen Finanzen als Basis für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz durch das Bundesamt für Statistik.
4. Spezifische Auswertungen und Analysen der öffentlichen Finanzen und der Volkswirtschaft zuhanden der EFV und des Eidgenössischen Finanzdepartements.

Die Finanzstatistik der EFV publizierte per Ende September 2015 erstmals Daten und Kennziffern nach den neuen finanzstatistischen Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (GFSM2014). Als Folge davon kam es auch zu Anpassungen in den Datenreihen der Basisstatistik. Die Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone und Gemeinden) sowie der öffentlichen Sozialversicherungen werden konsequent nach den Sektorkriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erhoben. Ausserdem erfolgt die Erfassung, Bearbeitung und Auswertung der Finanzstatistik in zwei Modellen (FS und GFS).

BFS Nummer

114-1401

Bestellungen

Tel.: 058 463 60 60

Fax: 058 463 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 19.– (exkl. MWST)

ISBN 978-3-303-18133-1